APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

bpb:

65. Jahrgang · 35–37/2015 · 24. August 2015

Kapitalismus und Alternativen

Ulrike Herrmann
Vom Anfang und Ende des Kapitalismus

Jürgen Kocka
Arbeit im Kapitalismus.
Lange Linien der historischen Entwicklung bis heute

Lars P. Feld
Kapitalismus und Kapitalismuskritik
aus ordoliberaler Perspektive

Giacomo Corneo
Kapitalismus: Alternative in Sicht?

Christine Bauhardt
Feministische Kapitalismuskritik
und postkapitalistische Alternativen

Holger Martens
Anders Wirtschaften – genossenschaftliche Selbsthilfe

Friederike Habermann
Commonsbasierte Zukunft.
Wie ein altes Konzept eine bessere Welt ermöglicht

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**

Editorial

Seit Beginn der Weltwirtschaftskrise 2008 hat Kapitalismuskritik wieder Konjunktur – verschwunden war sie indes nie. Die Liste der Anklagepunkte ist lang: Ausbeutung, soziale Ungleichheit, Umweltzerstörung, Ökonomisierung der Gesellschaft, Hunger. Zugleich hat diese Art des Wirtschaftens für einen großen Teil der Menschheit ein nie dagewesenes Wohlstandsniveau hervorgebracht und im Kontrast zu anderen praktizierten Wirtschaftssystemen in Europa – etwa Planwirtschaft oder Marktsozialismus – hohe Effizienz bewiesen. Welche Entwicklungen dem Kapitalismus inhärent sind und welche Folgen auf politischen Entscheidungen beruhen, ist umstritten.

Was aber ist unter „Kapitalismus" zu verstehen? „Marktwirtschaft", sagen die einen, im Falle Deutschlands „Soziale Marktwirtschaft", die für eine gewisse Umverteilung der Markteinkommen sorgt. Andere argumentieren, dieses System umfasse mehr, mindestens noch das Privateigentum an den Produktionsmitteln, darüber hinaus den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, die Trennung zwischen Produktion und Reproduktion und weitere charakteristische Merkmale. Wieder andere bezweifeln, dass marktwirtschaftliche Prinzipien überhaupt flächendeckend zur Geltung kommen, da Kartell- und Monopolbildung den Wettbewerb verhindern.

Diskussionen um Alternativen begleiten den Kapitalismus von Anfang an. Der folgenreichste Gegenentwurf, der Sozialismus, hat an Strahlkraft verloren. Die Genossenschaftsidee – kein alternatives Wirtschaftssystem, gleichwohl eine Art anderen Wirtschaftens – hat zwar überlebt, doch hat ihre Verbreitung stark abgenommen. Aktuelle Debatten kreisen um unterschiedliche Konzepte von „Postwachstumsgesellschaften" als Antwort auf die „Grenzen des Wachstums", um „Commons" (Gemeingüter) als Basis solidarischen Wirtschaftens oder um das Modell eines „Aktienmarktsozialismus".

Anne Seibring

Ulrike Herrmann

Vom Anfang und Ende des Kapitalismus

Essay

Der Kapitalismus ist ein Rätsel. Er hat längst alle Lebensbereiche durchdrungen, aber seine Deutung ist noch immer umstritten. Das beginnt schon beim Begriff: Das Wort „Kapitalismus" zu verwenden, gilt in Deutschland häufig als „links" oder gar „marxistisch". In den USA hingegen wird der Begriff – der im Übrigen nicht von Karl Marx stammt[1] – völlig selbstverständlich benutzt. Von „Kapitalismus" zu sprechen, hat den Vorteil, dass er präzise beschreibt, was die heutige Wirtschaftsform auszeichnet: Es geht um den Einsatz von Kapital mit dem Ziel, hinterher noch mehr Kapital zu besitzen, also einen Gewinn zu erzielen. Es handelt sich um einen Prozess, der exponentielles Wachstum erzeugt.[2]

Ulrike Herrmann
M. A., geb. 1964; Wirtschaftskorrespondentin der „Taz. Die Tageszeitung"; Buchautorin u. a. von „Der Sieg des Kapitals. Wie der Reichtum in die Welt kam. Die Geschichte von Wachstum, Geld und Krisen" (2015); lebt in Berlin.

Aber was ist dieses „Kapital"? Es ist nicht das Gleiche wie Geld, obwohl es im Alltag oft synonym verwendet wird. Geld ist mindestens 4000 Jahre alt: Die ersten Texte der Menschheit stammen aus Mesopotamien und wurden nicht etwa verfasst, um Literatur zu überliefern, sondern um Zahlungsverpflichtungen zu verzeichnen. Während das Geld uralt ist, ist das Kapital noch jung. Der moderne Kapitalismus ist um 1760 im Nordwesten Englands entstanden, als Textilfabrikanten auf die Idee kamen, Webstühle und Spinnereien zu mechanisieren. Heute wirken diese Maschinen sehr klein und zierlich, aber mit ihnen begann eine neue Epoche. Erstmals in der Geschichte wurde die menschliche Arbeitskraft systematisch durch Technik ersetzt, und damit kam der Reichtum in die Welt. Seit Jahrtausenden hatte die Wirtschaft weitgehend stagniert, aber nun wuchs sie exponentiell. Das „Kapital" im Kapitalismus ist also nicht das Geld, sondern es sind die effizienten Produktionsprozesse und der technische Fortschritt. Es war eine Revolution, kein schlichtes Mehr vom Gleichen. Der österreichische Ökonom Joseph Schumpeter hat für diesen fundamentalen Wandel ein prägnantes Bild gefunden: „Man kann beliebig viele Postkutschen aneinanderreihen – und trotzdem wird daraus niemals eine Eisenbahn."[3]

Doch warum hat die Industrialisierung ausgerechnet in England eingesetzt? Und warum ab 1760? „Obwohl Tausende von Büchern geschrieben wurden, bleibt es ein gewisses Rätsel", konstatiert die amerikanische Wirtschaftshistorikerin Joyce Appleby.[4] Technologisch waren die Briten nämlich nicht besonders avanciert und wussten anfangs auch nicht mehr als die antiken Römer. Die Dampfmaschine beruhte auf Prinzipien, die seit Archimedes bekannt waren. Die Wirtschaftshistoriker haben inzwischen weit mehr als 20 verschiedene Theorien entwickelt, warum der moderne Kapitalismus in England seinen Anfang nahm.[5] Die überzeugendste Analyse setzt bei den Produktionskosten an: Die englischen Löhne waren im 18. Jahrhundert die höchsten der Welt – sodass die britischen Waren international nicht mehr konkurrenzfähig waren. Weil die Menschen teuer waren, lohnte es sich erstmals, Maschinen einzusetzen und mit der Industrialisierung zu beginnen.[6] Die britische Erfahrung ist noch immer aktuell: Der Kapitalismus entwickelt sich nur stabil, solange die

[1] Der Begriff „Kapitalismus" wurde erst Ende des 19. Jahrhunderts gebräuchlich und setzte sich in Deutschland spätestens mit Werner Sombarts Hauptwerk „Der moderne Kapitalismus" (1902) durch.
[2] Diese grobe Definition lässt sich natürlich beliebig verfeinern. Schon 1918 wurden in der damaligen Wirtschaftsliteratur 111 verschiedene Definitionen von Kapitalismus gefunden.
[3] Joseph A. Schumpeter, The Theory of Economic Development. An Inquiry into Profits, Capital, Credit, Interest and the Business Cycle, Piscataway 1983, S. 64.
[4] Joyce Appleby, The Relentless Revolution. A History of Capitalism, New York 2010, S. 10.
[5] Vgl. Peer Vries, Escaping Poverty. The Origins of Modern Economic Growth, Wien 2013.
[6] Für eine umfassende Darstellung siehe Robert C. Allen, Global Economic History. A Very Short Introduction, New York u. a. 2011.

Reallöhne steigen und mit der zunehmenden Effizienz mithalten. Viele Unternehmer wollen es nicht glauben, aber hohe – nicht niedrige – Gehälter fördern das Wachstum und machen die Firmen reich.

Kapitalismus = Marktwirtschaft?

Obwohl der Kapitalismus nun rund 250 Jahre alt ist, halten sich immer noch hartnäckige Missverständnisse. Dazu zählt der Glaube, dass der Kapitalismus das Gleiche wie eine „Marktwirtschaft" sei. Doch die Marktwirtschaft gibt es nicht, oder nur in kleinen Nischen. Bereits ein Blick in die Geschichte zeigt, dass der moderne Kapitalismus mehr sein muss als nur eine Ansammlung von Märkten. Denn Märkte existierten bereits in der griechischen Antike vor 2500 Jahren. Die Araber hatten ihre Souks, Türken und Perser ihre Basare. Inder und Chinesen tauschten ihre Waren ebenfalls auf Märkten aus, aber ein moderner Kapitalismus ist daraus nirgends entstanden.

Allerdings meint die Theorie von der Marktwirtschaft mehr, als dass nur Märkte vorhanden seien. Sie will vor allem beschreiben, wie faire Preise entstehen – nämlich durch umfassenden Wettbewerb. Viele Anbieter sollen auf viele Nachfrager treffen, sodass Konkurrenz sicherstellt, dass weder Firmen noch Kunden übervorteilt werden. Diese attraktive Theorie hat jedoch einen Nachteil: Den unterstellten Wettbewerb gibt es höchstens eingeschränkt. Stattdessen wird unsere Wirtschaft von Großkonzernen geprägt, die von den Rohstoffen bis zum Absatz die gesamte Wertschöpfungskette kontrollieren. Bereits eine trockene Zahl des Statistischen Bundesamts sagt alles: „Weniger als ein Prozent der größten Unternehmen erwirtschafteten 2011 gut 66 Prozent aller Umsätze."[17] Diese extreme Konzentration wirtschaftlicher Macht ist auch in allen anderen westlichen Ländern festzustellen.

Echte Marktwirtschaft gibt es zwar, aber es sind nicht die großen Unternehmen, sondern die kleinen Selbstständigen, die sich im gnadenlosen Wettbewerb behaupten müssen. Ob Handwerker, Friseure, Gastwirte, Architekten, kleine Ladenbesitzer oder die Betreiber einer Reinigung – sie alle müssen sich der Konkurrenz stellen. Wenn das Essen nicht schmeckt, gehen die Kunden beim nächsten Mal in ein anderes Restaurant. Dieser Sektor der kleinen Firmen ist zahlenmäßig sogar sehr groß, aber dort findet nur ein Bruchteil der eigentlichen Wertschöpfung statt. Dominiert wird die Wirtschaft von wenigen Großkonzernen.

Diese Entwicklung ist keineswegs neu, sondern war schon im 19. Jahrhundert zu beobachten. Allein zwischen 1879 und 1886 dürften rund 90 Kartelle in Deutschland entstanden sein, die meisten davon waren Preiskartelle.[18] Aus Sicht der Firmen war dies rational und sogar zwingend: Mit dem steigenden Einsatz von Technik nahmen die Investitionskosten ständig zu, und daher wollten die Unternehmen sicherstellen, dass Absatz und Preise stimmten und nicht durch schrankenlosen Wettbewerb ruiniert wurden. Damals zeigte sich erstmals ein Paradox, das den Kapitalismus bis heute prägt: Nur wenn das Risiko weitgehend ausgeschlossen ist, werden hohe Investitionen riskiert.

Exemplarisch ist die Geschichte der deutschen Elektroindustrie: 1882 begann der internationale Siegeszug der Glühbirne, die der US-Amerikaner Thomas Alva Edison erfunden hatte. In Deutschland gründete Emil Rathenau schon 1883 die Deutsche Edison-Gesellschaft für angewandte Elektrizität. Um jeden Ärger zu vermeiden, einigte er sich bereits vorab mit dem einzig denkbaren Konkurrenten – mit der Firma Siemens & Halske, die seit den 1860er Jahren Dynamomaschinen baute. Als Arrangement schlug Rathenau vor, dass Siemens auf eigene Elektrifizierungsbemühungen verzichten sollte, dafür würde er wiederum sämtliche Vorprodukte von Siemens beziehen. Nur die Glühbirnen wollte Rathenau selbst herstellen.[19] Der Markt wurde also schon verteilt, noch bevor er existierte.

[17] Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch 2014, Wiesbaden 2015, S. 501.

[18] Vgl. Dieter Ziegler, Die industrielle Revolution, Darmstadt 2009, S. 108 ff.

[19] Vgl. ebd., S. 124; Lothar Gall, Die Deutsche Bank von ihrer Gründung bis zum Ersten Weltkrieg 1870–1914, in: ders. et al., Die Deutsche Bank 1870–1955: 125 Jahre Deutsche Wirtschafts- und Finanzgeschichte, München 1995, S. 1–135, hier: S. 35.

Technische Entwicklungen machten diesen Glühbirnen-Vertrag zwar bald überflüssig, die gedeihliche Zusammenarbeit aber blieb. Als Emil Rathenau 1887 seine Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft (AEG) gründete, stiegen Siemens und auch die Deutsche Bank als Kapitalgeber ein, sodass sie 1910 zusammen 75 Prozent der elektrotechnischen Produktion in Deutschland kontrollierten.[10] Statt einer wettbewerbsorientierten „Marktwirtschaft" setzte sich eine Variante des Kapitalismus durch, die später gern „Deutschland AG" genannt wurde: Jeder war mit jedem verflochten, um lästige Konkurrenz gar nicht erst aufkommen zu lassen. Auch in anderen Leitbranchen wie der Chemie ging es ähnlich zu.

Den Großkonzernen ist es zudem gelungen, den Markt seit mehr als 100 Jahren zu zementieren. Erhellend ist ein Blick auf den Börsenindex DAX, der die dreißig größten deutschen Aktiengesellschaften versammelt. Die Mehrzahl dieser Unternehmen wurde bereits vor dem Ersten Weltkrieg gegründet, und sie konnten sich bis heute behaupten, weil gegen ihre schiere Größe niemand mehr ankommt. Ob Stahl, Autos, Chemie oder Pharma: Diese Märkte sind weitgehend geschlossen und für Neulinge nicht mehr zu knacken. Der Trend zur Konzentration erfasst auch neue Märkte, die durch technische Innovationen entstehen. Ein gutes Beispiel ist das Internet: Es dauerte jeweils weniger als zehn Jahre, bis Neugründungen wie Google, Facebook oder Amazon eine marktbeherrschende Stellung erreichten. Von echtem Wettbewerb ist auch im Internet nicht mehr viel zu sehen, das einst als eine Zone der Freiheit gepriesen wurde.

Die Herrschaft der Großkonzerne ist selbst dem „Vater der Sozialen Marktwirtschaft", Ludwig Erhard, nicht gänzlich entgangen. In seinem berühmten Buch „Wohlstand für alle" beklagte er: „Die Entwicklung der modernen Technik förderte ihrerseits noch einmal gewisse Monopolisierungstendenzen, so dass ohne Zweifel die Gleichheit der Wettbewerbsbedingungen allenthalben störend beeinträchtigt wurde."[11] Allerdings war Erhard nicht bereit, sich zu fragen, was von seiner „Marktwirtschaft" noch übrig bleibt, wenn die wichtigen Branchen allesamt „Monopolisierungstendenzen" aufweisen.

Der moderne Kapitalismus ist eine Art Planwirtschaft – auch wenn sie der sozialistischen Planwirtschaft überhaupt nicht ähnelt. Natürlich ist es ein diametraler Unterschied, ob die Kalkulationen zentral in einem Ministerium oder dezentral bei privatwirtschaftlichen Firmen erfolgen. Aber geplant wird immer, weil geplant werden muss. Wenn das Risiko – und damit der Gewinn – nicht kalkulierbar wäre, würde überhaupt niemand investieren.

Kapitalismus versus Staat?

Unternehmen und Staat sind sich also viel ähnlicher, als gemeinhin gedacht wird. Dies räumt mit einem zweiten häufigen Missverständnis auf: Oft wird geglaubt, privates Unternehmertum und Staatsaktivitäten würden sich ausschließen. Doch Kapitalismus und Staat sind kein Gegensatz – sondern gemeinsam gewachsen.

Der Kapitalismus wäre ohne den Staat nicht weit gekommen, denn damit sich die Wirtschaft entfalten konnte, war es notwendig, die Bevölkerung besser auszubilden, Universitäten zu gründen und Forschung zu finanzieren. Die explodierenden Städte mussten geplant und verwaltet, Straßen und Eisenbahnen gebaut werden. Potenziell gefährliche Medikamente mussten überwacht, die Sicherheit der Fabriken kontrolliert und Umweltschäden vermieden werden. Auch mussten Rentner abgesichert und Arbeitslose versorgt werden. Der Staat war plötzlich überall gefragt. Zumal zentrale technische Entwicklungen gar nicht hätten stattfinden können, wenn der Staat nicht mitgezogen hätte. Um noch einmal auf die Geschichte der AEG zurückzukommen: Für Emil Rathenau lohnte es sich nur, ins Elektrizitätsgeschäft einzusteigen, weil die Stadt Berlin als sicherer Kunde zur Verfügung stand und 1884 einen Konzessionsvertrag mit seiner Firma abschloss.

Die wachsende Bedeutung des Staates spiegelt sich in der sogenannten Staatsquote wieder, die den Anteil öffentlicher Ausgaben an der jährlichen Wirtschaftsleistung misst, und diese Staatsquote ist rasch gestiegen. Lag sie im Kaiserreich noch bei 5 bis 7 Prozent, hat-

[10] Vgl. ebd., S. 34 ff.
[11] Ludwig Erhard, Wohlstand für alle, Köln 2009 (1957), S. 200.

te sie in der Weimarer Republik schon 15 bis 20 Prozent erreicht – und 2013 betrug sie in Deutschland 44,3 Prozent. Auf den ersten Blick könnte dies nahelegen, dass die Staatsausgaben ständig steil nach oben klettern würden. Tatsächlich jedoch verharren sie seit 40 Jahren auf einem fast unveränderten Niveau. In Deutschland belief sich die Staatsquote 1975 auch schon auf 48,8 Prozent – und seither musste sogar noch eine Wiedervereinigung finanziert werden. Die Sorge ist also gänzlich unbegründet, dass ein Moloch namens Staat das angeblich zarte Pflänzchen namens Kapitalismus restlos zermalmen könnte.

Die hohe Staatsquote ist zudem keine Belastung für die Wirtschaft – sondern ihr Sicherheitsnetz. Es sind genau diese öffentlichen Ausgaben, die den Kapitalismus in Krisenzeiten stabilisieren. Renten laufen weiter, Arbeitslose werden unterstützt, und auch die Krankenkassen schränken ihre Leistungen nicht ein, wenn es zu einer Rezession kommt. Diese „automatischen Stabilisatoren" garantieren einen Basissockel an Einkommen, was wiederum für Konsum, Umsatz und Arbeitsplätze sorgt, während die Firmen ihre Investitionen und Kapazitäten nach unten fahren. Würde die deutsche Wirtschaft nur aus privaten Unternehmen bestehen – sie würde in jeder Krise weitgehend kollabieren. Das 19. Jahrhundert, als es noch keine Sozialversicherungen gab und der Staat nicht intervenierte, ist dafür ein abschreckendes Beispiel: Nach dem Gründerkrach 1873 wurden in der deutschen Eisenindustrie 40 Prozent aller Arbeiter entlassen. Die Löhne halbierten sich, die Preise fielen um 38 Prozent.[12] Dies wäre heute undenkbar.

Kapitalismus = Ausbeutung?

Der Kapitalismus benötigt einen starken Staat – aber wer regiert diesen Staat? Seit Beginn der Industrialisierung hält sich hartnäckig der Verdacht, dass die Massen ausgebeutet werden und nur eine kleine Oberschicht vom Wachstum profitiert. Kapitalismus und Kapitalismuskritik sind gemeinsam entstanden. Die klassische Kapitalismuskritik unterteilt sich in drei Hauptvarianten: Der Kapitalismus hätte im 18. Jahrhundert ohne die Sklaverei in Nord- und Südamerika gar nicht entstehen können; der Kapitalismus funktioniert nur, weil die Arbeitnehmer zu niedrige Löhne erhalten; die reichen Industriestaaten leben auf Kosten der ärmeren Entwicklungs- und Schwellenländer.

Bei all diesen Einwänden ist ein grundsätzliches Missverständnis zu vermeiden: Man darf von der Realität nicht umstandslos auf einen systemischen Zwang schließen. Empirisch ist nicht zu bezweifeln, dass es Ausbeutung gab und gibt. Aber die eigentliche Frage ist: Ist ökonomische Unterdrückung notwendig für den Kapitalismus – oder ist sie Folge von politischen Entscheidungen, die auch anders hätten ausfallen können? Bereits im 18. Jahrhundert haben sich die Zeitgenossen gefragt, ob Sklaverei zwingend zum Kapitalismus gehört. Für den Gründungsvater der Volkswirtschaftslehre, Adam Smith, war eindeutig, dass Zwangsarbeit überflüssig und ein sehr kostenintensives Modell ist. Er forderte 1776, die Sklaverei abzuschaffen, weil sie sich nicht rentiere. In seinem Klassiker „Der Wohlstand der Nationen" schrieb er: „Die Erfahrung aller Zeiten und Generationen zeigt, so glaube ich, dass die Arbeit von Sklaven, obwohl diese scheinbar nur ihren Unterhalt kosten, am Ende die teuerste von allen ist. Eine Person, die kein Eigentum erwerben kann, kann kein anderes Interesse haben, also so viel zu essen und so wenig zu arbeiten wie nur möglich." Smith leugnete nicht, dass die Plantagen profitabel waren, die mit Sklaven betrieben wurden. Aber er drehte dieses Argument um: Nur weil mit Baumwolle oder Tabak sowieso viel Geld zu verdienen sei, könnten sich die amerikanischen Südstaaten die Sklavenarbeit leisten. In den amerikanischen Nordstaaten hingegen hätte es von Anfang an fast nur freie Bürger gegeben, weil „der Anbau von Mais, so scheint es, die Kosten von Sklaven nicht tragen kann".[13]

Die Rolle der Sklaverei beschäftigt die Geschichtsforschung bis heute – und die Ergebnisse sind bis heute kontrovers. So hat der Historiker Sven Beckert jüngst versucht zu zeigen, dass die Sklaverei kein teurer Irrtum der Plantagenbesitzer war, wie Smith meinte. Stattdessen geht Beckert so weit zu behaupten, dass der Kapitalismus ohne die Sklaverei

[12] Vgl. Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1849–1914, München 1995, S. 552 ff.

[13] Adam Smith, An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations, Oxford 2008 (1776), S. 238 f.

gar nicht hätte entstehen können.[14] Doch wie immer man die Sklaverei beurteilt: Selbst Beckert betont, dass sie nur für die Baumwollproduktion im Frühkapitalismus wichtig war.

Der entwickelte Kapitalismus setzt gänzlich auf Lohnarbeit. Doch ist die Abwesenheit von Sklaverei wirklich besser? Auch diese Frage stellte sich von Anfang an. Denn im England des 19. Jahrhunderts war nicht zu übersehen, dass das Proletariat verelendete. Hohe Löhne hatten die Industrialisierung in Großbritannien zwar ausgelöst, aber anschließend sank der Lebensstandard der Massen wieder, weil Menschen durch Maschinen ersetzt wurden. Die Volkswirtschaft als Ganzes wurde reicher, aber die Mehrheit der Bürger ärmer. Dieses Phänomen ist als *early growth paradox* in die Geschichtswissenschaft eingegangen.

Marx versuchte als Erster, theoretisch zu erklären, wie es bei wachsendem Wohlstand zu grassierender Armut kommen kann. In seinem „Kapital" von 1867 entwickelte er die Mehrwerttheorie, die darauf basierte, den Tauschwert eines Gutes durch die in ihm repräsentierte Arbeitszeit zu definieren. Da ein Mensch länger arbeiten kann, als er an Gütern für sein Überleben (Reproduktion) benötigt, würde dieser Mehrwert vom Kapitalisten abgeschöpft. Marx wurde sowohl empirisch wie theoretisch widerlegt. Schon zu seinen Lebzeiten begannen die Reallöhne zu steigen, weil sich die Arbeiter zu schlagkräftigen Gewerkschaften zusammenschlossen. Aber auch theoretisch zeigte sich, dass die Arbeitswertlehre nicht mit der faktischen Preisbildung in Einklang zu bringen war.[15] Allerdings hatte sich damit nicht nur Marx geirrt: Er hatte die Arbeitswertlehre direkt von Adam Smith und seinem Nachfolger David Ricardo übernommen.

Doch obwohl sich Marx' Theorie als falsch erwies, hat er auf ein zentrales Phänomen des Kapitalismus aufmerksam gemacht: Bis heute sind Einkommen und Vermögen extrem ungleich verteilt. Vor Kurzem hat daher der französische Ökonom Thomas Piketty an Marx angeknüpft und einen mittlerweile internationalen Bestseller mit dem Titel „Das Kapital im 21. Jahrhundert" veröffentlicht. Anhand von internationalen und historischen Steuerstatistiken konnte er zeigen, wie stabil die Ungleichheit in den vergangenen drei Jahrhunderten war: In allen westlichen Ländern konzentriert sich der Reichtum bei wenigen Familien. Nur die beiden Weltkriege und die Wirtschaftskrise ab 1929 haben diesen Trend für kurze Zeit umgekehrt. Doch seit 1980 ist erneut zu beobachten, dass sich das Volksvermögen bei einer kleinen privilegierten Schicht sammelt.[16]

Piketty hat einen einzigartigen Datensatz zusammengetragen. Wie aber sind diese Statistiken zu deuten? Er selbst formuliert als „Gesetz des Kapitalismus", dass die Rendite des Vermögens stets über dem Wachstum liege ($r > g$). Reiche werden also reicher, während die Arbeitnehmer verlieren. Dieses „Gesetz" wurde vielfach kritisiert. So macht Piketty den methodischen Fehler, dass er nur die Nettovermögen betrachtet – von denen die Schulden also schon abgezogen sind. Damit aber entgeht ihm, dass Staaten, private Haushalte und Unternehmen ihre Verschuldung seit 1980 mehr als verdoppelt haben, wenn man die Kredite in Bezug zur Wirtschaftsleistung setzt. Ohne diese Schuldenblase wäre aber gar nicht denkbar gewesen, dass die Vermögen so schnell wachsen. Denn Kredite haben einen Hebeleffekt und vergrößern den Reichtum scheinbar, weil sie die Preise von Aktien und Immobilien nach oben treiben.[17] Seltsam ist bei Piketty ebenfalls, dass er zwar ein „Gesetz des Kapitalismus" formulieren will, diesen aber nicht definiert und vom Feudalismus nicht unterscheiden kann. Denn er schreibt zwar über Wachstum, kann jedoch nicht erklären, wie Wachstum entsteht. Auch die Rolle von Eigentum oder Löhnen kommt nicht vor, sodass Piketty die Ungleichheit zwar statistisch erfasst – aber letztlich begründungslos voraussetzt.

Kapitalismus ohne Wachstum?

Der Kapitalismus ist also immer noch nicht vollständig erklärt und bleibt bis heute ein gewisses Rätsel. Inzwischen ist aber eine

[14] Vgl. Sven Beckert, King Cotton. Eine Geschichte des globalen Kapitalismus, München 2014.

[15] Ein erster Einwand gegen die Arbeitswertlehre war die Grenznutzentheorie, die schon 1854 von Hermann Gossen vorgestellt, damals aber nicht rezipiert wurde. Nach 1870 wurde sie dann noch einmal parallel von Léon Walras, Carl Menger und William S. Jevons entwickelt.

[16] Vgl. Thomas Piketty, Das Kapital im 21. Jahrhundert, München 2014.

[17] Vgl. Daniel Stelter, Die Schulden im 21. Jahrhundert, Frankfurt/M. 2014.

neue Form der Kapitalismuskritik hinzugekommen: Das Wachstum als solches wird hinterfragt, während die früheren Varianten der Kritik monierten, dass das Wachstum nicht gerecht verteilt werde und auf Ausbeutung beruhe. Das einflussreichste Buch dieser neuen Kapitalismuskritik war zweifellos der Bericht des Club of Rome „Die Grenzen des Wachstums“ von 1972. Die konkreten Prognosen haben sich zwar als falsch erwiesen, aber die zentrale Botschaft hat sich durchgesetzt: Der Kapitalismus ist zum Untergang verdammt. Er benötigt Wachstum, aber in einer endlichen Welt kann es unendliches Wachstum nicht geben. Die Rohstoffe werden knapp, und zudem zerstört der Mensch seine eigenen Lebensgrundlagen, indem er die Umwelt verseucht.[18]

Der Kapitalismus wird chaotisch und brutal zusammenbrechen – nach allem, was man bisher weiß. Dieser Pessimismus mag zunächst übertrieben wirken. Schließlich fehlt es nicht an Konzepten, wie eine ökologische Kreislaufwirtschaft aussehen könnte, die den Kapitalismus überwinden soll. Einige Stichworte lauten: erneuerbare Energien, Recycling, langlebige Waren, öffentlicher Verkehr, weniger Fleisch essen, biologische Landwirtschaft und regionale Produkte.[19] Doch das zentrale Problem ist leider ungelöst: Es fehlt die Brücke, die vom Kapitalismus in diese neue „Postwachstumsökonomie“ führen soll. Über den Prozess der Transformation wird kaum nachgedacht. Der Kapitalismus fährt gegen eine Wand, aber niemand erforscht den Bremsweg.

Die Vorschläge für eine Postwachstumsgesellschaft basieren immer auf der Idee, Arbeit und Einkommen zu reduzieren. Doch der Kapitalismus ist keine Badewanne, bei der man den Stöpsel ziehen und einfach die Hälfte des Wassers ablassen kann. Er ist kein stabiles System, das zum Gleichgewicht neigt und verlässliche Einkommen produziert, die man ruhig senken kann.[20] Stattdessen ist der Kapitalismus ein permanenter Prozess. Sobald es kein Wachstum gibt, droht chaotisches Schrumpfen.

Wie dieser Strudel funktioniert, hat der Schweizer Ökonom Hans Christoph Binswanger beschrieben, der unter anderem die Ökosteuer erfunden hat. Binswanger trieb die Frage um, ob der Kapitalismus auf das zerstörerische Wachstum verzichten könne. Seine Antwort lautete: Nein. Denn die „Investitionsketten“ würden reißen, wie er es technisch ausdrückte. Übersetzt: Firmen investieren nur, wenn sie Gewinne erwarten. Gesamtwirtschaftlich sind diese Gewinne aber identisch mit Wachstum. Ohne Wachstum müssen die Unternehmen also Verluste fürchten. Sobald aber Profite ausbleiben, investieren die Unternehmen nicht mehr, und ohne Investitionen bricht die Wirtschaft zusammen.[21] Es würde eine unkontrollierbare Abwärtsspirale einsetzen, die an die Weltwirtschaftskrise ab 1929 erinnert: Arbeitsplätze gehen verloren, die Nachfrage sinkt, die Produktion schrumpft, noch mehr Stellen verschwinden.

Nicht wenigen Wachstumskritikern ist diese systemische Sicht suspekt, die die Wirtschaft von „oben“ betrachtet. Sie würden lieber von „unten“ beginnen, indem jeder Einzelne seinen Konsum, aber auch seine Arbeitszusammenhänge verändert. Sie stellen sich die Wirtschaft als eine Summe vor, bei der viele kleine Nischen am Ende ein neues Ganzes ergeben.[22] Doch damit machen die Wachstumskritiker den gleichen Fehler wie ihre neoliberalen Gegner: Sie glauben, dass die Wirtschaft nur eine Summe aller Unternehmen sei. Sie verwechseln Betriebs- mit Volkswirtschaft und verstehen nicht, dass der Kapitalismus ein Prozess ist, der Einkommen nur erzeugen kann, wenn es die Aussicht auf Wachstum gibt.

[18] Vgl. Ugo Bardi, Der geplünderte Planet. Die Zukunft des Menschen im Zeitalter schwindender Ressourcen, München 2013.

[19] Vgl. etwa Naomi Klein, Die Entscheidung. Kapitalismus vs. Klima, Frankfurt/M. 2015.

[20] Vgl. etwa Jeremy Rifkin, Die Null-Wachstums-Gesellschaft: Das Internet der Dinge, kollaboratives Gemeingut und der Rückzug des Kapitalismus, Frankfurt/M. 2014. Rifkin konzentriert sich auf den technologischen Wandel, kümmert sich aber nicht um die makroökonomischen Implikationen, die es hätte, falls seine These richtig wäre, dass im Kapitalismus keine Gewinne mehr zu generieren sind.

[21] Vgl. Hans Christoph Binswanger, Die Wachstumsspirale: Geld, Energie und Imagination in der Dynamik des Marktprozesses, Marburg 2006.

[22] Vgl. etwa Nico Paech, Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie, München 2012; Christian Felber, Die Gemeinwohl-Ökonomie. Das Wirtschaftsmodell der Zukunft, München 2010.

Da sich das Wachstum nicht einfach abschaffen lässt, machen neuerdings Konzepte wie „Green New Deal“ oder „nachhaltiges Wachstum“ Karriere. Sie wollen Wachstum und Rohstoffverbrauch „entkoppeln“, indem die Effizienz gesteigert wird. Diese „Entkoppelung“ ist nicht völlig abwegig, denn seit 1970 hat sich der Energieverbrauch pro Wareneinheit halbiert. Die Umwelt wurde allerdings nicht entlastet, weil prompt der „Bumerang-Effekt“ zuschlug: Die Kostenersparnis wurde genutzt, um die Warenproduktion auszudehnen, sodass der gesamte Energieverbrauch nicht etwa fiel, sondern sogar zunahm.

Als Ausweg reicht es auch nicht, auf regenerative Energien umzustellen. Denn weite Bereiche der Wirtschaft lassen sich nicht mit Ökostrom betreiben. Das Elektroauto befindet sich noch immer im Versuchsstadium, und auch Passagierflugzeuge heben (bislang) nur mit Kerosin ab. Allein der Flugverkehr zerstört aber jede Hoffnung, die Klimaziele zu erreichen, wie eine einfache Rechnung zeigt: Wenn die Erderwärmung begrenzt bleiben soll, darf jeder Mensch nur noch 2,7 Tonnen CO_2 pro Jahr verursachen. Ein Flug von Frankfurt am Main nach New York schlägt aber bereits mit 4,2 Tonnen zu Buche, und nach Sydney sind es gar 14,5 Tonnen. [23] Damit wird wieder jener Verzicht unvermeidlich, der das Wachstum bedroht.

Es ist ein Dilemma: Ohne Wachstum geht es nicht, komplett grünes Wachstum gibt es nicht, und normales Wachstum führt unausweichlich in die ökologische Katastrophe. Es bleibt nur ein pragmatisches Trotzdem: trotzdem wenig fliegen, trotzdem Abfall vermeiden, trotzdem auf Wind und Sonne setzen, trotzdem biologische Landwirtschaft betreiben. Aber man sollte sich nicht einbilden, dass dies „grünes“ Wachstum sei. Wie man den Kapitalismus transformieren kann, ohne dass er chaotisch zusammenbricht – das muss noch erforscht werden.

[23] Dies sind CO_2-Äquivalente. Andere Treibhausgase wie Methan werden dabei in die Schädlichkeit von CO_2 umgerechnet.

Jürgen Kocka

Arbeit im Kapitalismus. Lange Linien der historischen Entwicklung bis heute

Jürgen Kocka
Dr. phil., Dr. h. c. mult.; Historiker; Professor em. an der Freien Universität Berlin und am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
kocka@wzb.eu

Es ist nicht selbstverständlich, vom „Kapitalismus" zu sprechen. Viele misstrauen seiner analytischen Kraft, weil er häufig kritisch, polemisch oder abwertend benutzt worden ist – ideologisch geladen, in öffentlichen Kontroversen, im politischen Kampf. Oder man misstraut ihm, weil er zu Vieles umfasst, schwer abgrenzbar ist und oft gar nicht definiert wird. Ist es nicht besser, von „Marktwirtschaft" zu sprechen? Andererseits ist der Begriff „Kapitalismus" nach dem Ende des Kalten Krieges, der auch ein Krieg um Schlüsselbegriffe war, verstärkt in den wissenschaftlichen und den allgemeinen Sprachgebrauch zurückgekehrt. Auch die internationale Finanz- und Schuldenkrise seit 2008 hat dazu beigetragen. Der Begriff ist weiterhin in vielen Ländern im Kontext von Kapitalismuskritik in Gebrauch, also mit kritischer oder polemischer Einfärbung. Grundsätzliche Debatten werden über das spannungsreiche Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie wie über den Kapitalismus als Verursacher exorbitanter Ungleichheit und als Ursache der drohenden Klimakatastrophe geführt, so zuletzt durch Papst Franziskus. Aber häufig wird vom Kapitalismus wertneutral, deskriptiv-analytisch gesprochen, oder sogar mit einer emphatisch-positiven Wertung, dies jedenfalls auf Englisch. „Conscious capitalism. Liberating the heroic spirit of business" ist der Titel des Buches von John Mackey, einem erfolgreichen Finanzmanager, das vor Kurzem in der Harvard Business Review Press erschien.

Der Begriff ist ein Produkt der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die Begriffe „Kapital" und „Kapitalist" sind älter, das Substantiv „Kapitalismus" setzte sich aber erst seit 1850 allmählich durch, als Begriff der Kritik, seit den 1860er Jahren auch als sozialwissenschaftlicher Analysebegriff, jedenfalls im Französischen, Deutschen und Englischen. Louis Blanc, der französische Sozialist, schrieb 1850 vom Kapitalismus als „Aneignung des Kapitals durch die einen, unter Ausschluss der anderen". Wilhelm Liebknecht, der deutsche Sozialist, sprach 1872 vom „Moloch des Kapitalismus", der auf den „Schlachtfeldern der Industrie" sein Unwesen treibe. Doch schon 1870 veröffentlichte Albert Schäffle, ein liberal-konservativer Professor der Nationalökonomie, sein Buch „Kapitalismus und Socialismus", in dem er kühl und distanziert den Kapitalismus als einen „einzigen nationalen und internationalen Productionsorganismus, unter Oberleitung ‚unternehmender', um den höchsten Unternehmungsgewinn concurrirender Kapitalisten" definierte. Marx und Engels benutzten das Substantiv „Kapitalismus" anfangs kaum und auch später nur ganz nebenbei, aber sie schrieben ausgiebig über die kapitalistische Produktionsweise und prägten damit die Bedeutung auch des Substantivs mit. Bald verwendeten bedeutende Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler den Begriff: vor allem Werner Sombart und Max Weber im Deutschen, Thorstein Veblen, John Maynard Keynes und Joseph Schumpeter auf Englisch. Bis zum Ersten Weltkrieg hatte er sich, vielgestaltig und kontrovers, etabliert, als Begriff der Kritik und Begriff der Analyse zugleich.

Individualisierte Eigentumsrechte, Märkte und Kommodifizierung, Investition, Kredit, Profit und Akkumulation, der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, Ungleichheit, Fabrikindustrie und Industrialisierung – das waren die wichtigsten Merkmale, die in unterschiedlichen Kombinationen den Begriff definierten. In Polemik und Analyse war der Kapitalismus-Begriff ein Begriff der Differenz. Er wurde genutzt, um bestimmte Elemente der damaligen Gegenwart zu betonen und meist kritisch zu beleuchten, im Kontrast zu früheren, vorkapitalistischen Verhältnissen, die oft nostalgisch stilisiert wurden, aber auch im Kontrast zu einer vorgestellten bes-

seren Zukunft, damals vor allem der Zukunft des Sozialismus. Bis heute lebt der Begriff von der Vorstellung, dass es auch Alternativen zum Kapitalismus geben können muss, so schwierig es gegenwärtig ist, sie sich realistisch auszumalen. Bis heute dient er sowohl zur Analyse wie auch zur Kritik, was die einen stört und die andern fasziniert, aber der Einsicht nicht schaden muss.[1]

Autoren wie Sombart, Weber und Schumpeter wussten natürlich, dass die Realität des Kapitalismus viel älter war als sein Begriff. Sie schrieben über den *Kaufmannskapitalismus* im Fern- und Großhandel, der in Europa seit dem Hochmittelalter florierte und in Arabien oder China noch älter war. Der *Finanzkapitalismus* war ihnen wohlbekannt, durch den die großen Bankhäuser des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit nicht nur weitverzweigte Handelsgeschäfte, sondern auch den Finanzbedarf der zeitgenössischen Machthaber finanzierten. Damit setzten sie die weltlichen und geistlichen Herrscher in die Lage, ihre Repräsentationsbedürfnisse zu befriedigen, ihre Kriege zu führen und bisweilen auch ihre Länder zu modernisieren. Die europäische Staatenbildung wäre ohne den Kapitalismus der Medici, Fugger oder Barings nicht möglich gewesen. Der *Plantagenkapitalismus* war nicht unbekannt. Er war im Zuge der europäischen Kolonialisierung der Welt seit dem 16. Jahrhundert in Amerika, Asien und Afrika etabliert worden und hatte zu einer immensen Ausweitung des Handels mit Sklaven und ihres Einsatzes für kapitalistische Zwecke geführt. Zum großen Forschungsthema ist dieses wohl grausamste Kapitel der globalen Kapitalismusgeschichte allerdings erst in den letzten Jahren geworden. Der *Agrarkapitalismus* blieb nicht unbeachtet, der in England seit dem 16. Jahrhundert zur Zusammenfassung großer Ländereien in den Händen adliger und bürgerlicher Eigentümer geführt hatte, während die Gutsherren Ostmittel- und Osteuropas ihr Getreide auf internationalen Märkten nach kapitalistischen Grundsätzen verkauften, aber ihre Arbeitskräfte noch als Leibeigene, in Knechtschaft oder als Gesinde ausnutzten. Schließlich wurde auch die Geschichte des *Verlagswesen* erforscht, in dem Verleger-Kaufleute seit dem Mittelalter in immer größeren Teilen Europas meist ländliche Heimarbeiter, die mit ihren Familien auf herkömmliche Weise spannen, webten und andere Gewerbe betrieben, in überlokale und überregionale Märkte einbanden. Es war und ist klar: Kapitalismus gab und gibt es nicht erst seit der Industrialisierung.[2]

Trotzdem: Die meisten Zeitgenossen, die im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert analytisch oder polemisch über Kapitalismus diskutierten, stützten sich primär auf das Anschauungsmaterial des *Industriekapitalismus*, der sich seit dem späten 18. Jahrhundert in England, im 19. Jahrhundert in Europa und Nordamerika, schließlich auch in Japan ausbreitete, bevor er im 20. Jahrhundert auch in anderen Teilen der Welt Fuß fasste. Mit Maschinenwesen und Fabriken, mit neuen Energien und neuen Rohstoffen, mit Dampfschiffen und Eisenbahnen, mit Telegraf und Telefon veränderte die Industrialisierung schon im 19. Jahrhundert die Welt. Nicht nur führte sie zu einer präzedenzlosen Zunahme der Produktivität, zu allmählich beschleunigtem Wirtschaftswachstum und, in Deutschland seit den 1860er Jahren, zu einer langsamen Anhebung des Lebensstandards auch der breiten Bevölkerung. In ihr veränderte sich vielmehr auch der Kapitalismus.

Lohnarbeit auf vertraglicher Grundlage wurde nun zum Massenphänomen. Die Arbeitsbeziehungen wurden kapitalistisch, das heißt abhängig von schwankenden Arbeitsmärkten, strikterer Kalkulation unterworfen und Gegenstand direkter Aufsicht durch Arbeitgeber und Manager. Der dem Kapitalismus eigene Klassengegensatz zwischen Kapi-

[1] Vgl. Jürgen Kocka, Geschichte des Kapitalismus, München 2014², S. 6–17; zur hier benutzten Definition von „Kapitalismus" ebd., S. 20f. Das Folgende fußt auf Ergebnissen dieses Buches, insb. Kap. IV, S. 99–113. Zum Gebrauch des Begriffs im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert vgl. Richard Passow, „Kapitalismus", Jena 1927²; materialreich: Larry Neal/Jeffrey G. Williamson (Hrsg.), The Cambridge History of Capitalism, 2 Bde., Cambridge 2014.

[2] Vgl. Joyce Appleby, The Relentless Revolution. A History of Capitalism, New York–London 2010, Kap. 2–5 (dt. Ausgabe: Die unbarmherzige Revolution. Eine Geschichte des Kapitalismus, Hamburg 2011); Peter Kriedte et al., Industrialisierung vor der Industrialisierung: Gewerbliche Warenproduktion auf dem Lande in der Formationsperiode des Kapitalismus, Göttingen 1977; Sven Beckert, Empire of Cotton: A Global History, New York 2014 (dt. Ausgabe: King Cotton. Eine Globalgeschichte des Kapitalismus, München 2014).

tal und Arbeit wurde damit offenkundig, als Herrschafts- und Verteilungskampf erfahrbar und kritisierbar. Mit den Fabriken, Bergwerken und neuen Verkehrssystemen erreichte die Akkumulation des fixen Kapitals ein Ausmaß wie nie zuvor. Großunternehmen entstanden, Unternehmenszusammenschlüsse fanden statt. Damit wuchs der Bedarf an genauer Rentabilitätskontrolle, das moderne Unternehmen wurde zum zentralen Ort. Technische und organisatorische Innovation wurde zur Regel. Schumpeter beschrieb „schöpferische Zerstörung" als Kern der kapitalistischen Wirtschaftsweise: die stetige Innovation, die auch zur Entwertung und Zerstörung von Altem führt und dem System nicht nur Freunde gewinnt. Und Marx beobachtete: „Die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung der gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeois-Epoche vor allen anderen aus." Es gab Gewinner und Verlierer, die Erträge wurden sehr ungleich verteilt, Fortschritts- und Abstiegserfahrungen mischten sich. All dies trug bei vielen zur Unpopularität des neuen Wirtschaftssystems bei, besonders in den großen, immer wiederkehrenden Krisen wie etwa 1873 (und erst recht später, beispielweise 1929 und 2008). Mit der Industrialisierung wurde der Kapitalismus zum Industriekapitalismus und damit zur massenhaft wirkenden Macht.[13]

Von der Ausbeutung zum „Normalarbeitsverhältnis"

In der ersten Industrialisierungsphase haben Arbeiter und Arbeiterinnen unter härtester Ausbeutung, extrem langen Arbeitszeiten und niedrigen Löhnen, Not und Entbehrung gelitten. Die Kinderarbeit im Bergwerksstollen, die lange Reihe gleichgerichteter junger Frauen an den Maschinentischen der Mechanischen Spinnerei, das Wohnen in dunklen Kellern überfüllter Mietshäuser in den Arbeiterquartieren schnell wachsender Städte, der verzweifelte Aufstand der schlesischen Weber, von Gerhart Hauptmann auf die Theaterbühne gebracht – das sind Bilder von Elend und kapitalistischer Ausbeutung, die sich ins kollektive Gedächtnis eingegraben haben.

Aber nach den ersten Jahrzehnten begann – allmählich, ungleich verteilt und immer wieder durch Krisen und Kriege unterbrochen – in einem großen Teil der Welt und trotz fortbestehender und neu entstehender Bereiche von Ausbeutung und Armut mit fortschreitender Industrialisierung eine Aufwärtsentwicklung der Arbeits- und Lebensverhältnisse. Nach zahllosen Anstrengungen und Konflikten, Neuerungen und Reformen in der Arbeitswelt wie in Gesellschaft und Politik hat sich Lohnarbeit zutiefst verändert. In einem großen Kernbereich haben sich bis zum dritten Viertel des 20. Jahrhunderts am Ziel des Familienlohns orientierte Verdienstzunahme, entschiedene Arbeitszeitverkürzung (wenn auch bei ähnlich entschiedener Arbeitsintensivierung), Risikoabsicherung durch verbriefte Ansprüche im Fall von Entlassung, Unfall, Krankheit und Alter sowie individuelle und kollektive Arbeiterrechte in hohem Maße durchgesetzt. Für die so gefundenen Arrangements hat sich der positiv gemeinte Ausdruck „Normalarbeitsverhältnis" eingebürgert, der allerdings vergessen lässt, dass diese Errungenschaft über die Jahrhunderte alles andere als „normal" war, weltweit weiterhin die Ausnahme darstellt und selbst dort gegenwärtig in Frage gestellt wird, wo sie sich ein Stück etabliert hatte.[14] Die drei wichtigsten Motoren dieser Entwicklung zum Besseren seien kurz umrissen:

Erstens, in den Unternehmen wurden Produktivitätsfortschritte erzielt, die die genannten Verbesserungen erst möglich machten. Diese wären ohne Lohnarbeit schwer denkbar gewesen. Denn nur diese, anders als die früher dominierenden Formen gebundener Arbeit, besitzt die Flexibilität, die es kapitalistisch kalkulierenden Unternehmensleitungen erlaubt, Arbeitskräfte in Bezug auf den Unternehmenszweck optimal zu rekrutieren, umzuschichten und eventuell zu entlassen, zugleich aber die „Kosten" dieser Flexibilität etwa im Falle der Entlassung zu „externali-

[13] Vgl. Christoph Buchheim, Industrielle Revolutionen. Langfristige Wirtschaftsentwicklung in Großbritannien, Europa und in Übersee, München 1994; Eric J. Hobsbawm, Die Blütezeit des Kapitals. Eine Kulturgeschichte der Jahre 1848–1875, München 1975.

[14] Vgl. Jürgen Kocka, Arbeitsverhältnisse und Arbeiterexistenzen. Grundlagen der Klassenbildung im 19. Jahrhundert, Bonn 1990; ders., Arbeiterleben, Arbeiterkultur. Die Entstehung einer sozialen Klasse, Bonn 2015 (i. E.).

sieren", was die Unternehmen entlastet und die Gesellschaft in die Pflicht nimmt. Im Interesse an zunehmender Produktivität haben überdies zahlreiche Unternehmensleitungen auf fortgeschrittener Stufe der Industrialisierung entdeckt, dass Arbeitszeitverkürzung, schonender Umgang mit der Ressource „Arbeitskraft" und gewisse Konzessionen an Arbeiterforderungen auch dem Unternehmenserfolg nützen.

Mindestens so wichtig war, *zweitens*, ein weiterer Antrieb: die staatliche Intervention. Die Bereitschaft staatlicher Instanzen, Missstände in der Arbeitswelt durch Gesetze, Verordnungen und Kontrollen zu bekämpfen und Arbeitern Rechte zu sichern, hatte viele Motive. Eines hing mit der öffentlichen Sichtbarkeit der Lohnarbeit zusammen, die nicht mehr im Haus, auf dem Hof oder in anderen traditionalen Beziehungen, sondern separiert, in der Fabrik oder Zeche stattfand. Das galt beispielsweise für Kinderarbeit, die als Teil des landwirtschaftlichen Betriebs und der gewerblichen Heimarbeit über Jahrhunderte selbstverständlich gewesen war, aber, herausgelöst aus Familie und Haushalt, zum Problem wurde, das insbesondere von der pädagogisch engagierten Öffentlichkeit wahrgenommen und kritisiert wurde: ein wichtiger Beitrag zur Politisierung des Problems und zum staatlichen Kinderarbeitsverbot, das beispielsweise in Preußen seit 1839 in mehreren Schritten durchgesetzt wurde und entscheidend zum Verschwinden der *industriellen* Kinderarbeit beitrug. In späteren Jahrzehnten wurden Gesetze erlassen, die staatlichen Schutz vor verbreiteten Risiken wie Unfall, Krankheit, Invalidität, Alter und später auch Arbeitslosigkeit boten, so in Deutschland seit den Bismarckschen Sozialversicherungen der 1880er Jahre.

Der Erste Weltkrieg und die Revolution von 1918/19 trugen entscheidend zum Ausbau des gesetzlichen Arbeiterschutzes und zur Gewährleistung von Arbeiterrechten bei, auch durch die Stärkung der Gewerkschaften und ihrer Verhandlungsmacht. In der Phase erfolgreichen Wirtschaftswachstums während des dritten Viertels des 20. Jahrhunderts wurde dieser Ausbau des Sozialstaats beschleunigt fortgesetzt und in einigen Ländern wie Deutschland durch Formen gesetzlich garantierter Arbeitnehmermitbestimmung in den Unternehmen ergänzt. Der Sozialstaat war ein Produkt komplizierter politischer Prozesse. Er hat in verschiedenen Ländern verschiedene Gestalt angenommen. Doch bis in die 1970er Jahre schritt sein Ausbau in den meisten ökonomisch entwickelten Ländern in der einen oder anderen Weise voran, in Europa mehr als in den USA. Zu den Voraussetzungen gehörten Wirtschaftswachstum, kritische Öffentlichkeit und ein starker Staat. Der Sozialstaat hat zur Verbesserung der Arbeits-und Lebensverhältnisse, zur Umgestaltung der Lohnarbeit und zur Zivilisierung des Kapitalismus entscheidend beigetragen.

Drittens, nicht so sehr Freiheit als vielmehr Unterordnung und Disziplinierung enthält das kapitalistische Lohnarbeitsverhältnis für die Arbeitenden, nachdem es einmal eingegangen worden ist. Man mag es überdies für zynisch halten, den für Lohnarbeiter typischen Nicht-Besitz an Produktionsmitteln als Ausweis von „Freiheit" zu bezeichnen, wie es manchmal geschieht. Aus beiden Gründen ist es problematisch, im Anschluss an Marx von der „doppelt freien" Lohnarbeit als zentralem Element des Kapitalismus zu sprechen. Trotzdem steckt ein Korn Wahrheit in dieser Redeweise. Denn frei sind Lohnarbeiter im Unterschied zu Zwangsarbeitern, Sklaven, Leibeigenen, *indentured labourers* (zeitlich begrenzte Lohnknechtschaft auf vertraglicher Basis), Gesindepersonen oder auch korporativ eingebundenen Handwerksgesellen früherer Jahrhunderte in zweifacher Weise: Frei von außerökonomischem Zwang können Lohnarbeiter ein Arbeitsverhältnis eingehen und kündigen; und im lohnarbeitstypischen Tausch von Arbeitskraft gegen Lohn geht es um die Erbringung beziehungsweise Nutzung wenigstens grob umrissener Arbeitsleistungen, nicht aber um die Zurverfügungstellung beziehungsweise die Indienstnahme der ganzen Person des/der Arbeitenden.

Es ist einzuräumen, dass dieses zum Prinzip der Lohnarbeit gehörende Recht oftmals abstrakt und ohne praktische Bedeutung (gewesen) ist, etwa immer dann, wenn die Arbeitenden aus harter Überlebensnotwendigkeit und angesichts des Fehlens von alternativen Arbeitsplatzangeboten auf einem nicht ausdifferenzierten, vielmehr monokulturellen Arbeitsmarkt faktisch gezwungen waren, sich bei einem spezifischen Arbeitgeber zu verdingen und bei ihm zu bleiben. Auch

zeigt die neuere Forschung, dass sich „freie“ und „unfreie“ Arbeit, etwa auf großen Plantagenwirtschaften des Globalen Südens, in ihren Alltagswirkungen auf die Betroffenen eher graduell als prinzipiell unterschieden haben und überdies zahlreiche Mischverhältnisse zwischen „freier“ und „unfreier“ Arbeit nicht nur bestanden, sondern auch bestehen. Es ist zu Recht herausgearbeitet worden, dass Kapitalismus nicht nur auf der Basis von Lohnarbeit funktioniert, sondern – unter bestimmten Bedingungen – auch Sklavenarbeit, Zwangsarbeit oder Gesindedienst ausnutzen kann, jedenfalls auf längere Zeit. Trotzdem sollte man das besondere Element von Freiheit, das der Lohnarbeit im Vergleich zu anderer abhängiger Arbeit eigen ist, nicht übersehen. Für viele unmittelbar betroffenen Arbeiter fiel es jedenfalls ins Gewicht, wenn sie etwa in der deutschen Industrialisierung des 19. Jahrhunderts ein Lohnarbeitsverhältnis in der Fabrik der Existenzform des in den Meisterhaushalt eingebundenen Handwerksgesellen oder dem rechtlich beschränkten Gesindestatus der Magd oder des Dienstmädchens vorzogen.

Unmittelbarer Ausdruck der Freiheit der Lohnarbeiter war und ist ihre Fähigkeit, sich individuell und kollektiv entweder zur Wehr zu setzen oder Ansprüche auf Verbesserungen zu formulieren und durchzusetzen. Nur im Kapitalismus konnten autonome Arbeiterbewegungen mit Gewerkschaften, Genossenschaften und Arbeiterparteien stark werden. Erst im Industriekapitalismus des 19. Jahrhunderts ist dies geschehen, als Lohnarbeit zum Massenphänomen wurde, in Deutschland seit den 1840er Jahren. Die Energie der Arbeiterbewegung entzündete sich an unterschiedlichen Herausforderungen. Zum einen resultierte sie aus den Versuchen, sich gegen die Unsicherheiten zu schützen, die mit der Fortentwicklung der kapitalistischen Wirtschaftsweise regelmäßig zunahmen. Man denke an Unterstützungskassen, Genossenschaften und Friendly Societies (Hilfsgesellschaften). Zum anderen resultierte die Arbeiterbewegung aus den bereits genannten Verteilungs- und Herrschaftskonflikten, die im Kapital-Arbeit-Verhältnis angelegt sind. Das zeigte sich an vielen spontanen und organisierten Protesten und Forderungen, vor allem an Streiks. Schließlich gewannen und gewinnen Arbeiterbewegungen ihre Energie aus der Verteidigung überkommener nichtkapitalistischer Arbeits- und Lebensformen gegen den sich breitmachenden Kapitalismus, etwa in der Verteidigung von Grundsätzen einer volkstümlichen Kultur der „Nahrung“, des „gerechten Preises“ und der Gemeinschaftlichkeit gegen die kapitalistische Logik von Individualisierung, Wettbewerb und Wachstum.[5]

Aus solchen Quellen hat sich die wohl wichtigste Protest- und Emanzipationsbewegung Europas im 19. und frühen 20. Jahrhunderts entwickelt, die Arbeiterbewegung mit ihren Aktionen, Vereinen, Gewerkschaften, Genossenschaften und Parteien. Es war der Druck der Arbeiterforderungen im Betrieb, in den Streiks, durch Gewerkschaften und in der Politik, der zu den genannten Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse beitrug und damit, so kann man sagen, zur Zivilisierung des Kapitalismus. Der historische Vergleich macht deutlich, dass Arbeiterbewegungen dieser Art nicht mit Notwendigkeit aus dem Kapital-Arbeit-Spannungsverhältnis folgten, sondern zahlreiche kulturelle und politische Voraussetzungen hatten, die in großen Teilen Europas im 19. und frühen 20. Jahrhundert in hohem Ausmaß gegeben waren, aber weder in gleicher Stärke bis heute überleben noch in anderen Weltgegenden notwendigerweise zu finden sind.[6]

Relevanz der „Arbeiterfrage“ heute

Vieles andere wäre in Rechnung zu stellen, um die Veränderungen der Arbeit im Kapitalismus der vergangenen zwei Jahrhunderte vollständig zu skizzieren, so etwa die Bedeutungsabnahme des gewerblich-industriellen Sektors und der Aufstieg der Dienstleistungen

[5] Vgl. Robert J. Steinfeld (Hrsg.), Coercion, Contract and Free Labor in the Nineteenth Century, Cambridge 2001; Jürgen Osterhammel, Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts, München 2009, S. 958–1009; Jan Lucassen (Hrsg.), Global Labour History, Bern 2006; Marcel van der Linden, Workers of the World. Essays Toward a Global Labor History, Leiden 2008; zuletzt: Jürgen Schmidt, Arbeiter in der Moderne. Arbeitsbedingungen, Lebenswelten, Organisationen, Frankfurt/M. 2015 (i. E.).

[6] Vgl. Marcel van der Linden/Jürgen Rojahn (Hrsg.), The Formation of Labour Movements 1870–1914, 2 Bde., Leiden 1990; Helga Grebing, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Von der Revolution 1848 bis ins 21. Jahrhundert, Berlin 2007.

in den ökonomisch am weitesten entwickelten Ländern, die absolute und anteilsmäßige Abnahme der Arbeiter im Unterschied zu Angestellten und Selbstständigen, die verschwimmenden Grenzziehungen zwischen diesen drei Kategorien, die radikale Reduktion der harten körperlichen Arbeit dank Maschinisierung, Automatisierung und Digitalisierung, die exorbitante Ausweitung des Konsums, aber auch die Demokratisierung von Staat und Gesellschaft. Zwischen Gesellschaften, Ländern und Weltregionen wäre zu differenzieren.

In Ländern wie Deutschland hat die „Arbeiterfrage" längst ihren aufwühlenden, radikale Proteste hervortreibenden, die Gesellschaft erschütternden Charakter verloren, den sie in der Klassengesellschaft des 19. und frühen 20. Jahrhunderts besaß. Die Kritik an der Verelendung der Arbeiterklasse und an der Entfremdung der Arbeit war einstmals dominant und mächtig. Jetzt hat sie aufgehört, im Zentrum der zeitgenössischen Kapitalismuskritik zu stehen. Diese zielt eher auf eklatante Missstände im globalisierten Finanzkapitalismus, auf zunehmende Einkommens- und Vermögensungleichheit als Folge sowie auf die vom Kapitalismus ausgehende Gefährdung von gesellschaftlichem Zusammenhalt, Demokratie, Umwelt und Nachhaltigkeit.[17] Doch zeichnen sich einige neue Tendenzen ab, die es in sich haben, zu einer neuen Problematisierung von Arbeiterfragen beizutragen, vielleicht zu ihrer Politisierung auch. Sie hängen mit der beschleunigten Globalisierung und dem Strukturwandel des Kapitalismus in den vergangenen Jahrzehnten zusammen.

Seit den 1970er Jahren hat sich schrittweise eine neue Konstellation ergeben. Vor allem aufgrund der rasch voranschreitenden Globalisierung – im Sinne eines sich global ausbreitenden Kapitalismus und zunehmender grenzüberschreitender Verflechtung zwischen Ländern und Kontinenten – geriet das System des „organisierten" oder „koordinierten" Kapitalismus der vorangehenden Jahrzehnte in den ökonomisch weit entwickelten Ländern des Westens unter Druck. Zur stabilisierenden Organisation des Kapitalismus hatte dort die enge Verknüpfung von Markt und Staat, hatten staatliche Regulierungen des Kapitalismus beigetragen, jedoch in den Grenzen *nationalstaatlicher* Souveränität. Ebendiese Grenzen wurden nun poröser und offener. Zugleich erlebte der an sich viel ältere Finanzkapitalismus einen überproportionalen Wachstumsschub, und zwar ebenfalls in grenzüberschreitender Weise sowie mit globaler Tendenz. Das Geschäft mit Geld, wie es von Banken, Börsen, Investmentgesellschaften, Maklern und Spekulanten betrieben wurde, dehnte sich überproportional aus und verselbstständigte sich. Auch in der sogenannten Realwirtschaft der Industrie-, Handels- und Dienstleistungsunternehmen verschoben sich die Gewichte. Zwar arbeiteten die meisten kleinen und mittelgroßen Unternehmen weiterhin unter der Leitung ihrer Eigentümer. Und in den großen, meist als Aktiengesellschaften oder dergleichen verfassten Großunternehmen spielten weiterhin Manager, also angestellte Unternehmer, eine zentrale Rolle. Doch mit dem Aufstieg des Finanzkapitalismus traten spezialisierte Investoren verstärkt auf den Plan, die in harter Konkurrenz miteinander Anlegerinteressen vertraten, intensiv auf die Produktions-, Handels- und Dienstleistungsunternehmen Einfluss nahmen und aus ihren mächtigen Fonds- und Investmentgesellschaften heraus dem *shareholder value* zur Dominanz verhalfen, das heißt darauf hinwirkten, dass das Profitmotiv in den Leitungsentscheidungen der Unternehmen absolut tonangebend wurde und die Gesetze des Marktes immer direkter, unverblümter und zwanghafter die Entscheidungen und Verhaltensweisen der ökonomischen Akteure prägten. Man hat von Investorenkapitalismus gesprochen, der sich neben dem älteren Managerkapitalismus und dem noch älteren Eigentümerkapitalismus geltend machte, diese zwar nicht verdrängend, wohl aber durchdringend.

Zugleich gewannen neoliberale Grundsätze und neoliberale Rhetoriken erheblich an Boden. Sie trauten der Regulierung durch staatliche Institutionen wenig, der Selbstregulierungsfähigkeit der Marktkräfte alles zu. Auch wenn die neoliberalen Reformen in der Realität vieler Länder äußerst begrenzt blieben und etwa in der Bundesrepublik nicht zu einem Abbau oder auch nur zu einer wirklichen

[17] Vgl. Immanuel Wallerstein et al., Does Capitalism Have a Future? Oxford 2013; Wolfgang Streeck, Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Frankfurt/M. 2013; Michael J. Sandel, Was man für Geld nicht kaufen kann. Die moralischen Grenzen des Marktes, Berlin 2012; Thomas Piketty, Das Kapital im 21. Jahrhundert, München 2014.

Schwächung des Sozialstaats führten, war dieser Stimmungsumschwung doch mit einer Welle von Privatisierungen und Deregulierungen verbunden, die nicht auf den dabei voranschreitenden anglo-amerikanischen Bereich beschränkt blieben, sondern weltweit auftraten. Diese miteinander verknüpften Strukturveränderungen haben die Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverteilung erheblich verschärft. Sie waren überdies wichtige Bedingungen der großen Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008. Die zwei Veränderungen in der Arbeitswelt, die abschließend erläutert werden sollen, hängen mit dieser Wendung des Kapitalismus zu Globalisierung, „Finanzialisierung", Deregulierung und marktradikalem Neoliberalismus zusammen.[8]

Als Folge von Veränderungen der Technologie und der Marktorganisation ist seit einigen Jahrzehnten eine Fragmentierung der Arbeit, auch der Lohnarbeit, in Raum und Zeit zu beobachten. Während 1970 die Relation zwischen vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmern und der Summe der Teil- und Kurzzeitbeschäftigten, der befristet und geringfügig Beschäftigten – also der sogenannten atypischen Beschäftigungsverhältnisse – in der Bundesrepublik Deutschland etwa 5:1 betrug, verschob sie sich bis 1990 auf 4:1 und bis heute auf etwa 2:1. Jeder Dritte arbeitet in Teilzeit, befristet, als Leiharbeiter oder in einem Minijob. Die Elastizität der Erwerbsarbeit und die Fluidität der Arbeitsverhältnisse nehmen zu. Die Flexibilitätszumutungen an die Einzelnen steigen. Der Arbeitsplatz verliert die klaren Abgrenzungen, die er im 19. Jahrhundert gewann. Die neuen Kommunikationsmittel erlauben neue Formen der Heimarbeit. Ein neues Zeitregime entsteht in den Grauzonen zwischen Arbeits- und Freizeit, mit Teilzeit und Gleitzeit, mit neuen Freiheitschancen und neuen Abhängigkeiten.

Die Befunde sind differenziert zu beurteilen. Nicht jedes in diesem Sinn „atypische" Beschäftigungsverhältnis ist prekär, insbesondere nicht jede Teilzeitbeschäftigung. Zweifellos enthält die Verflüssigung der Arbeitsverhältnisse auch neue Chancen, beispielsweise zur Verknüpfung von Erwerbsarbeit mit anderen Tätigkeiten, zur Verbindung von Arbeit und Freizeit, zur Vereinbarung von Beruf und Familie. Andererseits führt diese stark marktabhängige Flexibilisierung zu großer Unsicherheit bei den Betroffenen und erschwert deren Lebensplanung. Es steht zu befürchten, dass die Flexibilisierung und Fragmentierung der Arbeitsverhältnisse zu einer Erosion der individuellen Identitäten und des sozialen Zusammenhalts führen, soweit diese auf kontinuierlicher Arbeit beruhen, wie es in den „Arbeitsgesellschaften" des Westens seit dem 19. Jahrhundert der Fall ist. Die Bindungskraft, die sozial strukturierende, kulturell verbindende und vergesellschaftende Kraft der Arbeit hat in den vergangenen Jahren abgenommen.[9]

In diesem Beitrag standen Erfahrungen mit Arbeit im Kapitalismus westlicher Länder im Vordergrund. Dramatischer wird das Bild, wenn man auf die erst seit wenigen Jahrzehnten durchgreifend industrialisierten Regionen des Globalen Südens blickt. Die dort äußerst vielgestaltige abhängige Arbeit wird meist unter Kategorien wie „informell" und *non-standard* diskutiert. Gemeint sind unterschiedliche Formen von wenig geregelter, kaum kodifizierter, damit aber sehr ungeschützter und verletzbarer Arbeit in wechselnden Positionen, einschließlich Wander-, Saison- und Gelegenheitsarbeiten, oft in extremer Abhängigkeit vom Arbeitgeber, gering entlohnt und in Verknüpfung mit anderen Tätigkeiten sowie anderen Einkommensarten, die im Familienkontext zusammengebracht werden, schon weil man von einer allein nicht leben könnte. Zu Recht gelten diese Arten von kapitalistisch abhängiger Arbeit als höchst prekär. Sie werden von Arbeitskräften beiderlei Geschlechts, auch von vielen Kindern geleistet, in der auf Export setzenden Land- und Konsumgüterwirtschaft, in Werkstätten und Fabriken und als unterschiedlichste Dienstleistungen, oftmals in Slums, unter Bedingungen ausge-

[8] Vgl. Paul Windolf (Hrsg.), Finanzmarkt-Kapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen, Wiesbaden 2005; Ivan T. Berend, Europe in Crisis. Bolt From the Blue?, New York 2013; David Harvey, Kleine Geschichte des Neoliberalismus, Zürich 2007.

[9] Vgl. Richard Sennett, Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus, Berlin 1990; Günther Schmid/Paula Protsch, Wandel der Erwerbsformen in Deutschland und Europa, WZB Discussion Paper SPI 2009-505; Jürgen Kocka/Claus Offe (Hrsg.), Geschichte und Zukunft der Arbeit, Frankfurt/M. 2000.

prägter Unsicherheit und angesichts großer Ungleichheit. Unternehmer, Geschäfte, Fabriken – darunter viele „Ketten“ und multinationale Konzerne mit Machtzentrum im Globalen Norden – tragen durch gezieltes Outsourcing zur Vermehrung dieser prekären Arbeitsverhältnisse bei. Sie bedienen sich dieser Arbeitskräfte, oft ohne sie förmlich anzustellen, oft mit der Hilfe zwischengeschalteter Kontraktoren, Sub-Unternehmer oder Agenten, wobei gesetzliche Schutzbestimmungen, soweit sie überhaupt existieren, meist halbherzig sind und häufig umgangen oder ignoriert werden. Das globale Nord-Süd-Gefälle ist ausgeprägt, es handelt sich um spät- oder postkoloniale Abhängigkeit. Die Kategorie der „informell“ Arbeitenden ist vielgestaltig, schwer abzugrenzen und quantitativ kaum zu erfassen. Grobe Schätzungen sprechen von einer Milliarde weltweit, mit zunehmender Tendenz.[10]

Hierzulande hat die Brisanz der alten „Arbeiterfrage“ abgenommen, so sehr es auch bei uns neue Formen der Armut, der Unterschichtung durch Zuwanderung und wieder zunehmende Ungleichheit gibt, die scharfe Kritik herausfordert.[11] Gelänge es, in unseren Köpfen eine wirklich globale Perspektive zu verankern, wäre die „Arbeiterfrage“, jetzt als weltweites Phänomen, jedoch sofort wieder da: moralisch herausfordernd, ein gravierendes Problem sozialer Gerechtigkeit. Seine Milderung wird ohne kräftige Intervention starker, zusammenarbeitender Staaten nicht gelingen.

[10] Vgl. Jan Breman, Outcast Labour in Asia: Circulation and Informalization of the Workers at the Bottom of the Economy, Oxford 2012; Leah F. Vosco et al. (Hrsg.), Gender and the Contours of Precarious Employment, New York 2009; Dennis Arnold/Joseph R. Bongiovi, Precarious, Informalizing and Flexible Work, in: American Behavioral Scientist, 57 (2013), S. 289–308.

[11] Vgl. Hans-Ulrich Wehler, Die neue Umverteilung. Soziale Ungleichheit in Deutschland, München 2013.

Lars P. Feld

Kapitalismus und Kapitalismuskritik aus ordoliberaler Perspektive

Es fängt bereits bei den Begrifflichkeiten an: Während im angelsächsischen Raum das Wort *capitalism* wertfrei verwendet wird, steckt in der deutschen Sprache in der Bezeichnung „Kapitalismus“ bereits eine Wertung. Die Kapitalismuskritik setzt den schon pejorativ so bezeichneten Kapitalismus weiter herab. Es dient daher nicht nur der Sachlichkeit in deutschen Debatten, stattdessen von „Marktwirtschaft“ zu sprechen. Hinzu kommt, dass deren Erweiterung zur „Sozialen Marktwirtschaft“ die Hinzunahme einer ordoliberalen Perspektive erleichtert.

Lars P. Feld
Dr. oec. habil., geb. 1966; Professor für Wirtschaftspolitik und Ordnungsökonomik an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg; Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung; Direktor des Walter Eucken Instituts, Goethestraße 10, 79100 Freiburg i. Br.
feld@eucken.de

Doch selbst die Marktwirtschaft ist ins Gerede gekommen. Schuld daran hat die Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2007 bis 2009. Angesichts des damaligen Zusammenbruchs der Finanzmärkte wird die Funktionsfähigkeit der Märkte grundsätzlich bezweifelt. Anknüpfend an die Kapitalismuskritik der Frankfurter Schule skizziert beispielsweise Wolfgang Streeck in seinen Adorno-Vorlesungen,[1] wie sich die kapitalistische Wirtschaft von Krise zu Krise hangelte und die Lösung der Verteilungsprobleme zwischen Arm und Reich in der Gesellschaft vertagte. Sein Narrativ umspannt mehrere Jahrzehnte, umfasst als durchgehende Konstante jedoch den Konflikt zwischen Arbeit und Kapital, dessen Konstruktion dem Sozialismus so teuer ist. In den 1970er Jahren kaschierte demnach die Inflation diese Verteilungsprobleme. In den

1980er Jahren wurden diese durch eine Anti-Inflationspolitik mit einer zunehmenden Staatsverschuldung abgemildert. Seit den 1990er Jahren, so Streeck, löste die überbordende private Verschuldung des Banken- und Finanzsystems die Staatsverschuldung als Moderator von Verteilungskonflikten ab. Diese Politik des Aufschiebens und Kaschierens sei nun an ihrem Ende angelangt. Das offene Ausbrechen von Verteilungskonflikten sei nur durch einen demokratischen Sozialismus mit hoher Umverteilung vermeidbar. Streeck gibt dem sozialistischen Historizismus damit ein neues Narrativ.

Dass es so weit gekommen ist, muss Ökonomen nicht verwundern. Seit dem berühmten Aufsatz des Wirtschaftswissenschaftlers Eugene Fama[2] trug die Mehrzahl der Ökonomen das Mantra der effizienten Finanzmärkte vor sich her, die immer und in Echtzeit alle für die Bewertung von Finanzprodukten relevanten verfügbaren Informationen effizient verarbeiteten. Effiziente Finanzmärkte machen aus dieser Sicht keine Fehler. Wenn Probleme auftreten, müssen sie woanders herkommen. Manche Autoren sagen angelsächsisch geprägten Ökonomen nach, dass sie als Ursachen für solche Fehler immer nur staatliche Eingriffe ausmachen. Wenn etwas schief läuft, sei der Staat daran schuld.[3] Das ist nicht ganz fair gegenüber den Angelsachsen, denn es ist wohl eher eine bestimmte Forschungsrichtung in den Wirtschaftswissenschaften, die so argumentiert, und zudem findet dieser Ansatz seinen Widerhall in Deutschland und anderen kontinentaleuropäischen Ländern bei denjenigen, die ausschließlich auf die Selbstheilungskräfte des Marktes vertrauen. Angesichts der Überhöhung der Finanzmärkte und der Marktkräfte erstaunt es nicht, dass die Gegenbewegung ebenfalls extrem ausfällt und die Marktwirtschaft insgesamt in ein schlechtes Licht gerückt wird. Die Finanzkrise hat belegt, dass die Finanzmärkte einem solchen überhöhten Ideal nicht entsprechen.

Kapitalismuskritik ist zudem nicht lediglich Systemkritik, die an große gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge anknüpft. Vielmehr geht sie einher mit grundsätzlichen Zweifeln am ökonomischen Denkansatz per se, dem ökonomischen Verhaltensmodell, dem *homo oeconomicus*. Diese Kritik setzt an den Grundfesten der Wirtschaftswissenschaften an, denn das ökonomische Verhaltensmodell ist der Ausgangspunkt für die Ableitung der Markteffizienz. Ebenfalls beispielhaft sei Frank Schirrmacher als Kritiker angeführt. In seinem Buch „Ego. Das Spiel des Lebens" greift er das ökonomische Verhaltensmodell frontal an. Die Ökonomik, insbesondere die Spieltheorie, habe die Menschen dazu gebracht, in Erwartung opportunistischen Verhaltens ihrer Mitmenschen selbst ihre Möglichkeiten zu entsprechendem Verhalten zu nutzen.[4] Die Ökonomen indoktrinierten die Menschen und machten sie zu selbstsüchtigen, misstrauischen, hinterhältigen, kurz: zu durch und durch verdorbenen Wesen: „(…) wie kann man auf Dauer ohne seelische Beschädigungen in einer Gesellschaft bleiben, die von jedem Menschen annimmt, er sei vernünftig, wenn er aus Eigennutz handelt?"[5]

Diese Kritik antwortet ebenfalls auf eine Art von Überhöhung. Denn das ökonomische Verhaltensmodell drang im Zeitverlauf in andere Bereiche der Sozialwissenschaften ein. In der Soziologie und der Politikwissenschaft ist dieser Ansatz etwa als *Rational-choice*-Modell bekannt. Seine Vertreter bewarben es als überlegen, verständlicherweise angesichts ihres Ziels, damit wissenschaftlich erfolgreich zu sein. Aber nicht zuletzt übernahmen dies die Ökonomen selbst, wenn man beispielsweise an die Forschungsarbeiten von Gary Becker denkt, der Pionierarbeiten im Bereich der ökonomischen Analyse des Rechts oder der Ökonomik der Familie leistete, oder von James Buchanan, der die ökonomische Analyse der Politik begründete. Dies traf nicht immer auf Gegenliebe in den anderen Wissenschaften und wurde als ökonomischer Imperialismus beschimpft.[6]

[1] Vgl. Wolfgang Streeck, Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Berlin 2013.
[2] Vgl. Eugene Fama, Efficient Capital Markets: A Review of Theory and Empirical Work, in: Journal of Finance, 25 (1970), S. 383–417.
[3] Vgl. Gebhard Kirchgässner, Homo oeconomicus, Tübingen 2013[4], S. 236 ff.
[4] Vgl. Frank Schirrmacher, Ego. Das Spiel des Lebens, München 2013.
[5] Ebd., S. 41.
[6] Vgl. George Stigler, Economics, the Imperial Science?, in: Scandinavian Journal of Economics, 86 (1984), S. 30 –313.

Das ökonomische Verhaltensmodell bietet bis heute so viel Reibungsfläche, dass mit der Verhaltensökonomik ein eigenständiger Ansatz entstanden ist, der die Grundannahmen des *homo oeconomicus* in Frage stellt, um darauf basierend neue Erkenntnisse über individuelles Handeln abzuleiten. Ursprünglich im Zusammenspiel mit der experimentellen Wirtschaftsforschung entstanden, greift die Verhaltensökonomik heute auf neuroökonomische Forschung und auf Feldexperimente zurück. Im Wesentlichen mikroökonomisch orientiert lassen sich daraus gleichwohl Rückschlüsse für die Wirtschaftspolitik ziehen.[7] Allerdings ist der Schritt von der Verhaltensökonomik zur anfangs angedeuteten Systemfrage, aber auch schon zur Makroökonomik ein großer. Bislang ist die Verhaltensökonomik jedenfalls kaum in die makroökonomische Forschung eingedrungen.[8]

Der Ordoliberalismus, oder, im Deutschen weniger wertbeladen, die Ordnungsökonomik hielt sich bei der Überhöhung der Marktkräfte im Wesentlichen zurück. Zwar fordert der Kronberger Kreis, ein Zusammenschluss gleichgesinnter Wirtschafts- und Rechtswissenschaftler, als dezidiert ordnungspolitisch ausgerichtete Institution seit seiner Gründung in vielen Schriften mehr Markt ein.[9] Mit der Deregulierung der Finanzmärkte hat er sich jedoch nicht auseinandergesetzt. Man mag ihm dies bei der Diskussion notwendiger Reregulierung nach der Finanzkrise vorwerfen.[10] Doch lassen sich die Analysen dieses Kreises nicht als Überhöhung des Effizienzparadigmas der Finanzmärkte interpretieren.

Eine solche Idealisierung würde den ordnungsökonomischen Grundanliegen widersprechen. Die deutschen Ordnungsökonomen der Gründergeneration, insbesondere Walter Eucken, entwickelten ihren Denkansatz und die daraus abgeleiteten Grundsätze der Wirtschaftspolitik in Abgrenzung zum Laissez-faire-Ansatz des klassischen Liberalismus. Sie erkannten mögliches Marktversagen an und wollten durch staatliche Wirtschaftspolitik sicherstellen, dass dieses behoben wird oder gar nicht erst auftritt. Dabei sollte die Wirtschaftspolitik ordnungspolitisch ausgerichtet sein, also den Regelrahmen für die wirtschaftlichen Akteure festlegen, nicht aber in das tägliche wirtschaftliche Geschehen auf den Märkten im Sinne eines Staatsinterventionismus eingreifen.[11] Selbst der deutlich marktfreundlicher ausgerichtete Friedrich A. von Hayek erkannte die Beschränktheit individueller Entscheidungsprozesse an.[12] In seiner Vorstellung der menschlichen Psyche könnten sich manche Verfechter der Verhaltensökonomik und der Theorie der beschränkten Rationalität wiederfinden. Hayeks Schlussfolgerung ist jedoch eine andere als jene der Kapitalismuskritiker. Er plädiert für weniger Staat und liefert der Ordnungsökonomik weitere Argumente im Sinne ordnungspolitisch ausgerichteter Eingriffe.

Um den hier zu Beginn geschlagenen Bogen besser zu verstehen, ist es erforderlich, zunächst beim ökonomischen Verhaltensmodell anzusetzen und dann zu fragen, was dies für die Wirtschaftspolitik bedeutet.[13]

Marktwirtschaft: Der ökonomische Ansatz

Ein marktwirtschaftliches System koordiniert die Wünsche und Pläne einer Vielzahl von Menschen auf unnachahmliche Weise. Im Wirtschaftsprozess entscheiden die Menschen eigennützig und rational, indem sie eine rationale Wahl aus den ihnen vorliegenden Alternativen treffen, die ihren Präferenzen am ehesten entspricht. Dies führt dazu, dass es ohne Absicht zu einer im Wesentli-

[7] Vgl. Armin Falk, Homo Oeconomicus versus Homo Reciprocans: Ansätze für eine neues wirtschaftspolitisches Leitbild?, in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik, 4 (2003), S. 141–172.

[8] Dies gilt trotz vereinzelter Versuche beispielsweise von Paul de Grauwe, The Scientific Foundation of Dynamic Stochastic General Equilibrium (DSGE) Models, in: Public Choice, 144 (2010), S. 413–443.

[9] Der Autor dieses Beitrags ist Sprecher des Kronberger Kreises.

[10] So beispielsweise die Kritik von Gebhard Kirchgässner, Die Krise der Wirtschaft: Auch eine Krise der Wirtschaftswissenschaften?, in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik, 10 (2009), S. 436–468.

[11] Vgl. Walter Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Tübingen 1952.

[12] Vgl. Friedrich A. von Hayek, Die sensorische Ordnung, Tübingen 2006.

[13] Vgl. zum ökonomischen Verhaltensmodell wiederum G. Kirchgässner (Anm. 3). Der folgende Abschnitt basiert auf Lars P. Feld, Zum Zustand der Sozialen Marktwirtschaft, unveröffentlichtes Manuskript, Freiburg i. Br. 2015.

chen erwünschten Zuordnung knapper Ressourcen kommt. Der Eigennutz schafft es in aller Regel, ohne moralische Handlungsmaxime das Wünschenswerte zu realisieren. Markt und Wettbewerb, Investitionen und Wachstum sorgen für einen vernünftigen Umgang mit dem Knappheitsproblem. Hier mag das Bild vom Bäcker, der nicht aus Altruismus Brot für seine Kunden backt, als Andeutung genügen.

Dabei hat nur der Marktprozess die erstaunliche Eigenschaft, auf außergewöhnlich präzise Weise die Konsum- und Investitionsentscheidungen der Menschen zusammenzubringen. Kein anderer Mechanismus schafft es, das dezentral vorhandene Wissen so wunderbar zu koordinieren. Das Geheimnis hinter diesem Koordinationserfolg ist die Signalfunktion der Preise. Sie sorgen dafür, dass Ressourcen „zum besten Wirt" wandern.

Dem ökonomischen Verhaltensmodell wird vorgeworfen, dass es annimmt, Menschen seien eigennützig und rational. Gemäß der Eigennutzannahme sind Individuen grundsätzlich und in erster Linie auf den eigenen Vorteil bedacht, sie sind egoistisch. Ökonomen gehen somit davon aus, dass sich Individuen überwiegend nicht altruistisch oder „moralisch" verhalten. Das ist schwierig, weil Egoismus unsympathisch ist und jeder für sich andere Motive seines Handelns in Anspruch nimmt. Die Geringschätzung dieser Annahme beginnt schon mit dem sprachlichen Problem, dass Egoismus und Eigennützigkeit im Deutschen engere Substitute sind als *egoism* und *selfishness* im Englischen. Unsere Sprache schiebt diese Annahme somit schon ins Negative.

Immerhin muss man anerkennen, dass es sich bei Eigennützigkeit nicht um schlechtere Charaktereigenschaften als Neid, Hass oder Schadenfreude handelt. Im Grunde geht das ökonomische Verhaltensmodell nur davon aus, dass sich Menschen *nicht* wie der barmherzige Samariter aus dem gleichnamigen Gleichnis verhalten. Der Philosoph John Rawls bezeichnete diese gegenseitig desinteressierte Vernünftigkeit als in vielen Fällen zutreffende Beschreibung menschlichen Verhaltens.[14] Mit Eigennützigkeit ist daher auch nicht der Opportunismus als die Verfolgung des Eigeninteresses „unter Zuhilfenahme von List" gemeint.[15] Dies würde krassere Formen, wie Lügen, Stehlen und Betrügen, einschließen.

Trotz der inneren Ablehnung, die Eigennützigkeit bei vielen auslösen mag, handelt es sich um eine in vielen Zusammenhängen vernünftige Annahme. Dies bedeutet nicht, dass Ökonomen nur eigennütziges Verhalten für vernünftig halten, wie es Schirrmacher unterstellt.[16] Die Annahme erlaubt es vielmehr, sinnvolle und robuste gesellschaftliche Institutionen zu entwickeln, die größere Belastungen als den Altruismus von Menschen aushalten und opportunistisches Verhalten einschränken. Man sollte dem Gewinn maximierenden Unternehmer oder dem Stimmen maximierenden Politiker sein Verhalten nicht vorwerfen, sondern damit rechnen; oder, wie es Friedrich II. von Preußen 1752 auf den Punkt brachte: „Wer glaubt, dass die Welt von Bösewichtern bevölkert ist, denkt wie ein Menschenfeind; sich einzubilden, dass alle Tiere auf zwei Beinen und ohne Flügel ehrliche Leute sind, heißt, sich wie ein Dummkopf zu täuschen."[17]

Scharf zu trennen von der Eigennutzannahme ist die Rationalitätsannahme. In allererster Linie ist die Annahme deskriptiv, zielt also im Sinne einer positiven Wissenschaft auf die Erklärung (typischen, aggregierten) individuellen Verhaltens ab. Demnach ist die Entscheidungssituation des Individuums gemäß dem Rationalitätsprinzip von Intentionen (Präferenzen) und Beschränkungen (Restriktionen) bestimmt. Zu den Beschränkungen zählen beispielsweise das Einkommen, die auf den Märkten geltenden Preise, die rechtlichen Rahmenbedingungen des Handelns oder die (erwarteten) Reaktionen anderer. Natürlich lässt sich eine individuelle Entscheidungssituation durch Rückgriff auf vielfältige andere Lebensbereiche illustrieren. So dürfte ein Individuum bei der Partnerwahl in der Realisierung seiner Schönheitsideale durch das

[14] Vgl. John Rawls, Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt/M. 1975, S. 168.

[15] Vgl. Oliver Williamson, The Economic Institutions of Capitalism: Firms, Markets, Relational Contracting, New York 1985, S. 54.

[16] Vgl. F. Schirrmacher (Anm. 4), S. 41.

[17] Zit. nach: G. Kirchgässner (Anm. 3), S. 48.

eigene Aussehen und dessen Kompatibilität mit den Vorstellungen anderer beschränkt sein.

Ein Individuum entscheidet sich unter bestimmten Handlungsmöglichkeiten für diejenige, die seinen Präferenzen am ehesten entspricht, ist also in der Lage, systematisch die relativ beste Alternative zu wählen. Die Rationalität der Entscheidung als rationale Wahl zwischen Alternativen gemäß den eigenen Präferenzen stellt relativ geringe Informationsanforderungen. Keineswegs ist für das ökonomische Verhaltensmodell vollständige Information oder vollständige Voraussicht notwendig. Dies sind zusätzliche Hilfsannahmen zur Komplexitätsreduktion in einfachen Lehrbüchern (*paleo-homo oeconomicus*). Eine Verallgemeinerung dieses Zerrbilds ist unzulässig. Sie entspricht nicht moderner ökonomischer Auffassung. Die Analyse unvollständiger, asymmetrischer Information ist vielmehr Kernstück ökonomischer Analyse.

Hinsichtlich zukünftiger Ereignisse sollten Menschen (bedingte) Erwartungen bilden können. Dies lässt viel Spielraum für eingeschränkt rationales Verhalten insofern, dass ein Individuum so lange Alternativen prüft, bis hinreichend akzeptable gefunden sind. Es vermag auf diese Weise, rationale Suchverfahren und Daumenregeln zu entwickeln, und handelt gemäß kontingenter Regeln für Klassen von Situationen. In diesem Sinne können Individuen gemäß dem ökonomischen Verhaltensmodell rationale Erwartungen bilden. Die strenge Form rationaler Erwartung ist wie jede strenge Rationalitätsannahme längst empirisch verworfen. Aber nicht so, dass es möglich erscheint, Individuen konsistent und/oder langfristig auf die gleiche Weise hinters Licht zu führen; hier gelten rationale Erwartungen sehr wohl. Geldillusion, also die Orientierung am nominalen, nicht realen Wert, ist somit keine langfristig mögliche Strategie für die Wirtschaftspolitik. Oder, um mit LeAnn Rimes („Life goes on", 2002) zu sprechen: „Shame on you if you fool me once, shame on me if you fool me twice."

Auf Basis dieser Überlegungen kommen Ökonomen zu der Vorstellung, dass der marktwirtschaftliche Prozess zu einer optimalen Verteilung von Ressourcen führt. Sie gehen sogar soweit, daraus das gehaltvollste Modell der Sozialwissenschaften zu entwickeln, nämlich ein elegantes, mathematisches allgemeines Gleichgewichtsmodell. Es ist empirisch gehaltvoll – nicht weil es die Realität so gut erfasst. Das können Modelle nie, denn sie sollen von der Realität abstrahieren. Vielmehr hat dieses Modell empirischen Gehalt, weil man sich daran so gut reiben kann.

Dies bedeutet nun nicht, dass eine Marktwirtschaft nach diesem ökonomischen Ansatz immer störungsfrei funktioniert. Er erlaubt vielmehr, anknüpfend an den für die modelltheoretischen Analysen wesentlichen Annahmen, herauszuarbeiten, unter welchen Bedingungen der Markt nicht oder nicht so gut funktioniert. Es lassen sich Tatbestände des Marktversagens aufdecken, die grundsätzlich staatliches Handeln ermöglichen. Marktversagen tritt demnach immer wieder auf. Dazu gehören nicht nur Externalitäten, etwa die Umweltproblematik, Probleme aufgrund asymmetrischer Information, etwa beim Konsumentenschutz, oder makroökonomische Instabilitäten, die in der ganzen Breite zu geld- oder fiskalpolitischen Eingriffen aufrufen. Verteilungsfragen spielen zudem eine wichtige Rolle, weniger im Sinne des Marktversagens, vielmehr als gesellschaftspolitische Rahmenbedingung. Nicht zuletzt wird Marktversagen durch die Verabsolutierung der Vertragsfreiheit ermöglicht, wenn Marktteilnehmer sich zusammentun und wettbewerbsbeschränkende Eingriffe vornehmen. Einen funktionierenden Wettbewerb sicherzustellen, ist zentral für ein gutes Funktionieren der Marktwirtschaft. Dieser ist es vor allem, der die Marktwirtschaft sozial macht, ohne dass man dieses Attribut überhaupt anfügen müsste. Wettbewerb stellt bestehende Einkommens- und Vermögenspositionen immer wieder in Frage, verlangt, dass sich diese erneut im Wirtschaftsprozess bewähren.

Kritik am traditionellen ökonomischen Denkansatz

Kritik am traditionellen ökonomischen Denkansatz kommt vor allem aus zwei Richtungen. Einerseits greift die moderne Verhaltensökonomik die Eigennutz- und die Rationalitätsannahme an und leitet daraus alternative wirtschaftspolitische Handlungsempfehlungen ab. Andererseits, und schon lange vor dem

Auftreten der modernen Verhaltensökonomik, kritisierte die Neue Politische Ökonomie die in den wirtschaftspolitischen Empfehlungen der traditionellen Ökonomik enthaltene Staatsgläubigkeit. Sie weist auf vielfältige Formen des Staatsversagens hin und mahnt zu deren Berücksichtigung bei wirtschaftspolitischen Empfehlungen.

Die Kritik der Verhaltensökonomik beginnt vermutlich mit der Betrachtung von sogenannten Anomalien, die vor allem die These effizienter Finanzmärkte in Frage stellen. So zeigt sich beispielsweise in Experimenten, dass Teilnehmer ein sicheres Ergebnis stärker gewichten als unsichere Ergebnisse, selbst wenn sie den gleichen erwarteten Nutzen haben.[18] Weitere Anomalien knüpfen an ähnlichen Verzerrungen an. So sorgt der Status-quo-Bias dafür, dass Menschen im Besitz befindliche Güter höher bewerten als nicht im Besitz befindliche. Wesentlich für eine Vielzahl von solchen Anomalien sind die Risikopräferenzen der Individuen. Beschränkte Rationalität hat aber zudem mit der Existenz von Informationskosten zu tun. Es ist nicht billig, sich gut über die Marktbedingungen zu informieren. Auf Finanzmärkten kann es dadurch zu erstaunlichen Reaktionen kommen. Es treten Überreaktionen (*overshooting*) auf. Nicht selten kommt es zu Herdenverhalten. Vor dem Hintergrund einer Vielzahl solcher Verzerrungen lassen sich Regulierungen der Finanzmärkte begründen.[19]

Ein zweiter Strang der Verhaltensökonomik legt einen sanften Paternalismus des Staates nahe.[20] Individuen haben demnach verzerrte Präferenzen, etwa wenn sie zukünftigen Ereignissen in ihrem Leben zu wenig Bedeutung zumessen und daher zu sehr in den Tag hinein, im Hier und Jetzt leben. In der Konsequenz sorgen sie zu wenig für ihre Gesundheit oder für ihre Alterseinkünfte vor. Ein sanfter Paternalismus würde hier beispielsweise den Bürgern eine Form von Sparverpflichtung auferlegen. Die Pflichtmitgliedschaft in einer gesetzlichen Rentenversicherung gehört sicher schon zu härteren Formen des Paternalismus. Sogenannte Sündensteuern, wie etwa die Tabaksteuer, sind ebenfalls dazu zu zählen.

Ein dritter, sehr intensiv erforschter Bereich der Verhaltensökonomik befasst sich mit der Frage, unter welchen Bedingungen Menschen kooperieren, insbesondere wann sie sich nicht im engen Sinne eigennützig und rational verhalten. Der traditionelle ökonomische Ansatz geht bei sogenannten öffentlichen Gütern von Trittbrettfahrerverhalten aus. Öffentliche Güter, wie etwa die Landesverteidigung, sind durch zwei Eigenschaften gekennzeichnet: Nicht-Ausschließbarkeit, das heißt, ein potenzieller Nutzer kann vom Konsum des Gutes nicht ausgeschlossen werden, und Nicht-Rivalität im Konsum, das heißt, ein weiterer Nutzer schmälert den Nutzen für bereits vorhandene Nutzer nicht. Treffen beide Eigenschaften zu, haben Menschen einen Anreiz, nichts zur Bereitstellung eines öffentlichen Gutes beizutragen. In einer Vielzahl von Experimenten zeigt sich, dass einfache Mechanismen dafür sorgen können, ein solches Trittbrettfahrerverhalten zu verhindern. Für die Wirtschaftspolitik impliziert dies eine Konzentration auf diese Mechanismen.[21]

Im traditionellen ökonomischen Ansatz wird implizit unterstellt, dass der Staat, wenn er zur Verbesserung marktwirtschaftlicher Ergebnisse beitragen kann, diese Hoffnung in der Tat erfüllt. Korrekturen von Marktversagen und unerwünschter Verteilungsergebnisse sowie die makroökonomische Stabilisierung würden demnach im politischen Entscheidungsprozess so vorgenommen, dass es zu Verbesserungen für die Bevölkerung kommt. Leider ist dies zu optimistisch. Es lässt sich vielfach beobachten, dass der Staat eingreift, ohne dafür gute ökonomische Gründe zu haben, dass

[18] Auf diesem sogenannten Allais-Paradoxon baut die Prospect Theory auf, vgl. Daniel Kahnemann/Amos Tversky, Prospect Theory: An Analysis of Decision Under Risk, in: Econometrica, 47 (1979), S. 263–291.

[19] Vgl. dazu Andrei Shleifer, Inefficient Markets: An Introduction to Behavioral Finance, Oxford 2000, also deutlich vor der Finanzkrise.

[20] Vgl. dazu G. Kirchgässner (Anm. 3), S. 269 ff.

[21] So legt die Analyse von Jean-Robert Tyran/Lars P. Feld, Achieving Compliance when Legal Sanctions are Non-Deterrent, in: Scandinavian Journal of Economics, 108 (2006), S. 135–156, nahe, dass direktdemokratische Entscheidungsmechanismen das Trittbrettfahrerverhalten reduzieren. In der Realität könnte dies bedeuten, dass durch die Wahl eines solchen Entscheidungsmechanismus beispielsweise Steuerhinterziehung reduziert wird, da sich die Bürger stärker dem Gemeinwesen verpflichtet fühlen würden.

er nicht eingreift, wo dies richtig wäre, oder dass er Instrumente einsetzt, die ineffektiv und ineffizient sind.

Marktversagen ist somit nur die eine Seite der Medaille. Hinzu tritt Staatsversagen in erstaunlich großem Maße. Seit der Entstehung der Neuen Politischen Ökonomie, der *Public-choice*-Theorie und der Verfassungsökonomik beschäftigen sich Ökonomen mit einer solchen Politik ohne Romantik. Staatsversagen hat vielfältige Ursachen. Wahlen können Budgetzyklen auslösen, die, statt die Wirtschaft zu stabilisieren, zur Destabilisierung beitragen. Politiker haben eigene Interessen, schielen auf ihre Popularität und die Wiederwahl, bedienen ihre Klientel, in manchen Ländern kommt Korruption hinzu. Die Wähler haben wenig Interesse, sich gut über Politik zu informieren, und wählen eher expressiv. Die Bürokratie führt ein Eigenleben. Interessengruppen haben unterschiedliche Fähigkeiten, sich zu organisieren und ihre Interessen zu bündeln. Gut organisierte Gruppen haben einen relativ größeren Einfluss auf die Politik. Das Zusammenspiel dieser unterschiedlichen politischen Akteursgruppen fällt je nach politischem System, gemäß Unterschieden im Verfassungsdesign unterschiedlich aus.

Am eindrücklichsten lässt sich dies am Beispiel des Problems der fiskalischen Allmende illustrieren. Zwei Anspruchsgruppen wollen im politischen Prozess jeweils ihre Ziele durchsetzen. Jede hat für sich genommen keine politische Mehrheit. Wenn sich beide aber zusammentun, können sie durch Stimmentausch ihre Ziele gemeinsam erreichen. Beim Stimmentausch verspricht die eine Partei der anderen, sie bei ihrem Vorhaben zu unterstützen, wenn sie selbst von der anderen Partei bei den eigenen Vorhaben unterstützt wird. Im parlamentarischen System Deutschlands heißt dieser Stimmentausch Koalitionsvertrag. Das Rentenpaket ist ein treffendes Beispiel: Die CDU/CSU wünscht sich die Mütterrente, die SPD die Rente mit 63 für langjährig Versicherte. Man tut sich zusammen und realisiert beides. Das Allmendeproblem entsteht dadurch, dass die Kosten dieser Maßnahmen auf die Allgemeinheit umgelegt werden, während die Wähler dieser beiden Parteien davon begünstigt werden. Da Finanzierungslasten intertemporal verschoben werden, steigt die (implizite) Staatsverschuldung. Fiskalregeln wie die deutsche Schuldenbremse zielen darauf ab, die so entstehende übermäßige Staatsverschuldung zu begrenzen.

Ordnungspolitik als Lösung

Im Spannungsfeld zwischen Marktversagen und Politikversagen bleibt der Wirtschaftspolitik nichts anderes übrig, als zur Ordnungspolitik zurückzukehren. Die von der Verhaltensökonomik herausgearbeiteten Probleme beschränkter Rationalität gelten letztlich ebenso für staatliche wie für private Akteure. Genauso wie der Markt vielfach Regeln benötigt, um zu guten Ergebnissen zu kommen, müssen staatliche Akteure im Rahmen vernünftiger Regeln agieren. Keine Seite, weder der Markt noch der Staat, hat zwingend einen Vorteil gegenüber der anderen Seite. Der Wissensvorteil der Privaten aufgrund des dezentral vorhandenen Wissens ist nicht immer und zwingend der Kenntnis über mögliches Marktversagen überlegen, wenn individuell optimales Verhalten zu kollektiver Irrationalität führt. Gleichwohl besteht dieser Vorteil der Privaten.

Die ordoliberale Position ist letztlich genauso sehr eine Kapitalismuskritik, wenn diese als Kritik am Laissez-faire verstanden wird, wie sie eine übertriebene Staatsgläubigkeit kritisiert. Die Ordnungspolitik erteilt eine Absage an direkte Eingriffe in das Preissystem, setzt sich für Privateigentum, Vertragsfreiheit und offene internationale Märkte ein, hält Preisstabilität und das Haftungsprinzip hoch und fordert nicht zuletzt eine Konstanz der Wirtschaftspolitik. So simpel diese Prinzipien klingen, so schwer lassen sie sich im Widerstreit der politischen Interessen verwirklichen.

Giacomo Corneo

Kapitalismus: Alternative in Sicht?

Giacomo Corneo
Dr. Dr. habil., geb. 1963; Lehrstuhl für Öffentliche Finanzen, Fachbereich Wirtschaftswissenschaft, Freie Universität Berlin, Boltzmannstraße 20, 14195 Berlin.
giacomo.corneo@fu-berlin.de

Ein Wirtschaftssystem ist ein Regelwerk, das die Produktions- und Konsumvorgänge einer Gesellschaft steuert und deren materielle Reproduktion ermöglicht. Als „Kapitalismus" bezeichnet man das Wirtschaftssystem, bei dem das Privateigentum der Produktionsmittel und der Markt die maßgebenden Institutionen sind. Vom Kapitalismus lassen sich ferner verschiedene Varianten definieren, insbesondere hinsichtlich der Tragweite der staatlichen Umverteilung der Markteinkommen. Eine davon ist unsere Soziale Marktwirtschaft, in der wertmäßig beinahe die Hälfte des Inlandsprodukts die öffentlichen Haushalte durchquert. Hierdurch lassen sich ganz andere Ergebnisse erzielen als unter Laissez-faire – einer Kapitalismusvariante, bei der es der Privatinitiative überlassen wird, soziale Probleme zu bewältigen. Die Umverteilung durch den Staat federt insbesondere die Unsicherheit ab, die aus Marktprozessen resultiert, und sorgt für eine gleichmäßigere Verteilung des Wohlstands.

Nicht nur innerhalb der Gattung des Kapitalismus sind unterschiedliche Varianten möglich: Auch zum Kapitalismus existieren Alternativen, also Wirtschaftssysteme, die sich nicht maßgeblich auf Privateigentum und Märkte stützen. Da seit etwa 30 Jahren der Kapitalismus immer mehr Einkommensungleichheit und -unsicherheit hervorruft, wird seine Legitimation derzeit kontrovers diskutiert. In diesem Zusammenhang stellen viele Menschen die Systemfrage: Gibt es eine Alternative zum Kapitalismus – eine, die unsere Sehnsucht nach einem humanen, gerechten und effizienten System stillen kann?

Kooperationstest und Allokationstest

Die Bewertung alternativer Wirtschaftssysteme hängt von der Kapitalismusvariante ab, die man als Referenz wählt. Ich nehme hier den Standpunkt von jemandem ein, der das Glück hatte, in der reichen Hälfte des Planeten geboren zu werden, und dessen Referenzsystem die Soziale Marktwirtschaft ist. In diesem Fall kann eine Alternative nur dann als aussichtsreich gelten, wenn sie glaubwürdig versprechen kann, mindestens in etwa den gleichen Wohlstand wie die Soziale Marktwirtschaft hervorzubringen. Denn ein Wirtschaftssystem, von dem ein Wohlstandseinbruch zu erwarten wäre, würde niemals eine ausreichende politische Unterstützung in der Bevölkerung erhalten. Nur Wirtschaftssysteme, die sich nach reiflicher Überlegung als ökonomisch tauglich erweisen, können als ernsthafte Alternativen zum Kapitalismus gelten.[1]

Wie kann man nun begründet einschätzen, ob ein Wirtschaftssystem, das möglicherweise nie existiert hat, ökonomisch tauglich im obigen Sinn ist? Wirtschaftssysteme müssen zwei grundsätzliche Funktionen erfüllen: Erstens müssen sie die Menschen motivieren, die ihnen gestellten ökonomischen Aufgaben gewissenhaft zu erledigen; zweitens müssen die ihnen gestellten Aufgaben ökonomisch sinnvoll sein. Die erste Funktion eines Wirtschaftssystems ist somit, *Kooperation* herbeizuführen, das heißt zu erreichen, dass die Menschen willig sind, am Produktionsprozess gemäß ihren Fähigkeiten aktiv teilzunehmen und ihren Konsum in Einklang mit den gesamtwirtschaftlichen Möglichkeiten zu bringen. Die zweite Funktion bezieht sich auf die *Allokation* knapper Ressourcen – wie menschliche Begabung, Land, Rohstoffe – die so erfolgen sollte, dass möglichst viele Bedürfnisse befriedigt werden und nichts verschwendet wird. Eine aussichtsreiche Alternative zum Kapitalismus muss bei der Kooperationsfrage und der Allokationsfrage wenigstens so gut wie der Kapitalismus abschneiden, damit sie als ökonomisch tauglich betrachtet werden kann. Es gilt also, bei ausgewählten Alternativen zum Kapitalismus diesen doppelten Eignungstest gedanklich vorzunehmen und dabei die Soziale Marktwirtschaft als Vergleichsmaßstab zu verwenden. Dabei ist es ratsam, keine Änderung des menschlichen Charakters zu unterstel-

[1] Für eine ausführlichere Diskussion dieses Ansatzes sowie deren Ergebnisse vgl. Giacomo Corneo, Bessere Welt. Hat der Kapitalismus ausgedient? Eine Reise durch alternative Wirtschaftssysteme, Wien 2014.

len, denn jedes alternative Wirtschaftssystem müsste zunächst mit Menschen auskommen, wie sie heute sind.

Wirtschaftssysteme ohne Privateigentum und ohne Märkte

In einer chronologischen Reihenfolge der Gegenentwürfe zum Kapitalismus steht das Wirtschaftssystem der *allgemeinen Gütergemeinschaft* ganz oben. Sie ist ein Wirtschaftssystem ohne Geld und Finanzbeziehungen, in dem alles – insbesondere die Produktionsmittel – allen gehört. Im Gegensatz zur kapitalistischen Maxime der individuellen Selbstbehauptung im Wettbewerb beruht dieses System auf dem Bedürfnis nach sozialer Geborgenheit und auf der Fähigkeit des Menschen, Empathie für seinen Nächsten zu empfinden. Thomas Morus verfasste vor rund 500 Jahren den bekanntesten Entwurf eines solchen Wirtschaftssystems: „Utopia". Weitere folgten, wie etwa derjenige von Piotr Kropotkin, der vor gut 100 Jahren die Gütergemeinschaft als ökonomische Grundlage seiner Vision eines anarchistischen Kommunismus propagierte. Anstatt durch das Verfolgen materiellen Eigeninteresses wird das System der Gütergemeinschaft durch eine Geschenk-Logik getrieben: Der Einzelne schenkt die eigene Arbeit an die Gemeinschaft und wird durch Güter beschenkt, die andere mit ihrer Arbeit hergestellt haben. Auf demokratischem Wege beschließen die Menschen, wie viel sie produzieren und konsumieren wollen. Dementsprechend kündigt das Gemeinwesen Arbeits- und Konsumnormen an, die alle freiwillig einhalten.

Aus Morus Werk ist die Bezeichnung „utopisch" in den Sprachgebrauch eingegangen. Sie beschreibt, was die meisten Menschen über eine allgemeine Gütergemeinschaft denken, nämlich, dass in einem solchen System die einzelnen Personen keinen Anreiz hätten, sich für das Gemeinwesen anzustrengen – also zu schenken. Vielmehr würden sie sich bei der Arbeit drücken und ihren Konsum maximieren ohne Rücksicht darauf, dass genug für die anderen übrig bleibt. Mit anderen Worten: Die meisten glauben, dass dieses System den oben erwähnten Kooperationstest nicht besteht.

Tatsächlich wäre es schwierig, in einer relativ anonymen Gesellschaft wie der heutigen ein solches Ausmaß an selbstloser Kooperationsbereitschaft zu erzeugen, sodass jedes Mitglied der Gütergemeinschaft das von ihm erwartete „Geschenk" mitbringt. Hierfür notwendig wäre eine weitreichende Umstellung unserer Lebensweise, sodass die Menschen wie vor Jahrhunderten in kleinen stabilen Gemeinden leben, in denen jeder jeden kennt und sich eine enge soziale Kontrolle etablieren kann. Ferner müssten die neuen Informationstechnologien den „gläsernen Bürger" schaffen, um Missbrauch in der Gütergemeinschaft frühzeitig aufzudecken und seine mögliche Verbreitung in der Gesellschaft zu verhindern. Ein intensiver moralischer Druck und eine scharfe Stigmatisierung der Abweichler müssten ebenfalls in Kauf genommen werden, um die Geschenk-Logik der Gütergemeinschaft im Alltag zu festigen.

Eine solche soziale Umstellung wäre ein hoher Preis, um die notwendige Kooperation herbeizuführen – insbesondere für Menschen, die in einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung aufgewachsen sind. Abgesehen davon, was man über diesen Preis denkt, scheitert die Alternative der allgemeinen Gütergemeinschaft am zweiten Teil des Eignungstests – am Allokationsproblem. Denn die existierenden Entwürfe vernachlässigen entweder die Frage, wie die Ressourcen auf die verschiedenen Produktions- und Konsummöglichkeiten aufgeteilt werden sollen, oder sehen eine spontane Aufteilung der Ressourcen vor – beispielsweise durch sogenannte freie Vereinbarungen in Kropotkins Entwurf. Im besten Fall könnte man dadurch vermeiden, dass in der Gütergemeinschaft ein Versorgungsniveau unterschritten wird, das das Existenzminimum sichert. Gewiss könnte aber eine spontane Aufteilung für keine sinnvolle Ressourcenallokation sorgen: Sie würde eine rudimentäre Arbeitsteilung hervorbringen, bei der nur einfache Technologien zum Einsatz kommen. Denn in diesem System hätten die Menschen keinen Anreiz, sich in der Produktion eines bestimmten Gutes zu spezialisieren. So edel die Ideale auch sein mögen, die sie inspiriert haben, ist eine allgemeine Gütergemeinschaft keine aussichtsreiche Alternative zur Sozialen Marktwirtschaft.

Der Vorschlag der *Planwirtschaft* kann als Reaktion auf diesen Konstruktionsfehler der Gütergemeinschaft gedeutet werden, denn die Planwirtschaft verfügt über einen Mechanismus, der explizit die Produktions- und Kon-

sumvorgänge gesellschaftsweit koordinieren soll: den Zentralplan. Zwar ist dieses Wirtschaftssystem aufgrund der Erfahrungen des 20. Jahrhunderts stark in Misskredit geraten. Aber perspektivisch kann man sich eine ganz andere Planwirtschaft als im damaligen Ostblock vorstellen. Zum einen könnte sie in ein demokratisches politisches System eingebettet werden, in dem konkurrierende Parteien den Wählern gesamtwirtschaftliche Pläne mit unterschiedlichen Schwerpunkten anbieten. Zum anderen könnte die Planwirtschaft anders als im damaligen Ostblock Arbeits- und Konsumgütermärkte durch kollektive Zuweisungen ersetzen und dabei versuchen, das kommunistische Prinzip „jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen" in die Wirklichkeit umzusetzen.

Freilich wäre das Kooperationsproblem in einer solchen Planwirtschaft genauso schwierig zu lösen wie bei der Gütergemeinschaft. Aber wissenschaftlich erarbeitete, partizipative Planverfahren könnten die Ressourcenallokation steuern und damit wenigstens verhindern, dass die Gesellschaft ins wirtschaftliche Chaos versinkt. Wissenschaftlich fundierte iterative Planverfahren wurden schon vor einigen Jahrzehnten von den US-amerikanischen Ökonomen und Nobelpreisträgern Kenneth Arrow und Leonid Hurwicz entwickelt.

Bei genauerem Hinsehen ist es jedoch zu bezweifeln, dass eine solche modernisierte Planwirtschaft den Allokationstest bestehen würde. Erstens müsste die Anzahl der Produktvarianten erheblich begrenzt werden, damit das gesamtwirtschaftliche Planungsproblem bewältigt werden kann. In unserem Zeitalter der Produktdifferenzierung und der maßgeschneiderten Produktion würde die erforderliche Einschränkung des Sortiments eine harte Umstellung darstellen. Zweitens fehlt in diesem System ein adäquater Ersatz für den heutigen Unternehmer und damit für einen leistungsstarken Motor der Innovationstätigkeit. Denn weitreichende Innovationen sind schwer über einen demokratisch erstellten Zentralplan umzusetzen. Bei kollektiven Entscheidungen setzen sich nämlich in der Regel die Kräfte des Status quo – wie Bequemlichkeit und Furcht vor dem Neuen – über diejenigen des Wandels durch. Deswegen würde es nicht gelingen, in der Planwirtschaft eine ähnlich robuste strukturelle Entwicklung zu erreichen, wie sie der Eigensinn und die Risikobereitschaft einiger Unternehmer im Kapitalismus hervorruft. Genau dieser strukturelle Wandel ist aber Voraussetzung für eine andauernde Vermehrung des Wohlstands.

Eine dritte Institution: Das bedingungslose Grundeinkommen

Wir gelangen damit zu einem zentralen Zwischenfazit: Wollen wir mindestens einen Wohlstand wie in der Sozialen Marktwirtschaft erreichen, sind Märkte und unternehmerische Initiative unverzichtbar. Dies ist aber kein Grund, die Suche nach einem besseren Wirtschaftssystem aufzugeben. Möglich ist beispielsweise, dass im bestehenden Wirtschaftssystem eine dritte grundlegende Institution eingeführt wird: ein *bedingungsloses Grundeinkommen*.[12] Jeder Bürger würde monatlich eine Überweisung vom Staat erhalten, die ihm eine ganzwertige Teilnahme am sozialen Leben ermöglicht. Definitionsgemäß würde zwar das System kapitalistisch bleiben, denn Privateigentum und Märkte wären weiterhin seine wesentlichen Institutionen. Aber hinzu käme ein universelles Recht auf ein staatlich finanziertes Transfereinkommen. Das Gespenst der Armut wäre endgültig vertrieben, und die Menschen wären nicht mehr gezwungen, ihre Arbeitskraft gegen Lohn zu veräußern. Diejenigen, die es weiterhin machen würden, wären in einer viel stärkeren Verhandlungsposition als heute und könnten damit erreichen, dass ihre Arbeit interessanter, angenehmer und besser bezahlt wird. In den Augen seiner Befürworter würde deswegen das bedingungslose Grundeinkommen eine emanzipatorische Wirkung entfalten, die sich in alle Bereiche der Gesellschaft hinein verbreiten und eine allgemeine Vergrößerung der Freiheit mit sich bringen würde. Der Kapitalismus wäre zwar formal nicht aufgehoben, aber sein kennzeichnendes Element, das Lohnverhältnis, wäre faktisch ausgehöhlt.

Der leicht verständliche Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens wirkt auf einige wie das berühmte Ei des Kolumbus. Leider passt aber das libertäre Ethos dieses Vorschlags mit der Lösung des Kooperations-

[12] Siehe zur Diskussion um „Grundeinkommen?" auch die gleichnamige Ausgabe der APuZ, (2007) 51–52 (*Anm. d. Red.*).

problems nicht zusammen. Um dies zu sehen, sollte man sich zunächst die haushaltspolitischen Folgen einer solchen universellen Transferzahlung vergegenwärtigen. Soll der Staat jedem Bürger ein Grundeinkommen in Höhe von 30 Prozent des BIP pro Kopf gewähren – und damit bloß das derzeitige gesetzliche Existenzminimum garantieren – sind Mehrausgaben in Höhe von 30 Prozent vom BIP erforderlich. Nun betragen die derzeitigen Steuereinnahmen in Deutschland gut 20 Prozent vom BIP. Selbst wenn einige Sozialleistungen abgeschafft werden könnten – beispielsweise Bafög, Kindergeld, Arbeitslosengeld II und Grundsicherung im Alter – müsste der Staat die Steuersätze in etwa verdoppeln, um bei gleichbleibender Steuerbasis die Mehrausgaben für das bedingungslose Grundeinkommen zu finanzieren. Genau an der Stelle greift aber das Kooperationsproblem, denn bei einer Verdoppelung der Steuersätze und der Möglichkeit, vom Grundeinkommen zu leben, würden viele nicht mehr bereit sein, im Land zu bleiben und ihre Arbeitstätigkeiten in unvermindertem Umfang fortzusetzen. Vielmehr käme es zu einer Sogwirkung auf im Ausland lebende Personen, die gern aufhören möchten zu arbeiten und eine einfache, durch das Grundeinkommen gesicherte Existenz führen möchten. Die Steuerbasis würde in Folge von Auswanderung von Gutverdienern und Unternehmen sowie Austritten aus dem Erwerbsleben dahinschmelzen; hingegen würden die Ausgaben wegen der Einwanderung von Aussteigern nach oben klettern. Das inländische Wohlstandsniveau würde infolgedessen erheblich sinken.

Die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens in einer pluralistischen und freiheitlichen Gesellschaft wie der unseren würde auch ein großes soziales Risiko mit sich bringen. Denn diese Institution schafft die Möglichkeit, dass sich „Nichtstuer“ vom schuftenden Teil der Bevölkerung alimentieren lassen. Das soziale Band der Solidarität wäre irreparabel zerrissen, denn die Spaltung zwischen vom Grundeinkommen lebenden „Nichtstuern“ und Steuerzahlern entspräche einem Ausbeutungsverhältnis. Aufgrund dieser wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen wäre die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens auch mit dem politischem Risiko verbunden, dass dessen Niveau, um größere Schäden zu vermeiden, drastisch gesenkt und durch eine Privatisierung der Alterssicherung und des Gesundheitssystems finanziert wird. Genau mit dieser Absicht haben Neokonservative in den USA vorgeschlagen, ein bedingungsloses Grundeinkommen einzuführen.[13] In ihren Augen würde dies politisch ermöglichen, dass das Gros des Wohlfahrtsstaates abgeschafft wird und an seiner Stelle eine Bereitstellung durch den Markt tritt. Somit würde sich eine neoliberale Variante des Kapitalismus entwickeln, die mit der ursprünglichen Intention der Erfinder des bedingungslosen Grundeinkommens kaum etwas gemeinsam hätte.

Marktsysteme ohne Kapitalisten

Der *Marktsozialismus* ist ein Wirtschaftssystem, in dem Märkte eine zentrale Steuerungsfunktion übernehmen und Privatinitiative in Form von kleinen und mittelständischen Unternehmen zugelassen wird. Aber anders als im Kapitalismus befinden sich alle Großunternehmen in öffentlichem Eigentum. Sie beteiligen sich autonom am Marktgeschehen und praktizieren eine weitreichende Mitbestimmung. Ihre Gewinne gehören keinen Kapitalisten, sondern der Allgemeinheit; sie können daher verwendet werden, um eine soziale Dividende zu finanzieren – das heißt eine universelle Transferzahlung, die jeder Bürger regelmäßig auf sein Konto erhält. Diese Zahlung würde zwar nicht ausreichen, um das Existenzminimum zu decken, würde aber dazu beitragen, dass die Einkommensverteilung gleichmäßiger wird. Gleichmäßiger als heute wäre auch der politische Einfluss. Denn im Kapitalismus dienen Konzerne und ihre Lobbys der Geldelite als Orte der Koordination, um sich auf Strategien der politischen Einflussnahme zu einigen. Die Überführung kapitalistischer Konzerne ins öffentliche Eigentum würde ihre Unternehmensstrukturen demokratisieren und den Effekt haben, dass Top-Manager nicht mehr überwiegend aus dem Großbürgertum rekrutiert werden. Der Einfluss der Konzerne auf die Politik wäre deswegen weniger einseitig als heute. Ohne kapitalistische Dominanz würde das Gemeinwesen der Kommerzialisierung zentraler gesellschaftlicher Bereiche wie Kultur, Wissen-

[13] Vgl. bspw. Charles Murray, In Our Hands: A Plan to Replace the Welfare State, Washington 2006, der sich wiederum auf ältere Überlegungen des US-Ökonomen und Nobelpreisträgers Milton Friedman stützt.

schaft, Bildung und Gesundheit einen Riegel vorschieben. Mit der Zeit würde der Geldfetischismus verschwinden und neue Prioritäten, soziale Normen und Weltanschauungen würden den Weg für ein „gutes Leben" ebnen.

Kann eine Marktwirtschaft ohne Kapitalisten funktionieren? Allem Anschein nach tragen die Kapitalisten zur Lösung des Kooperations- und des Allokationsproblems in einer Marktwirtschaft maßgeblich bei, denn aufgrund ihres ureigenen Interesses an der Gewinnmaximierung spornen sie ihre Unternehmen an, effizient zu handeln und fortwährend nach erfolgreichen Innovationen zu suchen. Würden wir dasselbe erwarten, wenn diese Unternehmen Staatseigentum wären? Hinzu kommen erhebliche Bedenken hinsichtlich der Rolle des Staates in einer marktsozialistischen Ordnung, denn in seinen Händen würden sich politische *und* wirtschaftliche Macht ballen. Der potenzielle Schaden aus einem Staatsversagen wäre deshalb um ein Vielfaches größer als in der Sozialen Marktwirtschaft.

Das Scheitern des Marktsozialismus in Jugoslawien (1953–1990, durch betriebliche Selbstverwaltung gekennzeichnet) und vor allem in Ungarn (1968–1989) bestätigt, dass diese Zweifel ihre Berechtigung haben.[4] Der Marktsozialismus kann nur dann eine aussichtsreiche Alternative sein, wenn den oben genannten Problemen durch ein passendes Institutionendesign Rechnung getragen wird. Benötigt werden also Regeln, die die staatliche Macht dekonzentrieren, den Pluralismus fördern und gleichzeitig Anreize für eine effiziente Führung der Unternehmen stiften. Mit solchen Regeln hat sich die neuere Forschung über alternative Wirtschaftssysteme auseinandergesetzt. Hieraus sind vielversprechende Entwürfe eines *Aktienmarktsozialismus* entstanden.[5]

Im Aktienmarktsozialismus sind alle Großunternehmen börsennotierte Unternehmen, die sich mindestens zu 51 Prozent in öffentlichem Eigentum befinden. Neuartige Institutionen trennen die politische Sphäre von der Unternehmenssphäre, sodass erstere demokratisch allgemeingültige Rahmenbedingungen für die Wirtschaft festlegt, während letztere selbstständig die Unternehmensentscheidungen trifft – ohne wechselseitige Interferenzen. Ein spezieller Aktienmarkt ermöglicht den Tausch des Eigentums an den Produktionsmitteln und erzeugt Relativpreise der notierten Unternehmen, die ihre erwartete künftige Rentabilität signalisieren. Der Aktienmarkt spielt eine Schlüsselrolle, weil er ermöglicht, passende Anreize für das Management zu setzen, und für eine bessere Allokation der Investitionen sorgt. Der Preis für die dadurch erzielbaren Effizienzgewinne ist, dass eine komplette Angleichung bei der Verteilung der Dividenden nicht mehr möglich ist. Allerdings ist ihre Verteilung wesentlich gleichmäßiger als in der Sozialen Marktwirtschaft.

Auf dem Papier besteht der Aktienmarktsozialismus den doppelten Eignungstest von Kooperation und Allokation. Ferner ist er durch mehr Verteilungsgerechtigkeit und eine weitreichendere Arbeitsplatzdemokratie als die Soziale Marktwirtschaft gekennzeichnet. Der Aktienmarktsozialismus ist vor allem weniger anfällig für eine Umwandlung der Demokratie in eine Art Plutokratie. Daher könnte dieses Wirtschaftssystem die „Alternative in Sicht" sein, in deren Richtung wir uns bewegen sollten. Es ist jedoch nicht möglich, vorab ausreichende Sicherheit zu erlangen, dass der Aktienmarktsozialismus tatsächlich eine Verbesserung darstellen würde. Deshalb kann es sinnvoll sein, einen leicht reversiblen Transformationspfad einzuschlagen, bei dem die relativen Vorteile dieses Wirtschaftssystems durch die Praxis erprobt werden. Einen Pfad, der für Länder wie Deutschland geeignet sein könnte, werde ich nun skizzieren.

Aufbau eines öffentlichen Kapitalstocks

Will man den Aktienmarktsozialismus auf die Probe stellen, muss die öffentliche Hand über das nötige Kapital verfügen. Dieses Kapital soll in Form von Aktienvermögen über Markttransaktionen vom Staat erworben

[4] China nach den Liberalisierungen unter Deng Xiao Ping sollte nicht als Beispiel marktsozialistischer Ordnung betrachtet werden. In der ersten Phase – bis zum Anfang der 1990er Jahre – funktionierte das chinesische Wirtschaftssystem zweigleisig unter Beibehaltung einer Zentralplanung. In der darauffolgenden Phase wurde zwar der Plan abgeschafft, aber die Privatisierungen führten zur Bildung einer neuen mächtigen Geldelite, die sich teilweise mit der politischen Elite überschneidet.

[5] Vgl. John E. Roemer, A Future for Socialism, Cambridge 1994; Leland G. Stauber, A New Program for Democratic Socialism, Carbondale 1987; G. Corneo (Anm. 1).

werden und ein breit diversifiziertes Portfolio bilden. Finanziert wird der Aktienkauf durch die Emission von staatlichen Schuldtiteln. Bei einem solventen Staat wie Deutschland werden Schuldtitel stark nachgefragt, und die Kosten der Verschuldung entsprechen dem risikolosen Zins. Die Refinanzierungskosten der aufgenommenen Schulden können daher durch einen kleinen Teil der aus dem Aktienvermögen erwirtschafteten Rendite gedeckt werden. Den Unterschied zwischen der Rendite aus einem breiten Aktienmarktindex und dem risikolosen Zins bezeichnen die Ökonomen als Equity Risk Premium (ERP). Hierzu existiert eine umfangreiche empirische Forschung, die zeigt, dass im Rückblick die langfristige ERP typischerweise im Bereich von 7 bis 9 Prozent liegt.[6] Wenn beispielsweise die vom Staat erzielte Aktienrendite 9 Prozent und der Zins auf Staatspapiere 1,5 Prozent betragen (ERP = 7,5 Prozent), reicht ein Sechstel der Aktienrendite aus, um die Refinanzierungskosten der aufgenommenen Schulden zu decken.

Voraussetzung für niedrige Refinanzierungskosten und damit hohe staatliche Nettokapitalerträge ist das Vertrauen der Anleger in den Staat als Kreditnehmer. Anders als private Schuldner kann der Staat sein Gewaltmonopol benutzen, um Steuern zu erheben und somit an die Mittel für die Rückzahlung seiner Schulden zu kommen. Allerdings hat diese Glaubwürdigkeit ihre Grenzen, und deswegen zahlen viele Staaten eine Risikoprämie auf ihre Schulden. Diese Überlegung suggeriert, dass die ERP vorrangig für die Tilgung der aufgenommenen Schulden verwendet werden sollte. Nach etwa 15 Jahren wäre die gesamte Neuverschuldung für die Bildung des öffentlichen Kapitals zurückgezahlt. Die Bonität des Staates wäre völlig unangetastet, und das Gemeinwesen würde ab diesem Zeitpunkt über ein schuldenfreies kollektives Aktienvermögen verfügen.

Demografische und technologische Entwicklungen legen allerdings nahe, dass der gesamtwirtschaftliche Vermögensbildungswunsch der Bevölkerung relativ zur Kapitalnachfrage der Unternehmen dauerhaft zugenommen hat und dass dieser Wunsch nur sachgerecht befriedigt werden kann, indem die Staatsverschuldung ausgeweitet wird.[7] Der Bildung eines Aktienvermögens in öffentlicher Hand könnte deshalb eine dauerhafte Erhöhung der Schuldenstandquote gegenüberstehen. Dafür bieten sich langfristige inflationsindexierte Bundesanleihen an. Bei einem ausreichend liquiden Markt würden sie insbesondere dem Wunsch nach einfachen und sicheren Produkten für die individuelle Altersvorsorge entgegenkommen.

Sovereign Wealth Fund

In der Anfangsphase sollte das öffentliche Kapital gänzlich im Rahmen eines Sovereign Wealth Fund (SWF) verwaltet werden. SWF sind Finanzvehikel in Staatseigentum, die öffentliche Gelder in Wertpapiere investieren.[8] In der Regel verhalten sie sich wie passive Investoren, die durch passende Portfolioentscheidungen versuchen, eine hohe Rendite zu erzielen, ohne die Kontrolle von Unternehmen zu übernehmen.

Die Errichtung eines SWF sollte sich eines geeigneten institutionellen Rahmens bedienen, wie etwa desjenigen des norwegischen SWF „Government Pension Fund – Global“. Ihn kennzeichnen hohe Transparenz, eine ausgeprägte politische Unabhängigkeit sowie die ethische Gebundenheit seiner Anlageentscheidungen. Eine von der Regierung zusammengestellte Kommission definierte 2004 ethische Richtlinien, die das Verhalten von Unternehmen betreffen. Der Fonds darf nur in Unternehmen investieren, die sich an diese Richtlinien halten. Derzeit entspricht der Marktwert des norwegischen SWF rund 170 Prozent des norwegischen BIP.

Der zu errichtende SWF legt dann sein Kapital überwiegend in Aktien weltweit an. Seine Aufgabe ist es, die langfristige Rendite bei Einhaltung der demokratisch festgelegten ethischen Standards für die Anlageentscheidungen zu maximieren. Alternativ zur reinen Renditemaximierung kann die Anla-

[6] Vgl. Rajnish Mehra, Handbook of the Equity Risk Premium, Amsterdam 2008.

[7] Vgl. Christian von Weizsäcker, Kapitalismus in der Krise? Der negative natürliche Zins und seine Folgen für die Politik, in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik, 16 (2015) 2, S. 189–212.

[8] Zu den bisherigen Erfahrungen mit SWF siehe Alberto Quadrio Curzio/Valeria Miceli, Sovereign Wealth Funds, Petersfield 2010.

gestrategie des SWF mit Blick auf die Risikoeigenschaften des Portfolios gewählt werden. Dies bedeutet, dass eine Portfoliozusammensetzung angestrebt wird, die Erträge hervorbringt, die mit dem Volkseinkommen des investierenden Staates negativ korreliert sind. Abzüglich der Verwaltungskosten und einer für die Stabilisierung des Verhältnisses Fonds/BIP benötigten Reinvestitionsquote soll die vom SWF erwirtschaftete Rendite in den öffentlichen Haushalt fließen und für die soziale Dividende verwendet werden. Der SWF entspricht somit einer kollektiven Kapitalanlage aller Bürger. Dies bedeutet, dass auch Personen, die kein Privatvermögen besitzen, an den höchsten Renditen des Kapitalmarkts teilhaben, die ansonsten nur große Investoren erzielen. Denn jeder Bürger ist über den Staat gleicher Anteilseigner an dessen Anlagen. Dies trägt zur Verringerung der Einkommensungleichheit bei.

Die Größenordnung der erzielbaren Effekte ist beachtlich. Beträgt beispielsweise der SWF langfristig 50 Prozent vom BIP und liefert er dem öffentlichen Haushalt eine jährliche Rendite in Höhe von 8 Prozent, betragen die jährlichen Mehreinnahmen des Staates 4 Prozentpunkte des BIP. Für ein Land wie Deutschland hieße das, dass jeder Einwohner eine soziale Dividende in Höhe von etwa 1500 Euro im Jahr erhalten würde. Der Staat könnte jedem Bürger die Option einräumen, dass die soziale Dividende nicht sofort ausgezahlt wird, sondern über ein individuelles Anlagekonto in das öffentliche Kapital reinvestiert wird. Von diesem Konto könnte sich der Bürger hin und wieder ein Sabbat-Jahr finanzieren; alternativ könnte die eingesparte soziale Dividende in eine kapitalgedeckte Altersrente umgewandelt werden.

Dank der praktischen Erfahrung mit dem SWF würde das Gemeinwesen lernen, mit einer Institution umzugehen, die öffentliches Kapital verwaltet. Ein SWF eignet sich für diesen Lernprozess gut, weil seine Aufgabe relativ einfach ist und die bereits vorhandenen internationalen Erfahrungen nützliche Hinweise geben, wie sie am besten zu meistern ist. Sobald hinreichende Erfahrung mit dem SWF gesammelt worden ist, soll eine zweite Phase eingeleitet werden, bei der das öffentliche Aktienkapital anfängt, eine *aktive* Rolle in den Unternehmen zu spielen. Zweck dieser zweiten Phase ist, die Kapitalisten auf ihrem eigenen Terrain herauszufordern, um ihnen die Kontrolle über die Großunternehmen streitig zu machen.

Bundesaktionär

Als Bundesaktionär bezeichne ich die Institution, die die Kontrollfunktion der Kapitalisten übernimmt und die Leitung der öffentlich-demokratischen Unternehmen zur bestmöglichen betriebswirtschaftlichen Leistung animiert. In seinen Anfängen soll der Bundesaktionär eine kleine Anzahl von Großunternehmen kontrollieren. In der Regel wird es sich um dafür erkorene Unternehmen handeln, deren Aktien längere Zeit im Besitz des SWF gewesen sind und die Ziel einer feindlichen Übernahme wurden. Auf die Dauer soll der Bundesaktionär einen festen mehrheitlichen Anteil des Kapitals dieser Unternehmen besitzen. Auf der Grundlage des Aktienrechts übt dann der Bundesaktionär durch seine Mitarbeiter die Kontrollfunktion in den Aufsichtsräten der entsprechenden Unternehmen aus. Ihre Dividenden kommen dem Staat zugute, der damit die soziale Dividende finanziert.

Der Bundesaktionär hat eine klare Mission: die langfristige Rentabilität der von ihm kontrollierten Unternehmen und somit das langfristige Gewinneinkommen des Staates zu steigern.[9] Wie die Erfahrung gezeigt hat, sollten Unternehmen nicht mit politischen, sozialen oder ökologischen Zielen überfrachtet werden. Die beste Methode, um solche Ziele zu erreichen, ist ihre Übersetzung in entsprechende, für alle gültige Rahmenbedingungen durch den Gesetzgeber.[10] Nur durch eine klare Trennung der Kompetenzen lässt sich nämlich Verantwortung eindeutig zuordnen und Erfolg kontrollieren. Deshalb übt der Bundesaktionär die Kontrolle der Unternehmen in Unabhängigkeit von der jeweiligen Regie-

[9] Unternehmen, die sich in einem natürlichen Monopol befinden – wie etwa die Bahn und Unternehmen der lokalen Daseinsvorsorge – würden nicht dem Bundesaktionär gehören. Denn bei Monopolen ist die Gewinnmaximierung kein sozial dienliches Ziel. Vgl. z. B. Giacomo Corneo, Öffentliche Finanzen: Ausgabenpolitik, Tübingen 2012[4], Kap. IV.

[10] Wiederum bedient sich diese Rahmenplanung verschiedener Instrumente. So lässt sich beispielsweise ein klimapolitisches Ziel durch die Erhebung einer Steuer auf CO_2-Emissionen erreichen.

rung aus – ähnlich wie die Bundesbank von der Bundesregierung unabhängig ist. Verfassungsrechtliche Normen schützen den Bundesaktionär vor den Interferenzgelüsten der Regierenden. Diese teilen mit dem Parlament die Verantwortung für die Ernennung des Vorstands dieser Institution. Sein Personal ist von politischen Parteien unabhängig und nach fachlichen Kriterien ausgewählt.

Die Unternehmen unter der Kontrolle des Bundesaktionärs sind börsennotiert und dieser besitzt beispielsweise 51 Prozent der Anteile. Der private Besitz der restlichen Anteile spielt eine wesentliche Rolle für die Anreizstruktur dieser Unternehmen. Zum einen signalisiert der Aktienkurs zeitnah die Qualität des Managements dieser Unternehmen und kann somit verwendet werden, um den Managern passende finanzielle Anreize zu geben. Zum anderen bilden die privaten Aktienbesitzer eine Interessengruppe, die die Manager unter Druck setzen kann, die Unternehmen rentabel zu führen.

Alle Bürger sind als Empfänger der sozialen Dividende „Stakeholder" und haben daran Interesse, dass der Bundesaktionär seine Mission erfüllt. Damit sie dies prüfen können, unterliegt der Bundesaktionär einer umfassenden Transparenzpflicht. Eine institutionelle Aufsicht des Bundesaktionärs erfolgt durch die Zentralbank oder das Finanzministerium. Regelmäßig veröffentlicht die Aufsichtsbehörde die finanziellen Ergebnisse der öffentlichen Unternehmen und der relevanten Benchmark-Unternehmensgruppen. Ein Teil der Entlohnung der Vertreter des Bundesaktionärs in den Aufsichtsräten der öffentlichen Unternehmen orientiert sich an der relativen Performance dieser Unternehmen.

Damit die Gewinnmaximierung der Unternehmen volkswirtschaftlich sinnvoll ist, darf sie weder auf Kosten der Arbeitnehmer noch auf Kosten der Konsumenten und der Umweltqualität erfolgen; sie soll das Ergebnis erhöhter Produktionseffizienz und erfolgreicher Produktinnovationen sein. Deswegen sollen die Vorschriften zum Schutz dieser Kategorien strikt formuliert und rigoros eingehalten werden. Gewerkschaften, Verbraucherschutz- und Umweltschutzorganisationen erhalten deshalb einen direkten Zugang zu den Informationen über die Handlungen der Unternehmen des Bundesaktionärs.

Ein wichtiges Anliegen der Vertreter des Bundesaktionärs in den von ihnen kontrollierten Unternehmen ist, die Mitbestimmung jenseits der vom Gesetzgeber erlassenen Vorschriften zu fördern. Das öffentliche Eigentum kann die Grundlage für eine verstärkte Identifikation der Beschäftigten mit ihrem Unternehmen bilden, und die Eröffnung neuer Mitgestaltungsmöglichkeiten kann zu einem Wachstum der Arbeitsproduktivität führen. Davon würden sowohl die Arbeitnehmer in Form höherer Löhne als auch der Staat in Form höherer Ausschüttungen profitieren.

Evolution

Ist einmal der Bundesaktionär errichtet und sind die ersten Unternehmen unter seiner Kontrolle, wird eine evolutionäre Anpassung der Eigentumsstruktur im Bereich der Großunternehmen stattfinden. Unter fairen Rahmenbedingungen und bei Einhaltung allgemeingültiger sozialer und ökologischer Standards wird die relative Effizienz der zwei Eigentumsformen (öffentlich und privat) von allein zur optimalen Eigentumsstruktur führen. Der rentablere Sektor wird expandieren und der andere schrumpfen, bis eine effiziente Aufteilung erreicht ist. In diesem Prozess werden die besser geführten Unternehmen profitabler sein und ihre Zusatzrendite wird dazu führen, dass ihre Aktien stärker nachgefragt werden und so mehr Kapital in die besser geführten Unternehmen fließt.

Dieses Entdeckungsverfahren umfasst die Möglichkeit, dass der Bundesaktionär die marktübliche Rendite nicht erwirtschaften kann und letztlich abgewickelt werden muss. Dies würde offenbaren, dass die Kapitalisten eine unersetzliche Kontrollfunktion ausüben, also die Steuerung der Großunternehmen ohne sie weniger effizient ist. Dies scheint aber angesichts der bedeutsamen Governance-Probleme kapitalistischer Konzerne ein unwahrscheinliches Ereignis. Wird die Anreizstruktur rund um den Bundesaktionär sorgfältig gestaltet, ist eher zu erwarten, dass sich letztlich eine gemischte oder gänzlich öffentliche Steuerung im Bereich der Großunternehmen als optimal erweisen wird. Im letzteren Fall würde die Soziale Marktwirtschaft allmählich in einen Aktienmarktsozialismus mutieren.

Coda

Eine pluralistische Marktwirtschaft, die nicht von kapitalistischen Dynastien dominiert ist, sondern bei der wirtschaftliche Macht ausgewogen verteilt ist, bietet bessere Voraussetzungen für die Entfaltung einer wirklich offenen Gesellschaft, die Solidarität in ihrem Inneren und nach Außen lebt und Frieden mit allen Völkern und der Natur schließt. Die vorangegangenen Überlegungen zur Aufwertung der Rolle von öffentlichem Kapital bieten praktische Hinweise, wie sich ein solches Wirtschaftssystem entwickeln könnte. Es wäre nicht das erste Mal, dass auf demokratischem Wege ein Prozess der Institutionenbildung in Gang gesetzt wird, der die Wirtschaftsordnung maßgeblich zum Besseren verändert. So war es mit dem New Deal in den USA unter Roosevelt, so war es mit dem Ausbau des Wohlfahrtsstaates in Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Errichtung der Institutionen des SWF und des Bundesaktionärs würde einen ähnlichen politischen Vorgang darstellen.

Dem Aufbau des Wohlfahrtsstaates in Europa und den USA ging eine substanzielle Erweiterung der politischen Rechte der Arbeiterklasse und der Frauen voraus, die Kräfteverhältnisse herbeiführte, die die Besitzstandsansprüche der bis dahin herrschenden Schichten erfolgreich in Frage stellen konnten. Auch diesmal wird es einer Vertiefung der Demokratie bedürfen, um den sozialen Fortschritt zu ermöglichen. Die Aufwertung der Rolle des öffentlichen Kapitals im Wirtschaftssystem verlangt nämlich ein begründetes Selbstvertrauen des Gemeinwesens in seine Fähigkeit, den damit verbundenen Aufgaben gerecht zu werden. Dies wird nur erreicht, wenn jeder Bürger die Erfahrung gemacht hat, öffentliche Herausforderungen mitzugestalten. Mit anderen Worten setzt die Entstehung eines besseren Wirtschaftssystems einen Ausbau der direkten Demokratie und anderer Formen direkter Bürgerbeteiligung an Entscheidungsprozessen auf zentraler sowie lokaler Ebene voraus. Vorsichtige Anfänge dieser Entwicklung lassen sich bereits beobachten; es gilt nun, sie entschlossen voranzutreiben.

Christine Bauhardt

Feministische Kapitalismuskritik und postkapitalistische Alternativen

Feministische Kritik am Kapitalismus ist kein völlig neuer Denkansatz, im Gegenteil: Sie kann auf eine Tradition zurückblicken,[1] deren Grundgedanken sich eindrücklich am Beispiel von Harriet Taylor Mill (1807–1858) zeigen lassen. Sie verband ihre ökonomische Analyse in den gemeinsam mit John Stuart Mill verfassten Publikationen mit einer Perspektive von Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit im Geschlechterverhältnis: „Das Ziel des Fortschritts sollte nicht nur sein, Menschen in Verhältnisse zu bringen, wo sie ohne einander etwas ausrichten können, sondern sie fähig zu machen, mit- oder füreinander zu arbeiten in gegenseitigen Beziehungen, die durchaus nicht in Abhängigkeit auszuarten brauchen."[2] Was sich hier primär auf Arbeitsverhältnisse bezieht, lässt sich auch auf die Lebensverhältnisse insgesamt übertragen: Freiheit nicht verstanden als Abgrenzung von und Distanzierung gegenüber anderen, was dem Idealbild bürgerlicher Autonomie entspräche, sondern Freiheit in wechselseitiger Bindung zu anderen, ohne dass diese Bindungen deshalb in Abhängigkeiten münden, die Hierarchien und Machtasymmetrien begründen.

Christine Bauhardt
Dr. phil., geb. 1962; Professorin für Gender und Globalisierung, Lebenswissenschaftliche Fakultät, Humboldt Universität zu Berlin, Philippstraße 13, Haus 12, 10115 Berlin.
christine.bauhardt@gender.hu-berlin.de

Dieses Spannungsverhältnis von Autonomie und Bindung durchzieht die feministische Debatte insgesamt.[3] Es wirft aber auch grundsätzliche Fragen auf, die für eine feministische Kritik des Kapitalismus relevant sind: Welche Bedeutung haben Bindung und Sozialität für eine ökonomische Organisation, die auf individueller Nutzenmaximie-

rung gründet? Wie verhalten sich individuelle Nutzenmaximierung und gesellschaftliche Verantwortung zueinander? Wer trägt die Folgekosten in einem ökonomischen System, das Bindung als Voraussetzung für Sozialität und Verantwortung – für die Gesundheit und das Wohlergehen von Menschen, für den Zustand der natürlichen Umwelt, für globale Gerechtigkeit – grundsätzlich ausblendet und in den Bereich des Nicht-Ökonomischen verweist?

Die Konstruktion des *homo oeconomicus* als eines autonom handelnden Subjektes, das seine Entscheidungen entsprechend seiner individuellen Präferenzen und gemäß dem größtmöglichen individuellen Nutzen auf einem anonymen Markt trifft, wurde aus feministischer Perspektive vielfach kritisiert.[4] Analog zur Analyse des Marktes als einer Institution, die alles andere als losgelöst von sozialen Verhältnissen ist, sondern fest eingebettet in soziale Beziehungen, normative Orientierungen und kulturelle Werthaltungen,[5] untersucht die feministisch-ökonomische Perspektive die Einbettung ökonomischer Prozesse in die Geschlechterhierarchie. Letztere prägt nicht nur Entscheidungen auf dem Markt entsprechend einem eng gefassten ökonomischen Verständnis. In einem weit gefassten Verständnis von Ökonomie als *social provisioning* – „that is, the production and reproduction of human material life"[6] – strukturieren Geschlechterverhältnisse den Kontext, also die Einbettung der Ökonomie in eine Ordnung von Bewertungen, Symbolisierungen, Ungleichheiten und Asymmetrien, die entlang der Achse „Geschlecht" hierarchisiert werden. Die Naturalisierung von Geschlecht,[7] das heißt die Interpretation der Geschlechterdifferenz als eine naturgegebene Tatsache, stellt ein grundlegendes Problem für die feministisch-ökonomische Analyse und Praxis dar: Zum einen wird durch diese Naturalisierung die Geschlechterordnung zu einem außerökonomischen Faktum erklärt, zum anderen verstärkt die These von der Einbettung ökonomischer Prozesse in soziale Institutionen den nicht-ökonomischen Charakter der Geschlechterordnung. Mit anderen Worten: Die Reproduktion der Gesellschaft wird als soziales oder politisches, aber nicht als ökonomisches Phänomen aufgefasst.

Feministische Analysen der kapitalistischen Produktions- und Konsumweise

Ausgangspunkt feministischer Analysen des Kapitalismus ist die Soziale Reproduktion, also die gesellschaftliche Organisation der (Wieder-)Herstellung der Arbeitskraft. Darin eingeschlossen sind die generative Reproduktion – das Gebären und Aufziehen der nachfolgenden Generation – und die alltägliche Reproduktion – die Regeneration der Arbeitsfähigkeit durch materielle und immaterielle Versorgungsleistungen. In einem weiteren Sinne muss auch die Versorgung von nicht mehr arbeitsfähigen Personen, die wegen Krankheit oder Alter nicht selbst für sich sorgen können, hinzu gezählt werden. Weil nicht alle feministischen Ökonominnen den etwas technisch klingenden Begriff „Soziale Reproduktion" und seine Ableitung aus der marxistischen Theorie-

[1] Zur Geschichte feministischen Denkens in der Ökonomie vgl. Edith Kuiper, Women's Economic Thought in the Eighteenth Century, 3 Bde., London u. a. 2014.

[2] Principles of Political Economy 1848, zit. nach: Dorothea Schmidt, Mutmaßungen über Harriet Taylor Mill, 2001, S. 11 f., http://harriet-taylor-mill.de/pdfs/Mutmassungen.pdf (9. 7. 2015).

[3] Vgl. z. B. Barbara Holland-Cunz, Die alte neue Frauenfrage, Frankfurt/M. 2003.

[4] Vgl. Marianne A. Ferber/Julie A. Nelson, Feminist Economics Today. Beyond Economic Man, Chicago 2003; Christine Bauhardt/Gülay Çağlar, Gender and Economics. Feministische Kritik der Politischen Ökonomie, Wiesbaden 2010; Shirin M. Rai/Georgina Waylen, New Frontiers in Feminist Political Economy, London u. a. 2014; Brigitte Aulenbacher/Birgit Riegraf/Susanne Völker, Feministische Kapitalismuskritik, Münster 2015.

[5] Vgl. Karl Polanyi, The Great Transformation, New York–Toronto 1944.

[6] Marilyn Power, A Social Provisioning Approach to Gender and Economic Life, in: Deborah M. Figart/Tonia L. Warnecke (Hrsg.), Handbook of Research on Gender and Economic Life, Cheltenham u. a. 2013, S. 7–17, hier: S. 7.

[7] Auch die Konstruktion von „Ethnie" oder *race*, je nach historisch-politischem Kontext, unterliegt einer Naturalisierung. Für die feministische Analyse der aktuellen Erscheinungsform des Kapitalismus sind die Kategorie „Ethnie" und die damit verbundenen Abwertungen insbesondere für das Verständnis von globalen Sorgeketten von Relevanz. Im Laufe der Argumentation gehe ich auf die intersektionale Verschränkung von Geschlecht und Ethnie und deren Bedeutung für die Geschlechterordnung in der Sozialen Reproduktion ein.

tradition positiv besetzen, haben sich in der aktuellen Debatte um die Verantwortungs- und Sorgearbeit die Begriffe „Care“ und „Care-Ökonomie“ weitgehend durchgesetzt.[8] Um etwas deutlicher zu benennen, worum es dabei im Kern geht, hat die Philosophin Cornelia Klinger den deutschen Begriff „Lebenssorge“ vorgeschlagen.[9] Ich benutze meist die Umschreibung der Sorgeverpflichtung und Verantwortungsübernahme für Menschen, die nicht selbst für sich sorgen können.

Feministische Kapitalismuskritik umfasst diverse theoretische Strömungen, von institutionenökonomischen über marxistische und ökofeministische bis hin zu postmodernen Positionen. Aktuelle feministisch-ökonomische Stimmen sprechen im Anschluss an derzeitige Krisenanalysen des Kapitalismus – Überproduktionskrise, Bankenkrise, Umweltkrise – von der Krise der Sozialen Reproduktion. Damit bezeichnen feministische Ökonominnen die Unterversorgung von Menschen mit Zuwendung und Fürsorge, die vor allem zeitintensiv und den Rationalisierungsbestrebungen der kapitalistischen Produktionsweise nicht zugänglich sind – und dies aufgrund der Inhalte der reproduktiven Arbeit auch nicht sein sollten.[10] Arbeitsleistungen der Sozialen Reproduktion werden sowohl unbezahlt in privaten Haushalten als auch – meistens schlecht – bezahlt über den Arbeitsmarkt vermittelt (auch in Form von Schwarzarbeit) erbracht. Charakteristisch für diese Form der Arbeit sind ihre Unaufschiebbarkeit, die nötige zwischenmenschliche Empathie und ihre hohe Verbindlichkeit. Mit der Krise der Sozialen Reproduktion ist gemeint, dass über die Ausweitung der kapitalistischen Verwertungslogik auch die Versorgungsarbeit durch den ökonomischen Imperativ von Beschleunigung, Rationalisierung und Arbeitsintensivierung überformt wird.

Für beide Seiten, die Versorgenden und diejenigen, die versorgt werden, ist die Krise der Sozialen Reproduktion spürbar in der Überlastung und Überforderung derjenigen Menschen, die die Verantwortung für die Care-Arbeit tragen.[11] Dies sind unter den gegebenen Verhältnissen der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung in der großen Mehrheit Frauen: Frauen leisten den weitaus größten Anteil an unbezahlter familialer Arbeit und versorgen dabei nicht nur Kinder, sondern stellen auch trotz eigener Erwerbstätigkeit die Verfügbarkeit der männlichen Arbeitskraft für den Arbeitsmarkt sicher.[12] Frauen sind es auch, die weitgehend die Soziale Reproduktion in der Sphäre der Erwerbsarbeit übernehmen, sei es in der Betreuung und schulischen Bildung, sei es in der Kranken- und Altenpflege. Ein häufig gewählter Ausweg aus der Überlastung durch die Sorgekrise ist die Delegation reproduktiver Arbeit im eigenen Haushalt auf migrierte oder ethnisierte Frauen.[13] Dies ist ein deutliches Anzeichen dafür, dass eine anteilige Übernahme der unbezahlten Arbeit in der Lebenssorge durch Männer trotz einer lang andauernden Debatte über die geschlechtliche Arbeitsteilung nicht stattfindet.

[8] Vgl. z. B. Brigitte Aulenbacher/Maria Dammayr (Hrsg.), Für sich und andere sorgen. Krise und Zukunft von Care in der modernen Gesellschaft, Weinheim–Basel 2014; Widersprüche, 34 (2014) 134, zum Thema „Arbeit am Leben – Care-Bewegung und Care-Politiken“.

[9] Cornelia Klinger, Krise war immer … Lebenssorge und geschlechtliche Arbeitsteilungen in sozialphilosophischer und kapitalismuskritischer Perspektive, in: Erna Appelt/Brigitte Aulenbacher/Angelika Wetterer (Hrsg.), Gesellschaft – Feministische Krisendiagnosen, Münster 2013, S. 82–104.

[10] Vgl. Regina Becker-Schmidt, „Verwahrloste Fürsorge“ – ein Krisenherd gesellschaftlicher Reproduktion. Zivilisationskritische Anmerkungen zur ökonomischen, sozialstaatlichen und sozialkulturellen Vernachlässigung von Praxen im Feld „care work“, in: Gender, (2011) 3, S. 9–23; Kerstin Jürgens, Deutschland in der Reproduktionskrise, in: Leviathan, (2010) 38, S. 559–587; Mascha Madörin, Care Ökonomie – eine Herausforderung für die Wirtschaftswissenschaften, in: C. Bauhardt/G. Çağlar (Anm. 4), S. 81–104; Gabriele Winker, Soziale Reproduktion in der Krise – Care Revolution als Perspektive, in: Das Argument, (2011) 292, S. 333–344.

[11] Einen sehr guten empirisch fundierten Überblick gibt dies., Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft, Bielefeld 2015.

[12] Darüber geben regelmäßig groß angelegte Zeitbudgetstudien Aufschluss, vgl. Debbie Budlender, Time Use Studies and Unpaid Care Work, London–New York 2010.

[13] Vgl. Bridget Anderson, Doing the Dirty Work? The Global Politics of Domestic Labour, London-New York 2000; Ursula Apitzsch/Marianne Schmidbaur (Hrsg.), Care und Migration. Die Ent-Sorgung menschlicher Reproduktionsarbeit entlang von Geschlechter- und Armutsgrenzen, Opladen–Farmington Hill 2010.

Zentral für die feministische Analyse des Kapitalismus, darin sind sich feministische Ökonominnen unterschiedlicher Provenienz einig, ist der Blick auf die Soziale Reproduktion als gleichwertiger und ökonomisch ebenso relevanter Bereich wie die marktvermittelte, sogenannte produktive Erwerbsarbeit – produktiv deshalb, weil hier Waren und Mehrwert produziert werden. Aus einer gesamtwirtschaftlichen Perspektive gelten die Investitionen in die soziale Infrastruktur, also Bildung, Betreuung und Pflege, als konsumtive Ausgaben und die unbezahlte Arbeit in privaten Haushalten, so sie denn überhaupt als Arbeit gesehen wird, als reproduktiv. Um diese Begriffe und die damit verbundenen Prämissen gibt es in der feministischen Diskussion eine rege Debatte, auf die ich im Folgenden kurz eingehen werde.

ReProduktivität als Analysekonzept feministisch-ökologischer Forschung

Der Begriff „Reproduktion" hat schon früh Widerspruch bei Feministinnen ausgelöst: Warum sollte nur die Herstellung von Gütern und Waren für den Tausch als „produktiv" angesehen werden, nicht jedoch die „Herstellung" von Leben und das Aufrechterhalten lebendiger Prozesse? Und weiter gedacht: Warum gilt nur die Verarbeitung von Natur als produktiv, nicht jedoch die Natur als solche? Diese Fragen bilden den Ausgangspunkt für die feministisch-ökologische Analyse gesellschaftlicher Naturverhältnisse im Kapitalismus. Diese verbindet die ökologische Kritik an der Ausbeutung und Übernutzung natürlicher Ressourcen mit der feministischen Kritik an der Ausbeutung und gesellschaftlichen Aneignung der (unbezahlt oder unterbezahlt) geleisteten Arbeit von Frauen in der Sozialen Reproduktion.[14] Diese Arbeit ist ökonomisch unsichtbar und wird in ihrer Bedeutung deshalb maßlos unterschätzt, weil es sich um die Arbeit von Frauen handelt und sie damit in die Nähe der Natur gerückt wird: Frauen wird qua ihrer potenziellen Gebärfähigkeit unterstellt, für die Versorgung von Menschen, die nicht für sich selbst sorgen können, „von Natur aus" prädestiniert zu sein. Oder anders gesagt: Sorgekompetenzen seien Frauen „von der Natur" in die Wiege gelegt, sie bräuchten nicht erlernt und entwickelt und damit auch nicht bezahlt zu werden. Sie werden als selbstverständlich vorausgesetzt – und de facto wäre keine Gesellschaft, kapitalistisch oder nicht, überlebensfähig ohne die Arbeit von Frauen für die Soziale Reproduktion.

Gesellschaftliche Naturverhältnisse im Kapitalismus sind aus einer feministisch-ökologischen Perspektive also durch ein doppeltes Herrschaftsverhältnis gekennzeichnet, durch die Unterwerfung und Ausbeutung der Natur und der zur Natur erklärten Arbeit von Frauen. Gleichzeitig gäbe es keine (Über-)Lebensfähigkeit im Kapitalismus ohne die produktiven Kräfte der Natur – und hier kommt erneut die potenzielle Gebärfähigkeit des Frauenkörpers in den Blick. Die ReProduktivität[15] des weiblichen Körpers ist es, die Feministinnen im Kern beschäftigt. Wie soll mit diesem grundsätzlichen Unterschied – dem einzigen sozial und ökonomisch relevanten biologischen Unterschied zwischen männlichen und weiblichen Körpern – analytisch und politisch umgegangen werden?

Feministische Perspektiven zur Überwindung des Kapitalismus

Feministisch-ökologische Positionen analysieren ausgehend von der ReProduktivität des Frauenkörpers die Gleichzeitigkeit und wechselseitige Verstärkung von kapitalistischer und patriarchaler Ordnung. Der radikalen Kritik des Ökofeminismus gelten die Kontrolle der weiblichen Sexualität und Re-

[14] Vgl. Carolyn Merchant, Der Tod der Natur. Ökologie, Frauen und neuzeitliche Naturwissenschaft, München 1987; Mary Mellor, Feminism & Ecology, New York 1997; Ariel Salleh, Ecofeminism as Politics. Nature, Marx and the Postmodern, London–New York 1997.

[15] Den Begriff benutze ich in Anlehnung an Sabine Hofmeister und Adelheid Biesecker, die das Konzept zuerst als „(Re)Produktivität" formuliert haben, vgl. Adelheid Biesecker/Sabine Hofmeister, Die Neuerfindung des Ökonomischen. Ein (re)produktionstheoretischer Beitrag zur Sozial-ökologischen Forschung, München 2006; dies., Im Fokus: Das (Re)Produktive. Die Neubestimmung des Ökonomischen mithilfe der Kategorie (Re)Produktivität, in: C. Bauhardt/G. Caglar (Anm. 4), S. 51–80. Ich bevorzuge die Schreibweise „ReProduktivität", um Über- und Unterordnungsverhältnisse zwischen „produktiv" und „reproduktiv" zu vermeiden.

produktionsfähigkeit und die Zerstörung der Natur als Basis kapitalistischer Ausbeutung und männlicher Herrschaft.[16] Diese Kritik verbindet sich mit der ökonomischen Vision der Subsistenz.[17] Damit ist eine Vorstellung vom „guten Leben" gemeint, die unter dem Stichwort „Postwachstum" in der aktuellen Debatte um Alternativen zum Kapitalismus hoch im Kurs steht: „Eine neue Definition des Begriffs von ‚gutem Leben' wird nicht einfach Verzicht predigen, sondern die Werte hervorheben, die in unserer Konsum- und Leistungsgesellschaft auf der Strecke bleiben, z. B. Kooperation anstatt Konkurrenz, (…) Selbstversorgung (self-sufficiency) anstatt Abhängigkeit von externen Märkten, Absage an Ausbeutung und Kolonisierung als Grundlage für eigene Vorteile, Gemeinschaftlichkeit statt Verfolgung privater und egoistischer Einzelinteressen, Kreativität, Souveränität und Würde statt dauerndes ‚Schielen nach oben', Befriedigung in der eigenen Arbeit statt imitativem und kompensatorischem Konsum und, statt eines stets steigenden quantitativen Lebensstandards, Lebensfreude und Glück, die aus der Zusammenarbeit mit anderen und einer sinnvollen Tätigkeit entspringen."[18] Unschwer sind hier die Prinzipien einer Postwachstumsgesellschaft zu erkennen, wie sie zum Beispiel von der Philosophin Barbara Muraca skizziert werden.[19]

Mit dieser Sichtweise verbindet sich auch ein bestimmtes Freiheitsverständnis. Wie eingangs betont, ist feministische Ökonomiekritik immer auch verbunden mit der Suche nach Freiheit – in Anerkennung von „gegenseitigen Beziehungen, die durchaus nicht in Abhängigkeit auszuarten brauchen", wie es bei Taylor Mill heißt. Die ökofeministische Subsistenzperspektive versteht Freiheit vor allem als Befreiung vom Konsum, die eben nicht als Verzicht, sondern als „Einforderung eines anspruchsvolleren, glücklicheren, gesünderen, heiteren Lebens" verstanden wird: „Konsumbefreiung bedeutet eine *Verbesserung der Lebensqualität*, nicht bloße Askese."[20] Auch diese Vision von Lebensqualität ist anschlussfähig für radikale Kritiken der kapitalistischen Produktions- und Konsumweise. Allerdings verbindet sie sich im Ökofeminismus mit einer klaren Forderung nach „Veränderungen in der geschlechtlichen Arbeitsteilung, in der Wirtschaft und in der Politik. Nur wenn Männer tatsächlich die Sorge für Kinder, Alte, Kranke und die Natur mitübernehmen, wenn sie erkennen, dass diese lebenserhaltende Subsistenzarbeit wichtiger als die Arbeit für Geld ist, werden sie in der Lage sein, ein verantwortungsbewusstes, fürsorgliches, erotisches Verhältnis zu ihren PartnerInnen zu entwickeln, egal ob Mann oder Frau."[21]

Ökofeministische Positionen sind im deutschsprachigen Raum umstritten, da ihnen ein essentialistisches Verständnis von Natur und Weiblichkeit unterstellt wird. Im englischsprachigen Kontext wurde die ökofeministische Debatte von Autorinnen wie Karen Warren, Catriona Sandilands, Noel Sturgeon oder Stacy Alaimo produktiv weiterentwickelt.[22] Vor dem Hintergrund des neu erwachten feministischen Interesses an Materialität werden diese Überlegungen unter dem konzeptionellen Dach von *queer ecologies* beziehungsweise *queer nature-cultures* fortgeführt.[23]

[16] Vgl. Maria Mies/Vandana Shiva, Ökofeminismus. Beiträge zu Praxis und Theorie, Zürich 1995; A. Salleh (Anm. 14).

[17] Vgl. Claudia von Werlhof/Veronika Bennholdt-Thomsen/Nicholas Faraclas (Hrsg.), Subsistenz und Widerstand. Alternativen zur Globalisierung, Wien 2003.

[18] M. Mies/V. Shiva (Anm. 16), S. 335.

[19] Vgl. Barbara Muraca, Gut leben. Eine Gesellschaft jenseits des Wachstums, Berlin 2014. Siehe zum Thema „Wohlstand ohne Wachstum?" auch die gleichnamige APuZ, (2012) 27–28 (*Anm. d. Red.*).

[20] M. Mies/V. Shiva (Anm. 16), S. 335. Herv. im Orig.

[21] Ebd., S. 386.

[22] Vgl. Karen Warren, Ecofeminist Philosophy. A Western Perspective on What It Is and Why It Matters, Lanham u. a. 2000; Catriona Sandilands, The Good-Natured Feminist. Ecofeminism and the Quest for Democracy, Minneapolis–London 1999; Noel Sturgeon, Ecofeminist Natures. Race, Gender, Feminist Theory and Political Action, New York–London 1997; Stacy Alaimo, Undomesticated Ground. Recasting Nature as Feminist Space, Ithaca–London 2000.

[23] Ausführlich dazu Christine Bauhardt, Rethinking Gender and Nature from a Material(ist) Perspective. Feminist Economics, Queer Ecologies, and Resource Politics, in: European Journal of Women's Studies, 20 (4) 2013, S. 361–375; dies., Queer Nature-cultures – Gesellschaftliche Naturverhältnisse feministisch denken und politisch gestalten, in: Elvira Scheich/Karen Wagels (Hrsg.), Körper Raum Transformation – *gender*-Dimensionen von Natur und Materie, Münster 2011, S. 198–216.

Ebenfalls inspirierend für alternative ökonomische Praxen jenseits der kapitalistischen Verwertungs- und Akkumulationslogik, allerdings mit einem völlig anderen Theoriebezug, ist der Ansatz der *community economy* von Katherine Gibson und Julie Graham.[24] Während der Ökofeminismus politökonomisch inspiriert ist, schließen Gibson-Graham an einen mit Theoremen des Diskurstheoretikers Michel Foucault unterlegten Poststrukturalismus an und verstehen ihre Konstruktion einer *diverse economy* als gegenhegemoniales Projekt zum dominanten Diskurs eines alternativlosen globalen Kapitalismus.[25] Die Dominanz dieser Denkform nennen sie „Kapitalozentrismus" und beschreiben sie als „dominant economic discourse that distributes positive value to those activities associated with capitalist economic activity however defined, and assigns lesser value to all other processes of producing and distributing goods and services by identifying them in relation to capitalism as the same as, the opposite of, a complement to, or contained within".[26]

Ihre Vision einer postkapitalistischen Politik beruht auf der Analyse bereits praktizierter Formen ökonomischer Diversität jenseits kapitalistischer Ausbeutung von Mensch und Natur, wobei sie sich explizit auf die Darstellung der „Eisberg-Ökonomie" der ökofeministischen Analyse beziehen.[27] Mit der „Eisberg-Ökonomie" ist gemeint, dass im Kapitalismus nur ein Zehntel der tatsächlichen ökonomischen Leistungen sichtbar, da monetarisiert, neun Zehntel der Ökonomie jedoch unter der Oberfläche schwimmen und entsprechend unsichtbar sind. Dazu gehören alle ökonomischen Aktivitäten, bei denen entweder kein Geld fließt oder kein Kapital akkumuliert wird, also zum Beispiel Freundschaftsdienste, Geschenke und Tausch, Freiwilligenarbeit, Konsumentenkooperativen und eben auch unbezahlte Hausarbeit. In dieser Sichtweise wird die kapitalistische Ökonomie zu einer von vielen möglichen ökonomischen Formen in einem Meer der unterschiedlichsten Arten und Weisen, *social provisioning* sicherzustellen.

[24] J.K. Gibson-Graham, A Postcapitalist Politics, Minneapolis–London 2006.
[25] Vgl. ebd., S. 53 ff.
[26] Ebd., S. 56.
[27] Vgl. ebd., S. 70.

Gibson-Grahams postkapitalistisches Verständnis von Ökonomie wird inspiriert von identitätskritischen Positionen von Chantal Mouffe/Ernesto Laclau über Judith Butler und die Psychoanalyse bis hin zu buddhistischen Praxen: „What Buddhist practice offers, then, is not unlike the fruits of psychoanalysis: less investment in the self of ego and identity, greater openness to change (in the self and world), and enlarged capacities for joy and connection".[28] Auch hier werden Visionen erkennbar, die die Debatten um Perspektiven jenseits des kapitalistischen Wachstumsimperativs vorantreiben können. Affekt und Emotionen sind ebenso behindernde wie befördernde Quellen einer postkapitalistischen Subjektivität. Für die Konstitution von geschlechtlichen Subjektivitäten stellt die Auseinandersetzung mit der symbolischen Ordnung von Männlichkeit und Weiblichkeit eine nach wie vor bestehende zentrale Herausforderung dar.

Die Perspektive einer Dezentrierung des Kapitalismus und der von ihm geforderten (Selbst-)Zurichtung der Subjekte ermöglicht es, den kapitalistischen Hegemonieanspruch zu überwinden und den Blick zu öffnen für Praxen, die schon heute existieren und die von Gibson-Graham als *community economy* bezeichnet werden. Diese sind charakterisiert durch ihren lokalen, kleinräumlichen Bezug, durch gemeinschaftlichen Besitz, gemeinsame Kontrolle und Entscheidungsfindung, sie sind umweltgerecht, ethisch, kulturell divers, sozial eingebettet und lebensorientiert.[29]

Ähnliche Vorstellungen verbinden sich mit dem Konzept der *sustainable livelihoods*, eine Formulierung, die von feministischen Umweltbewegungen als Gegenbild zum dominanten Diskurs der Nachhaltigkeit geprägt wurde. Das Leitbild von *sustainable livelihoods* umfasst eine Abkehr vom dominanten westlichen Konzept von Entwicklung und ökologischer Modernisierung, ein Modell, das als Grundlage der globalen Umweltzerstörung abgelehnt wird.[30]

[28] Ebd., S. 130.
[29] Vgl. ebd., S. 87.
[30] Vgl. Rosi Braidotti et al., Women, the Environment and Sustainable Development. Towards a Theoretical Synthesis, London 1994; Wendy Harcourt (Hrsg.), Women Reclaiming Sustainable Livelihoods. Spaces Lost, Spaces Gained, Basingstoke 2012; Christa Wichterich, Die Zukunft, die wir wollen. Eine feministische Perspektive, Berlin 2012.

Es wurde 1991 auf dem World Women's Congress for a Healthy Planet formuliert und gilt seither als Bezugsrahmen feministischer Wachstums- und Kapitalismuskritik. Während nach gängigem Verständnis nachhaltige Entwicklung eng mit dem Wachstumspostulat verbunden ist – Wachstum gilt diesem Ansatz als Voraussetzung für mehr Umwelt- und Verteilungsgerechtigkeit – sehen die Vertreterinnen und Vertreter des *Sustainable-livelihood*-Ansatzes im ökonomischen Wachstum nicht die Lösung, sondern die Ursache für die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen und die globale Ungleichverteilung von Reichtum und Ressourcen.[31] Entsprechend umstritten sind unter Feministinnen aktuelle Forderungen nach „grünem Wachstum" oder einem „Green New Deal".[32] Es wird dabei argumentiert, dass ein grüner Kapitalismus die Wachstumslogik nur fortschreibt, ohne an den Grundlagen der kapitalistischen Produktions- und Konsumweise zu rütteln.

Aber auch die Postwachstumsdebatte ist noch weitgehend geschlechtsblind.[33] Dabei sind zentrale Forderungen für eine Postwachstumsgesellschaft gar nicht zu realisieren, ohne die feministische Kritik und daraus abgeleitete Visionen zu berücksichtigen – oder vielmehr: Sollten diese Forderungen ohne Betrachtung ihrer geschlechtlichen Implikationen verfolgt werden, dann verstärken sie die hierarchische Geschlechterordnung. Eine wichtige Bedeutung kommt beispielsweise der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung zu, um einerseits Erwerbsarbeit gerechter zu verteilen und andererseits den Zugriff der Kapitalseite auf das Leben der Menschen zu begrenzen. „Verkürzung der Arbeitszeit" setzt aber implizit voraus, dass wir über die Erwerbsarbeitszeit sprechen, denn die Arbeitszeit in der Sozialen Reproduktion lässt sich nicht verkürzen. Entsprechend muss die Forderung aus einer feministischen Perspektive lauten: Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit und Ausweitung der Arbeitszeit von Männern in der Sphäre unbezahlter Arbeit, damit die Verantwortungs- und Sorgearbeit für das Wohlergehen anderer Menschen nicht länger eine quasi exklusive Anforderung an Frauen ist.

Allerdings scheinen manche Postwachstumstheoretiker keine konkrete Vorstellung davon zu haben, was sie in dieser Sphäre erwartet. An prominenter Stelle, in der Einleitung zum Schwerpunktheft „Degrowth" der wissenschaftlichen Zeitschrift „Ecological Economics", findet sich dazu die Formulierung, Tätigkeiten von geringer Produktivität – Care wird hier explizit genannt – repräsentierten einen „sector of pleasant and non-stressful occupations".[34] Mit einer solchen Einschätzung von Sozialer Reproduktionsarbeit schließt diese Postwachstumsvision nahtlos an die Minderbewertung von Frauenarbeit im Kapitalismus an und setzt ihre Ausbeutung als quasi-natürliche, unendlich zur Verfügung stehende Ressource fort.

Damit soll nicht gesagt sein, dass Praxen des Postwachstums generell keinen kritischen Umgang mit der Geschlechterhierarchie pflegen, die Beispiele bei Gibson-Graham geben dazu Hinweise. In der Wissenschaft allerdings bleibt noch viel Raum für Diskussionen. Die Richtung dieser Debatten weist das Konzept „(Re)Produktivität" von Adelheid Biesecker und Sabine Hofmeister: „(Re)Produktivität ist eine Kategorie, die das Ganze der Produktivität umfasst".[35] Gemeint sind damit die Produktivität der Natur und die „soziale Reproduktion menschlichen Lebens durch sozial Frauen zugewiesene Sorgearbeit (Care)".[36]

[31] Vgl. Christine Bauhardt, Feministische Ökonomie, Ökofeminismus und Queer Ecologies – feministisch-materialistische Perspektiven auf gesellschaftliche Naturverhältnisse, in: Jahrbuch Ökonomie und Gesellschaft, Bd. 25: Gender und ökonomischer Wandel, Marburg 2013, S. 11–46.

[32] Christa Wichterich, Contesting Green Growth, Connecting Care, Commons and Enough, in: Wendy Harcourt/Ingrid L. Nelson (Hrsg.), Practising Feminist Political Ecologies, London 2015, S. 67–100; Wendy Harcourt, The Future of Capitalism. A Consideration of Alternatives, in: Cambridge Journal of Economics, 38 (6) 2014, S. 1307–1328.

[33] Vgl. Christine Bauhardt, Postwachstum: Die große Geschlechterblindheit, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, (2013) 11, S. 31–36; dies., Solutions to the Crisis? The Green New Deal, Degrowth, and the Solidarity Economy. Alternatives to the Capitalist Growth Economy from an Ecofeminist Economics Perspective, in: Ecological Economics, 102 (2014), S. 60–68.

[34] Giorgos Kallis/Christian Kerschner/Joan Martinez-Alier, The Economics of Degrowth, in: Ecological Economics, 84 (2012), S. 172–180, hier: S. 174.

[35] A. Biesecker/S. Hofmeister (Anm. 15), S. 69.

[36] Ebd.

Ökonomische und symbolische Ordnung zusammen denken

Die Sicht auf das Ganze der Ökonomie muss verknüpft werden durch die Analyse und Kritik der zweigeschlechtlichen symbolischen Ordnung, die Bewertungen und Hierarchien entlang der Achse Männlichkeit/Weiblichkeit zuweist. Es ist kein Zufall, dass Arbeiten in der Sozialen Reproduktion als Arbeiten von Frauen gelten und mit symbolischer Weiblichkeit identifiziert werden: Sie werden aufgrund der potenziellen Gebärfähigkeit des weiblichen Körpers und der Bindung dieser Produktivität an die Natur abgewertet. Freiheit entsteht für das bürgerliche männliche Subjekt durch die Befreiung von Abhängigkeit von der Natur und natürlichen Prozessen. Die Spaltung in Kultur und Natur, Produktion und Reproduktion, Männlichkeit und Weiblichkeit durchzieht die Entwicklungsgeschichte des Kapitalismus. Dass diese Spaltungen nach wie vor höchst relevant sind, zeigt sich deutlich in der Tatsache, dass trotz verbreiteter Emanzipationsrhetorik die Haus- und Sorgearbeit nicht zwischen den Geschlechtern neu verteilt, sondern auf migrierte Frauen mit niedrigerem sozialen Status verlagert wird. Hier setzt sich die symbolische Identifikation von Sozialer Reproduktion mit Weiblichkeit fort und trägt nicht dazu bei, die Geschlechterhierarchie aufzubrechen. Alternativen zum Kapitalismus müssen sich daran messen lassen, inwiefern sie die Minderbewertung von natürlicher und weiblicher ReProduktivität *materiell und symbolisch* beenden. Erst dann werden Ideen von Autonomie und Freiheit *und* wechselseitiger Bindung und Verantwortung jenseits geschlechtshierarchischer Zuweisungen denk- und lebbar.

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.

Mehr Themen.

Mehr Hintergrund.

Mehr Köpfe.

Mehr Parlament.

Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
parlament@fs-medien.de
Telefon 069-75014253

Holger Martens

Anders Wirtschaften – genossenschaftliche Selbsthilfe

Holger Martens
Dr. phil., geb. 1962; Gründer und Vorstand der Historiker-Genossenschaft eG; Lehrbeauftragter am Historischen Seminar der Universität Hamburg.
h.martens@historiker-genossenschaft.de
www.historikergenossenschaft.de

Die genossenschaftliche Organisationsform dient als Zusammenschluss von Menschen, die sich in gleichen oder ähnlichen Problemlagen befinden und gemeinsam wirtschaftliche Lösungen suchen. Als im 19. Jahrhundert das kapitalistische Wirtschaftssystem mit der Industriellen Revolution seinen Siegeszug antrat, begann zugleich die Suche nach alternativen Formen des Wirtschaftens. Die Idee der Selbsthilfe war nicht neu. Schon im Mittelalter gab es genossenschaftsähnliche Organisationen. Im schottischen New Lanark setzte sich der Sozialreformer Robert Owen ab 1799 in seinen Textilfabriken für menschenwürdige Arbeitsbedingungen ein. Er beeinflusste die Gründung englischer Konsumgenossenschaften. Durch gemeinsamen Einkauf suchten die Arbeiter, die Kosten des täglichen Bedarfs zu senken und sich mit Produkten von einwandfreier Qualität zu versorgen. Die Gründung der Rochdale Society of Equitable Pioneers am 24. Oktober 1844 in der englischen Textilstadt Rochdale nahe Manchester gilt heute als Geburtsstunde der weltweiten Genossenschaftsbewegung.[1] Nicht die Gründung als solche war das entscheidende – Konsumvereine gab es schon vorher –, sondern die Prinzipien, nach denen gewirtschaftet wurde. Sie bilden heute die sieben Grundsätze der International Co-operative Alliance (*Infokasten*).

Die sieben Grundsätze der International Co-operative Alliance

1. freiwillige und offene Mitgliedschaft
2. demokratische Kontrolle (eine Person, eine Stimme)
3. gleichwertige ökonomische Partizipation der Mitglieder
4. Autonomie und Unabhängigkeit
5. Bildung, Fortbildung und Information
6. Kooperation innerhalb der Genossenschaftsbewegung
7. Gemeinwohlorientierung

Quelle: International Co-operative Alliance, What is a co-operative, o. D., http://ica.coop/en/what-co-operative (28. 7. 2015).

Unterschieden wird zwischen Fördergenossenschaften und Produktivgenossenschaften. Bei den Fördergenossenschaften dient das Gemeinschaftsunternehmen der Erfüllung bestimmter Funktionen. Bei privaten Haushalten kann das der gemeinschaftliche Einkauf über die Konsumgenossenschaft sein, die Bereitstellung von Wohnraum durch die Baugenossenschaften oder von Finanzdienstleistungen durch die Kreditgenossenschaft. Im gewerblichen Bereich schließen sich Unternehmen zu Einkaufsgenossenschaften zusammen, um günstige Konditionen zu erzielen. Bekannte Beispiele sind die Genossenschaften der EDEKA-Einzelhändler sowie die Zusammenschlüsse im Maler-, Bäcker- und Dachdeckerhandwerk.

In den Produktivgenossenschaften sind die Mitglieder als Arbeitende organisiert, um Produkte und Dienstleistungen am Markt anzubieten. In Deutschland dominiert die Fördergenossenschaft, anders als in anderen europäischen Ländern hat die Produktivgenossenschaft nur wenig Verbreitung gefunden.

Die wirtschaftlichen Synergieeffekte ergeben sich aus der organisatorischen Bündelung, aus der Möglichkeit des Großeinkaufs und aus der Senkung von Verwaltungskosten. Die Genossenschaftsidee bietet mit ihrem Selbsthilfepotenzial gerade für innovative und alternative Bereiche sowie in krisenhaften Situationen Lösungen. Der Einzelne ist oft überfordert. Schließen sich aber Menschen, die die gleichen Werte und Ziele verfolgen, zusammen, können gemeinschaftliche Anstrengungen zum Erfolg führen.

Das Kapital der Genossenschaft besteht aus den eingezahlten Beiträgen und aus Rücklagen. Die Gewinnverteilung erfolgt über die Dividende auf die Geschäftsguthaben und über die Rückvergütung. Die steuerfreie Rückver-

[1] Vgl. Helmut Faust, Geschichte der Genossenschaftsbewegung, Frankfurt/M. 1977³, S. 103–114.

gütung muss allerdings im Mitgliedergeschäft erwirtschaftet werden, das heißt, Gewinne aus dem Nichtmitgliedergeschäft dürfen nicht als Rückvergütung ausgezahlt werden. Im Gegensatz zur Aktiengesellschaft kann ein Genossenschaftsmitglied seine Mitgliedschaft kündigen und damit sein eingezahltes Geschäftsguthaben zurückverlangen. Ein Massenaustritt kann einen Kapitalabfluss verursachen, der die Genossenschaft in ihrer Existenz bedroht.

Genossenschaften werden typischerweise dort gegründet, wo der Markt nicht funktioniert oder gar nicht besteht. So kommt es zur Gründung von „Dorfläden", um die örtliche Versorgung sicherzustellen, oder Menschen schließen sich zusammen, um eine bestimmte Wohnform zu verwirklichen. Genossenschaften können unter Marktbedingungen auch dort noch arbeiten, wo das kapitalistische System versagt, weil sie in der Lage sind, vorübergehend oder dauerhaft ehrenamtliche Arbeitskraft zu mobilisieren. Insbesondere in Krisenzeiten gewinnt die genossenschaftliche Selbsthilfe damit Gestaltungsspielraum, die andere Rechtsformen nicht bieten.

Geschichte der Genossenschaften in Deutschland

Auch in Deutschland bildeten die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts den Ausgangspunkt für genossenschaftliche Einrichtungen. Schlechte Ernährung, unzureichende Wohnverhältnisse und unstete Beschäftigung führten zu einer Verelendung breiter Bevölkerungskreise. Das starke Bevölkerungswachstum verschärfte die Situation. Witterungsbedingte Ernteausfälle lösten in den 1840er Jahren Hungerkrisen aus. Bei der Suche nach einer Lösung der „Sozialen Frage" schauten Sozialreformer auch nach England. Einer von ihnen, Victor Aimé Huber, reiste 1844 nach Manchester, befasste sich mit den Ideen von Robert Owen und gilt heute als Wegbereiter des sozialen Wohnungsbaus.[2] In Großstädten wie Hamburg kam es frühzeitig zur Gründung genossenschaftlicher Organisationen, für die zunächst die Bezeichnung „Assoziation" Verwendung fand. 1849 wurde die Assoziation „Vereinigte Zigarrenarbeiter" gegründet. Bald darauf engagierte sich der Hamburger Bürgerverein für eine Verbraucherorganisation zum Einkauf von Lebensmitteln. Vorreiter bei der Gründung von Konsumgenossenschaften war der nationalliberale Bankier Eduard Pfeiffer, dessen in den 1860er Jahren entwickelten Ideen in der Arbeiterbewegung zunächst keinen Anklang fanden. Der Arbeiterführer Ferdinand Lassalle erteilte der liberalen Idee der Selbsthilfe eine Absage und lehnte Konsumgenossenschaften ab. Nach dem „ehernen Lohngesetz" war er davon überzeugt, dass sich der Arbeitslohn an den notwendigen Kosten für den Lebensunterhalt orientieren würde. Der gemeinschaftliche Einkauf nützte in dieser Perspektive ausschließlich dem Arbeitgeber.[3]

Zu den frühen Protagonisten der Genossenschaftsbewegung gehörten Hermann Schulze-Delitzsch und Friedrich Wilhelm Raiffeisen. Beide gründeten Selbsthilfeorganisationen zur Linderung der Not und erkannten bald, dass in den Kleinstädten und auf dem Land Krediteinrichtungen fehlten. Raiffeisens Darlehenskassen und Warengenossenschaften waren auf die Bedürfnisse der ländlichen Bevölkerung zugeschnitten und fanden schnell Verbreitung. Ob Molkerei-, Wasser- oder Maschinengenossenschaft, die Idee der Selbsthilfe legte den Grundstein für eine Innovations- und Modernisierungsphase auf dem Land. Das Modell fand weltweite Verbreitung.[4]

Hermann Schulze-Delitzsch konzentrierte sich vor allem auf die gewerblichen Genossenschaften des Handwerks und die Vorschussvereine, aus denen später die Volksbanken hervorgingen. Um 1853 führte er für seine Selbsthilfeeinrichtungen das Wort „Genossenschaft" ein. Der Jurist und Politiker entwarf einen gesetzlichen Rahmen für die eingetragene Genossenschaft und schuf damit eine neue Unternehmensform. Preußen verabschiedete am 27. März 1867 das erste Genossenschaftsgesetz. Mit der gesetzlichen Anerkennung wurde die Genossenschaft auf eine Stufe mit der Aktiengesellschaft gestellt. Mehr noch, die Werteorientierung der Genossenschaft stellte einen Gegenentwurf zur Aktiengesellschaft dar. Nicht das Kapital stand im Mittelpunkt, sondern das Mitglied. Dabei wurden auch demokratische

[2] Vgl. ebd., S. 167–192.

[3] Vgl. ebd., S. 235–254.

[4] Vgl. ebd., S. 323–386.

Prinzipien verwirklicht. Jedes Mitglied hatte unabhängig von seinen Kapitalanteilen eine Stimme.[5]

Die Erfahrungen der ersten Jahre gingen in das überarbeitete Genossenschaftsgesetz vom 1. Mai 1889 ein. Die wichtigsten Änderungen waren die Einführung der beschränkten Haftung und die Revisionspflicht. Der in Paragraf 1 definierte Kern der Genossenschaftsidee blieb unverändert: Die Genossenschaft diente dem Zweck „der Förderung des Erwerbs oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder mittelst gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebes".[6] Die Einführung der beschränkten Haftung bewirkte einen Gründungsboom. Die Zahl der eingetragenen Genossenschaften stieg von 6800 im Jahr 1890 auf 18000 im Jahr 1900 und auf über 40000 im Jahr 1920.[7] Die meisten entstanden im Zusammenhang mit der landwirtschaftlichen Produktion. Die beschränkte Haftung erlaubte Beamten, Arbeitern und Angestellten mit kleinen und mittleren Einkommen, sich mit begrenztem Risiko in den städtischen Industrie- und Verwaltungszentren zu organisieren und Baugenossenschaften ins Leben zu rufen.

Auch die Arbeiterbewegung entdeckte die Genossenschaft für sich. Besonders erfolgreich waren die als Verbraucherorganisationen gegründeten Konsumgenossenschaften. In der Weimarer Republik rückte der Wohnungsbau stärker in den Mittelpunkt. In den ersten Nachkriegsjahren kam es zu einer erneuten Gründungswelle. So stieg die Zahl der Baugenossenschaften von 764 im Jahr 1908 auf 4054 im Jahr 1933.[8] Ein Großteil der Baugenossenschaften, aber auch andere waren gemeinnützig orientiert. 1929 existierten über 52000 Genossenschaften, knapp 11000 Aktiengesellschaften und rund 46000 GmbHs.[9] Die Genossenschaften waren damit eine weitverbreitete Unternehmensform, die das Wirtschaftsleben prägte und die Möglichkeit, anders zu wirtschaften, nicht nur unter Beweis gestellt hatte, sondern deren Lösungspotenzial im Rahmen der Selbsthilfe in wirtschaftlich schwierigen Zeiten auch genutzt wurde.

Die Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 führte zu tief greifenden Veränderungen im Genossenschaftswesen. Die Mitglieder in den ländlichen Genossenschaften standen den neuen Machthabern noch am ehesten nahe. Die Konsumgenossenschaften als Machtbasis der Arbeiterbewegung wurden aufgelöst und in die Deutsche Arbeitsfront eingegliedert.[10] Bei den Wohnungsbaugenossenschaften eliminierten die Nationalsozialisten regimekritische Führungskräfte mit dem Gesetz zur Sicherung der Gemeinnützigkeit im Wohnungswesen vom 14. Juli 1933. Als gemeinnützig anerkannte Wohnungsbaugenossenschaften waren bereits seit dem 1. Dezember 1930 verpflichtet, einem genossenschaftlichen Prüfungsverband anzugehören. Die Nationalsozialisten beseitigten die bunte Verbandslandschaft und schalteten insbesondere die der Arbeiterbewegung nahestehenden Verbände aus. Gesetzlich geregelt wurde die Aufteilung Deutschlands in regionale Verbandsbezirke. Die Wohnungsbaugenossenschaften hatten dem für ihr Gebiet zuständigen Verband anzugehören. Damit wurde eine zentral ausgerichtete Struktur geschaffen, die ganz im Sinne des „Führerprinzips" eine Einflussnahme der Nationalsozialisten über die Regionalverbände auf die Genossenschaften ermöglichte.[11] Mit der Novelle des Genossenschaftsgesetzes vom 30. Oktober 1934 wurde die Pflichtmitgliedschaft in einem Prüfungsverband für alle Genossenschaften verbindlich.[12]

Nach 1945 konnte das Genossenschaftswesen nicht mehr an die Gründungseuphorie der Weimarer Zeit anknüpfen. Das NS-Wirtschaftssystem insgesamt und die Restriktio-

[5] Vgl. ebd., S. 193–233.

[6] Vgl. Holger Martens, Die Diskussion des Genossenschaftsgesetzes im Spiegel der Reichstagsparteien, in: Heinrich-Kaufmann-Stiftung (Hrsg.), Hermann Schulze-Delitzsch und die Konsum-, Produktiv- und Wohnungsgenossenschaften. Beiträge zur 3. Tagung zur Genossenschaftsgeschichte, Norderstedt 2011, S. 44–55.

[7] Zahlen nach den Jahresberichten des Deutschen Genossenschaftsverbandes.

[8] Vgl. H. Faust (Anm. 1), S. 520f.

[9] Vgl. Wilhelm Kaltenborn, Verdrängte Vergangenheit. Die historischen Wurzeln des Anschlusszwanges der Genossenschaften an Prüfungsverbände, Norderstedt 2015, S. 26–29.

[10] Vgl. Jan-Frederic Korf, Von der Konsumgenossenschaftsbewegung zum Gemeinschaftswerk der Deutschen Arbeitsfront, Norderstedt o.J. (2008).

[11] Vgl. Ulrike Haerendel, Wohnungspolitik im Nationalsozialismus, in: Zeitschrift für Sozialreform, 45 (1999) 10, S. 862–865.

[12] Vgl. W. Kaltenborn (Anm. 9), S. 20–22.

nen gegen die Genossenschaften hatten die Genossenschaftsidee ins Abseits gedrängt. Da die Pflichtmitgliedschaft nach 1945 nicht aufgehoben wurde, waren Neugründungen von der Zustimmung eines Prüfungsverbandes abhängig. Von 1960 bis 1990 ging die Zahl der Genossenschaften in Westdeutschland von 27 140 auf 8769 zurück.[13] Durch die deutsche Wiedervereinigung 1990 wurde die öffentliche Wahrnehmung der Genossenschaften gestärkt. In der DDR gab es eine große Anzahl von Genossenschaften mit erheblichen „Marktanteilen". Die Konsumgenossenschaften besorgten rund 40 Prozent des Lebensmittelumsatzes, die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) bewirtschafteten 95 Prozent des Ackerlandes. In der DDR fand allerdings das Genossenschaftsgesetz von 1889 keine Anwendung mehr. Stattdessen waren verbindliche Mustersatzungen bestimmend.[14]

Die ostdeutschen Genossenschaften hatten die Möglichkeit, im Wege der Umwandlung in die bundesdeutsche Rechtsform eG – eingetragene Genossenschaft – zu wechseln. Vor allem die rund 750 Wohnungsbaugenossenschaften mit etwa 1,2 Millionen Wohnungen und die aus den LPGs hervorgegangenen gut 1000 Agrargenossenschaften, die in Ostdeutschland etwa ein Viertel der landwirtschaftlichen Nutzfläche bewirtschaften, sind bedeutende Wirtschaftsfaktoren.[15]

Genossenschaften heute

Bis heute ist die Gründung einer Genossenschaft im Vergleich zu anderen Unternehmensformen kompliziert, aufwendig und teuer. Jede Genossenschaft – egal welche Größe angestrebt wird – muss einem genossenschaftlichen Prüfungsverband angehören, der für die Gründungsprüfung und die regelmäßig wiederkehrende genossenschaftliche Prüfung zuständig ist.[16] Nur mit der positiven Einschätzung des Geschäftsmodells durch den Prüfungsverband können potenzielle Genossenschaftsgründer die Eintragung ihres Unternehmens in das Genossenschaftsregister erreichen. Unabhängig von dem Betätigungsfeld ist die Genossenschaft wie auch die GmbH als „Formkaufmann" dem Handelsgesetzbuch unterworfen und damit von Anbeginn zur doppelten Buchführung mit Jahresabschluss und Bilanzveröffentlichung verpflichtet. Die reinen Organisationskosten belaufen sich damit auch für kleine Genossenschaften auf etwa 2500 Euro pro Jahr.[17]

Neben dieser Hürde fehlt auch der wirtschaftliche Anreiz für Unternehmens- und Steuerberater. Ihnen gehen die genossenschaftlichen Mandate durch die Pflichtmitgliedschaft in einem Genossenschaftsverband schnell verloren.[18] Das Spezialwissen über Genossenschaften, das zusätzlich noch erworben werden müsste, bringt keine Erlöse. Der Mangel an Sachverstand macht sich insbesondere bei der Beratung von Neu- und Existenzgründungen bemerkbar.[19]

[13] Zu den Zahlen: Deutsche Genossenschaftskasse (Hrsg.), Die Genossenschaften in der Bundesrepublik Deutschland 1974/75, Neuwied 1975, S. 76; Michael Stappel, Die deutschen Genossenschaften 2008. Entwicklung – Meinungen – Zahlen, Wiesbaden 2008, S. 39.

[14] Vgl. Hans-Joachim Herzog, Genossenschaftliche Organisationsformen in der DDR, Tübingen 1982, S. 27.

[15] Vgl. Barbara Crome, Entwicklung und Situation der Wohnungsgenossenschaften in Deutschland, in: Informationen zur Raumentwicklung, (2007) 4, S. 211–221, hier: S. 214; Deutscher Raiffeisen Verband, Agrargenossenschaften. Von LPG'en zu Genossenschaften, o. D., www.raiffeisen.de/uebersicht-der-genossenschaftssparten/agrargenossenschaften/ (28.7.2015)

[16] Vgl. Herbert Klemisch/Walter Voigt, Genossenschaften und ihre Potenziale für eine sozial gerechte und nachhaltige Wirtschaftsweise, Bonn 2012, S. 59; Hans-H. Münkner, Organisiert Euch in Genossenschaften! Anders Wirtschaften für eine bessere Welt, Berlin 2014, S. 57.

[17] Bei der Historiker-Genossenschaft eG beispielsweise betragen die Organisationskosten 2443 Euro, darin enthalten: Prüfungskosten anteilig für ein Jahr, Erstellung des Jahresabschlusses und der Steuererklärungen, Steuerberatung, Bilanzveröffentlichung im Bundesanzeiger, Mitgliedsbeitrag Genossenschaftsverband, Beitrag Handelskammer.

[18] Vgl. H. Klemisch/W. Voigt (Anm. 16), S. 57.

[19] Symptomatisch für die Situation ist ein Artikel über Unternehmensrechtsformen in der Zeitschrift der Hamburger Handelskammer „Hamburger Wirtschaft" vom April 2014, S. 60f. Der Beitrag, der vermittelt, dass hier alle für Unternehmensgründungen in Frage kommenden Rechtsformen aufgeführt sind, verschweigt die Existenz von Genossenschaften. Auf Nachfrage wurde mitgeteilt, dass sich die Darstellung aus Platzgründen „auf die am häufigsten vorkommenden Rechtsformen beschränken" musste. Ferner wurde argumentiert, dass bei Neugründun-

Die Reform des Genossenschaftsgesetzes von 2006 hat die Gründung erleichtert, nur noch drei statt bisher sieben Mitglieder sind erforderlich. Durch Vereinfachungen bei der Prüfung konnten die Kosten für kleine Genossenschaften gesenkt werden. Zudem wurde die Möglichkeit befördert, gemeinnützige Genossenschaften in sozialen und kulturellen Bereichen zu gründen. Seither ist die Zahl der Neugründungen gestiegen. Lag diese 2003 noch bei 60, erreichte sie 2011 einen vorläufigen Höhepunkt mit 353 Genossenschaftsgründungen, seither sind die Zahlen wieder leicht rückläufig.[20]

Von den fast 2000 Genossenschaften, die seit 2006 gegründet wurden, entstanden rund 850 im Bereich erneuerbare Energien: Anlagen für Photovoltaik, Biogas, Windkraft sowie Nahwärmenetze und Bioenergiedörfer. Die Gründung von Energiegenossenschaften ist von den Genossenschaftsverbänden durch die Entwicklung von Blaupausen massiv unterstützt worden.[21] Umwelt, Energie und Wasser standen 2013 bei fast 60 Prozent der Neugründungen im Mittelpunkt. Allerdings muss man feststellen, dass viele dieser „Genossenschaften" keinen Förderauftrag für ihre Mitglieder erfüllen, sondern eher Kapitalanlagefonds darstellen. Deutlich abgeebbt ist die Gründungswelle in diesem Segment 2014 als Folge der sinkenden Förderung im Zusammenhang mit der Reform des Erneuerbare Energien Gesetzes.[22] An zweiter Stelle standen 2013 bei den Neugründungen mit 12 Prozent Dienstleistungsgenossenschaften. Auch Sozialgenossenschaften liegen im Trend, von Januar bis Juni 2014 gab es hier 19 Neugründungen.[23]

Die positive Entwicklung hat dazu geführt, dass die Zahl der genossenschaftlichen Unternehmen seit 2009 wieder angestiegen ist und Ende 2013 bei 8007 mit fast 22 Millionen Mitgliedern und über 930000 Mitarbeitern lag.[24] Begünstigt wurde die Entwicklung seit der Jahrtausendwende durch die Finanzmisere der öffentlichen Haushalte, die ab Ende der 1990er Jahren zu einer Reihe von Privatisierungen geführt hatte, sowie durch die Immobilienkrise von 2007, die sich zur Wirtschaftskrise ausweitete. Zugleich haben auch die Genossenschaften durch das UN-Jahr der Genossenschaften 2012, die Dekadenstrategie des Internationalen Genossenschaftsbundes (IGB) für 2012 bis 2020 und die Nominierung der Genossenschaftsidee als immaterielles Weltkulturerbe bei der UNESCO auf sich aufmerksam gemacht.[25]

Angesichts leerer Kassen in den Kommunen stellt das Genossenschaftsmodell wieder, wie nach dem Ersten Weltkrieg, als viele Städte und Gemeinden der Wohnungsnot mit der Gründung kommunaler Wohnungsunternehmen oder der Unterstützung von Genossenschaftsinitiativen begegneten, eine Alternative dar. Ob „Bürgerschwimmbäder", „Dorfladengenossenschaft" oder „Abfallgenossenschaft": Eine Reihe von Beispielen zeigt, dass Genossenschaften in den Bereichen der kommunalen Infrastruktur und Daseinsvorsorge erfolgreich arbeiten. Hier bringen Genossenschaftsmitglieder ohne Gewinnorientierung bürgerschaftliches Engagement ein, um dem Gemeinwohl dienende Angebote aufrechtzuerhalten.[26]

Genossenschaftliches Wirtschaften – eine Alternative nach der Finanzkrise?

Seit dem Bankencrash von 2008, der in eine weltweite Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise mündete, steht die kapitalistische Wachstumspolitik, die auf gesamtwirtschaftliche, soziale und ökologische Folgen kaum Rücksicht nimmt, wieder verstärkt in der Kritik. Das Bedürfnis nach Vertrauen, Verlässlichkeit und Sicherheit hat die öffentliche Wahrnehmung der Genossenschaften verändert. Kreditgenossenschaften mit ihrer regionalen Ausrichtung haben sich als Stabilitäts-

gen die Genossenschaft kaum vorkomme. E-Mail von Hennig Raddatz von der Handelskammer Hamburg an den Verfasser vom 31.3.2014.

[20] 2012: 333; 2013: 332; 2014: nach Schätzungen etwa 250. Vgl. Michael Stappel, Die deutschen Genossenschaften 2014. Entwicklung – Meinungen – Zahlen, Wiesbaden 2014, S. 6f.

[21] Vgl. H. Klemisch/W. Voigt (Anm. 16), S. 50f.

[22] Vgl. M. Stappel (Anm. 13), S. 6.

[23] Vgl. ebd., S. 7.

[24] Vgl. ebd., S. 8.

[25] Vgl. H.-H. Münkner (Anm. 16), S. 53–56; Deutsche UNESCO-Kommission, Genossenschaften als Immaterielles Kulturerbe der Menschheit nominiert, März 2015, www.unesco.de/kultur/2015/nominierung-genossenschaften.html (28.7.2015).

[26] Vgl. H. Klemisch/W. Voigt (Anm. 16), S. 36–41.

faktor in der Krise erwiesen. Sie verzeichnen steigenden Einlagenzufluss und eine wachsende Mitgliederzahl.[27]

Bei der Suche nach Alternativen erweist sich die Genossenschaft als modernes, innovatives und nachhaltiges Modell. Die demokratische Struktur – jedes Mitglied eine Stimme – ermöglicht die gleichberechtigte Mitwirkung. Das Genossenschaftsmitglied wird selbst zum Akteur. Es bestimmt die Werte und die Ziele der unternehmerischen Tätigkeit mit. Zwar muss auch die Genossenschaft ertragsorientiert arbeiten, um sich in der Marktwirtschaft zu behaupten, der Verzicht auf eine Gewinnmaximierung eröffnet jedoch Handlungsspielräume, die je nach Ausrichtung der Genossenschaft ausgestaltet werden können.[28] Die Wohnungsbaugenossenschaft bietet hochwertigen Wohnraum bei vergleichsweise niedriger Miete. Die Kreditgenossenschaft sorgt mit ihrer regionalen Verankerung für Kundennähe und Vertrauen. Die Energiegenossenschaft erzeugt umweltfreundlichen Strom und leistet damit einen Beitrag zur Energiewende. Die Kaffeegenossenschaft organisiert einen fairen Handel mit den Kaffeebauern. Die Sozialgenossenschaft ermöglicht, dass Menschen eigene Lösungen für ihre sozialen Bedürfnisse finden. Da sich der Zweck der Genossenschaft auf die Bedürfnisse der Mitglieder richtet, ist Nachhaltigkeit fester Bestandteil genossenschaftlichen Wirtschaftens.

Außerdem wird das Genossenschaftsmodell für geeignet gehalten, einen Beitrag zur Lösung der Nachfolgefrage in Unternehmen zu leisten. Ein Problem, das sich durch oft fehlende Familienangehörige als Nachfolger zuspitzt. Genossenschaften könnten zudem den Kooperationsbedarf im Handwerk lösen und werden für die Kultur- und Kreativwirtschaft empfohlen.[29] Gerade für die besonders innovative und als Zukunftsbranche identifizierte Kultur- und Kreativwirtschaft scheint die Genossenschaft eine vielversprechende Alternative zu sein. Bereits heute liegt die Branche nach der Zahl der Beschäftigten nahezu gleichauf mit dem Spitzenreiter Maschinenbau. Zugleich ist in keiner Branche der Anteil der Selbstständigen und Freiberufler so hoch. Bei der Unternehmensgröße dominieren die Kleinstunternehmen – Umsatz bis 2 Million Euro – mit 97 Prozent; bei rund 80 Prozent handelt es sich um Solo-Gründungen.[30] Synergieeffekte, die genossenschaftliche Zusammenschlüsse bei dieser Struktur erzielen könnten, ergeben sich aus einem gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb, einer arbeitsteiligen Auftragsabwicklung und einer Kompetenzerweiterung. Hier existieren die Voraussetzungen für eine nachhaltige Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Genossenschaftsmitglieder und damit ein Potenzial für eine Gründungswelle mit gesamtgesellschaftlicher Strahlkraft.

Fazit

Während in anderen europäischen Ländern, etwa in Skandinavien oder Italien, die Genossenschaftslandschaft sehr viel bunter und aktiver ist, bleibt Deutschland hinter den Möglichkeiten zurück. Die Gründungshemmnisse sind bekannt; Verbesserungsvorschläge für Gründungsberatung und Förderung von Genossenschaften liegen auf dem Tisch. Der Vorschlag zur Einführung einer Kooperationsgesellschaft für kleine Genossenschaften mit dem Ziel, einen „Bürokratieabbau bei Genossenschaften" einzuführen, ist zwar für viele potenzielle Genossenschaftsgründer interessant, trifft allerdings bei den um ihr Prüfungsmonopol fürchtenden Genossenschaftsverbänden auf wenig Zustimmung.[31]

[27] Vgl. Michael Stappel, Genossenschaften in Deutschland. Eine Studie aus Anlass des Internationalen Jahres der Genossenschaften, Frankfurt/M. 2011, S. 4; ders. (Anm. 13), S. 8.

[28] Vgl. Marleen Thürling, Genossenschaftliche Neugründungen: Lösungspotential in Zeiten der Krise?, in: Frank Schulz-Nieswandt/Ingrid Schmale (Hrsg.), Entstehung, Entwicklung und Wandel von Genossenschaften, Berlin 2013, S. 85–109, hier: S. 90.

[29] Vgl. H. Klemisch/W. Voigt (Anm. 16), S. 53; H.-H. Münkner (Anm. 16), S. 43–52.

[30] Vgl. Monitoring zu ausgewählten wirtschaftlichen Eckdaten der Kultur- und Kreativwirtschaft 2013. Bericht im Rahmen des Projekts „Stand und Perspektiven der deutschen Kultur- und Kreativwirtschaft 2013–2015" im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi), Dezember 2014, S. 20–26.

[31] Zur aktuellen Diskussion: BMWi, Potenziale und Hemmnisse von unternehmerischen Aktivitäten in der Rechtsform der Genossenschaft, Sitzung des AWK-AK 1.6 „Bürokratieentlastung des Dritten Sektors und des bürgerlichen Engagements", Köln, 27.1.2015.

Obwohl dem Genossenschaftsmodell Lösungspotenzial für eine Reihe von aktuellen Themen zugeschrieben wird, fehlt der Gründungsschub, der es als Alternative erkennbar macht. Veränderungen muss es in drei Bereichen geben:

Erstens, die genossenschaftliche Rechtsform muss soweit entschlackt, entbürokratisiert und von unnötigen Kosten befreit werden, dass sie wieder mit der GmbH und dem eingetragenen Verein konkurrieren kann.

Zweitens, die öffentlichen Förderstrukturen sind an die Besonderheiten der Genossenschaften anzupassen, und Gründungshemmnisse sind abzubauen. Das Genossenschaftsmodell muss so attraktiv sein, dass Unternehmens- und Steuerberater es nicht länger bei der Gründungsberatung ignorieren können. Hier wie bei der Gestaltung der Rechtsform ist der Gesetzgeber gefordert, bessere Rahmenbedingungen herzustellen – eine Aufgabe, die eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte, da die Förderung der genossenschaftlichen Selbsthilfe in mehreren Bundesländern Verfassungsrang genießt.[32]

Drittens fehlt es an Menschen, die bereit sind, das Wagnis einer Genossenschaftsgründung auf sich zu nehmen. Gefragt ist praxisorientiertes Coaching, das sich auch an Nicht-Ökonomen wendet und denen eine Chance bietet, die ihre Ideen über das Profitstreben stellen. Stéphane Hessel hat in seiner Schrift „Empört Euch" angesichts der Finanzkrise gefordert, dass „Ethik, Gerechtigkeit, nachhaltiges Gleichgewicht" unser Handeln bestimmen müssen.[33] Der Genossenschaftswissenschaftler Hans-H. Münkner erinnert an die Kraft der organisierten Selbsthilfe mit dem Aufruf: „Organisiert Euch in Genossenschaften".[34] Dem bleibt nur hinzuzufügen: Gründet Genossenschaften!

[32] Bayern, Art. 153; Hessen, Art. 43, 44; Nordrhein-Westfalen, Art. 28; Rheinland-Pfalz, Art. 65; Hamburg, Präambel.
[33] Vgl. Stéphane Hessel, Empört Euch!, Berlin 2011, S. 20.
[34] Vgl. H.-H. Münkner (Anm. 16), S. 58 f.

Friederike Habermann

Commonsbasierte Zukunft. Wie ein altes Konzept eine bessere Welt ermöglicht

Heute ist es einfacher, sich das Ende der Welt vorzustellen als das Ende des Kapitalismus – so bringen Theoretiker wie Slavoy Žižek oder Frederic Jameson die allgemein empfundene Alternativlosigkeit zum Kapitalismus auf den Punkt.[1] Doch: „Ein neues Wirtschaftssystem – die Kollaborativen Commons – betritt die ökonomische Weltbühne." Mit diesem Satz beginnt der Ökonom Jeremy Rifkin sein 2014 erschienenes Buch „Die Null-Grenzkosten-Gesellschaft".[2] Und beschreibt dabei das, was sich seit Beginn dieses Jahrtausends in vielen Bereichen als neue Formen der Organisation des Lebens abzeichnet: in Ansätzen anderen Wirtschaftens, in Sozialen Bewegungen, in dem Boom des *sharings*. Dies zusammengenommen ergeben sich bislang ungeahnte Möglichkeiten einer sozioökonomischen Basis emanzipatorischer Visionen. Denn im Gegensatz zu dem, was viele glauben, bedeutet solidarisch zu wirtschaften nicht, dass dies nur in kleinen Gemeinschaften möglich wäre. Der Begriff „Commons", den Rifkin bereits in seinem Eingangssatz benutzt, ist dabei entscheidend. Rifkin betont zu Recht die globalen Potenziale: „Was die Commons heute relevanter denn je macht, ist der Umstand, dass wir zurzeit an einer globalen Hightech-Plattform arbeiten, deren konstituierende Eigenschaften potenziell genau die Werte und Prinzipien optimieren, die diese uralte Institution beseelen."[3]

Friederike Habermann
Dr. phil.; Volkswirtin und Historikerin; freie Autorin, zuletzt erschienen: „Geschichte wird gemacht. Etappen des globalen Widerstands" (2014).

Im folgenden Abschnitt skizziere ich, was unter Commons zu verstehen ist, und wie bereits existente Ansätze anderen Wirtschaftens als commonsbasierte beziehungsweise -schaffende Produktionsweise interpretiert

werden können. Dies fasse ich als „Ecommony“, um das gesamtgesellschaftliche Potenzial zu betonen. Dieses findet sich auch immer wieder in Rifkins Vision, die ich anschließend beschreibe. Abschließend stelle ich Überlegungen zu dem Prozess einer möglichen Transformation an.

Von den Commons zur Ecommony

Im Grunde nichts anderes bedeutend als das aus dem Mittelhochdeutschen hervorgegangene Wort „Allmende“, Gemeingut, das jedoch Bilder der Vergangenheit hervorruft, werden inzwischen mit dem Begriff „Commons“ facettenreiche Aspekte gegenwärtigen und möglichen zukünftigen Wirtschaftens verbunden. In die Diskussion kam die Bezeichnung in den vergangenen Jahren zunächst für bestimmte Güter: „natürliche Commons“ wie Klima oder Weltmeere auf der einen Seite, also Bereiche, in denen die herkömmliche Warenlogik nicht funktioniert, und „digitale Commons“ wie Wikipedia oder Linux auf der anderen, die von freiwillig Beitragenden gemeinsam geschaffen wurden und bei denen keine Rivalität im Konsum besteht. Doch aus Sicht jener, die hierin die Grundlage eines anderen Gesellschaftsmodells erblicken, ist es eine grundlegende Frage, welche Güter als Commons gelten. Und dass alle Güter Commons sein könnten und sollten.

Rifkins Vision einer kollaborativen, lateral (horizontal verknüpft) organisierten Produktions- und Lebensweise entspricht dem, was der Harvardprofessor Yochai Benkler als „commonsbasierte Peer-Produktion“ bezeichnet,[4] also auf Commons beruhende Produktion unter Ebenbürtigen – jenseits von Hierarchien, und ohne den Zwang zur (Lohn-)Arbeit. Die deutsche Publizistin Silke Helfrich nennt es, inhaltlich präziser, „commons-schaffend“[5] – denn Commons beziehungsweise Gemeingüter vernutzend ist auch der Kapitalismus; in den Wirtschaftswissenschaften wird von „externalisierten Kosten“ gesprochen.[6]

Dabei möchte ich an dieser Stelle etwas unterscheiden, was in der Diskussion immer wieder durcheinander geht: Geht es darum, wie Gemeingüter – um einen normalerweise als Synonym verwendeten Ausdruck zu verwenden – vom Kapitalismus ausgebeutet werden, oder um Commons im Sinne von nicht nur offen zugänglich, sondern auch gemeinschaftlich verwaltet? Nur in diesem zweiten Fall macht es Sinn, mit dem Historiker Peter Linebaugh davon zu sprechen: „There is no commons without commoning“.[7] Er führt das Verb ein, um es von der Vernutzung eines gemeinsamen Gutes zu unterscheiden, doch im Deutschen lässt sich dies nicht übersetzen. Um also eine ähnliche sprachliche Unterscheidung treffen zu können zwischen dem, was kritisiert wird, und dem, was vertreten wird, schlage ich die Unterscheidung in „Gemeingüter“ (im Falle einer Vernutzung) und in „Commons“ (im Falle gemeinschaftlicher Organisierung) vor.

Statt von commonsbasierter oder auch commonsschaffender Peer-Produktion spreche ich allerdings von „Ecommony“, um mithilfe dieses Sprachspiels die darin liegende

[1] Vgl. Slavoy Žižeks Rede bei Occupy Wall Street, 11.10.2011, www.imposemagazine.com/bytes/slavoj-zizek-at-occupy-wall-street-transcript (24.7.2015); Jameson, dem das Zitat oft als Urheber zugeschrieben wird, attribuiert es zu „someone“: Frederic Jameson, Future City, in: New Left Review, 21 (2003), http://newleftreview.org/II/21/fredric-jameson-future-city (24.7.2015).

[2] Jeremy Rifkin, Die Null-Grenzkosten-Gesellschaft. Das Internet der Dinge, kollaboratives Gemeingut und der Rückzug des Kapitalismus, Frankfurt/M. 2014.

[3] Ebd., S. 35.

[4] Vgl. Yochai Benkler, Coase's Penguin, or, Linux and the Nature of the Firm, in: Rishab A. Ghosh (Hrsg.), CODE. Collaborative Ownership and the Digital Economy, Cambridge, MA 2005, S. 169–206.

[5] Silke Helfrich, Commons fallen nicht vom Himmel, in: OYA, 20 (2013), www.oya-online.de/article/read/972-commons_fallen_nicht_vom_himmel.html (24.7.2015).

[6] Der Welternährungsspezialist Raj Patel zitiert eine Studie, nach der ein Hamburger statt vier US-Dollar 200 US-Dollar kosten müsste, wenn alle damit verbundenen externalisierten Kosten im Preis berücksichtigt würden. Vgl. Nancy Dunne, Why a Hamburger Should cost 200 Dollars – The Call for Prices to Reflect Ecological Factors, in: Financial Times vom 12.1.1994; Ray Patel, The Value of Nothing – Was kostet die Welt?, München 2010, S. 44.

[7] Mit dem Begriff „commoning“ grenzt Linebaugh emanzipatorische Diskussionen hierzu von solchen der Weltbank ab; das ihm zugeschriebene Zitat lässt sich jedoch nicht belegen, anders als häufig angegeben enthält sein Werk The Magna Carta Manifesto: Liberties and Commons for All, Berkeley 2008, nur den Gedanken (S. 278), nicht jedoch das wörtliche Zitat.

Möglichkeit eines gesamtgesellschaftlichen nicht-kapitalistischen Wirtschaftens zu betonen. Im Nachgang meines Buches „Halbinseln gegen den Strom“[8] über Ansätze alternativen Wirtschaftens im deutschsprachigen Raum wurde mir bewusst, dass jüngere Initiativen, das heißt ungefähr seit der Jahrtausendwende, wesentlich den Prinzipien der „commons-based peer production“ entsprechen. Diese werden im Folgenden dargestellt.

Besitz statt Eigentum

„Commons“ bedeutet nicht, dass jemand auf Ihr T-Shirt deuten und sagen kann: „Das nehme jetzt ich.“ Commons sind auch kein Gemeinschaftseigentum einer bestimmten Gruppe. Stattdessen wird etwas solange behalten, wie es „besessen“ wird. Die Unterscheidung zwischen Besitz und Eigentum findet sich auch im deutschen Bürgerlichen Gesetzbuch: Während das Verhältnis der Eigentümerin rein abstrakt ist und sich nicht zuletzt darauf bezieht, ein Gut in eine Ware verwandeln zu können, ist der Besitzer derjenige, der das Gut braucht und gebraucht. Dies lässt sich am Beispiel einer Wohnung verdeutlichen: Der Mieter ist der Besitzer, die Vermieterin die Eigentümerin. Doch was genau sich unter „Besitzrechten“ verstehen lässt, ist abhängig von jeder Gesellschaft und jeder Situation.

Entsprechend dieser Unterscheidung in Besitz und Eigentum können Immobilien als Commons gedacht werden: Wer in einer Wohnung wohnt, der besitzt sie auch, kann sie aber nicht verkaufen – dies wurde bis 2011 in Kuba praktiziert. Land ist der Prototyp für die „Allmende“; im Mittelalter wurde nicht nur Weideland, sondern auch Ackerland als Allmende betrachtet und unter den Dorfbauern aufgeteilt. Der Kampf gegen deren Privatisierung ist dabei durchaus nicht nur ein historischer: Nichts anderes geschieht derzeit durch Land verschlingende Großprojekte der „neuen Energien“, so zum Beispiel in Oaxaca/Mexiko.[9]

Nicht-rivale Güter wie Software sind prädestiniert für einen freien Zugang, denn sie zu kopieren, schränkt die Nutzung für niemanden ein. Das gleiche gilt für alle öffentlichen Güter wie Straßenbeleuchtung oder Sicherheit. Aber auch unreine öffentliche Güter wie Straßen und Wege, Wasserver- und -entsorgung oder allgemein jede Art öffentlicher Verkehrsmittel und Infrastruktur, bei denen eine gewisse Rivalität im Konsum herrscht, können nach dem Prinzip „Besitz statt Eigentum“ organisiert werden – oder wer führe den ganzen Tag Bahn, nur weil es umsonst ist? Bedürfnisse sind relativ bald befriedigt.

Selbst Essen – um das wohl rivalste unter den rivalen Gütern zu nennen – lässt sich entsprechend mit „Besitz statt Eigentum“ fassen: Denn „in Besitz“ kann Essen nur genommen werden, wenn es gegessen wird. Jeder Hotelgast beim Frühstück weiß um diesen Unterschied zwischen In-Besitz-Nehmen und Zum-Eigentum-Machen – und wenn nicht, dann wird der Hotelier dafür sorgen, indem er den mit Picknickvorräten bestückten Gast darauf hinweist. Menschen widerstrebt es zunehmend wieder, Essen wegzuschmeißen, wenn es über ihren eigenen Bedarf hinausgeht, nur weil es ihr Eigentum ist, wie die in fast allen größeren Städten Deutschlands und Österreichs entstehenden sogenannten Foodsharing-Initiativen zeigen.

„Besitz statt Eigentum“ kann sich aber auch auf Gebrauchsgegenstände beziehen. Zum einen solche, bei denen serielle Nutzung möglich ist, da sie nach Gebrauch nicht mehr benötigt werden. Der Boom sogenannter Öffentlicher Bücherschränke, inzwischen nicht nur in Städten, sondern auch in zahlreichen Dörfern zu finden, sind ein Ausdruck davon, dass immer mehr Menschen es richtig finden, ihre nicht mehr genutzten Gebrauchsgegenstände anderen frei zur Verfügung zu stellen. Ein weiterer sind die rund hundert Umsonstläden im deutschsprachigen Raum, die wie Second-Hand-Läden funktionieren, nur ohne Geld und ohne Tauschlogik: Wer etwas hat, was er nicht mehr möchte, bringt es; wer etwas im Laden entdeckt, was sie gebrau-

[8] Friederike Habermann, Halbinseln gegen den Strom. Anders leben und wirtschaften im Alltag, Sulzbach 2009.

[9] Vgl. u.a. Laura Hoffmann, Luft als Ware – ein Kampf gegen Windmühlen, 3.6.2015, www.boell.de/de/2015/06/03/luft-als-ware-ein-kampf-gegen-windmuehlen (24.7.2015). Teilweise handelt es sich bei dem Land um Allmenden (mexikanisch: *ejidos*). Dies wird hier nicht explizit benannt, ist mir aus meinem jahrelangen Kontakt mit der im Artikel erwähnten Bettina Cruz jedoch bekannt.

chen kann, nimmt es. Obwohl auch manchmal „Schenkläden“ genannt, sind sie in diesem Sinne jedoch gerade nicht als Orte zu verstehen, wo Dinge von Privateigentum zu Privateigentum übergehen, sondern als Orte, wohin Gegenstände gebracht werden, die, da nicht mehr genutzt, „aus dem Besitz gefallen“ sind, und zur erneuten Inbesitznahme zum (so der Name eines Ladens in Potsdam) „Umverteiler“ gebracht werden.

Auch parallele beziehungsweise alternierende Nutzung ist möglich: bei Werkzeugen beispielsweise, die – anders als ein Buch – nicht irgendwann „ausgebraucht“ sind. In Deutschland finden sich hierfür Nutzungsgemeinschaften, Leihläden (einer Bibliothek entsprechend) sowie offene Werkstätten, ausgestattet mit Werkzeugen für Holz- oder Metallbearbeitung, als Fahrrad- oder Nähwerkstätten oder als sogenannte FabLabs mit 3D-Druckern.

Denn nach dieser Logik sollten auch Produktionsmittel im Besitz jener sein, die sie (ge)brauchen. Alstair Parvin, als frischgebackener britischer Absolvent der Architektur im Krisenjahr 2008 sofort erwerbslos geworden, kritisiert, dass Architekten fast immer nur für das reichste ein Prozent einer Gesellschaft arbeiten, und plädiert dafür, deren Schaffenskraft freizusetzen für die hundert Prozent, indem sie ihre Logik von groß auf klein und von professionell auf amateurhaft verändern. Dabei nimmt er Bezug auf commonsbasierte Peer-Produktion und 3D-Drucker, die eine solche dezentrale Produktion ermöglichen. Mithilfe offener Onlinebibliotheken für die Software lässt sich unter anderem herunterladen, wie ein 3D-Drucker von einem anderen ausgedruckt werden kann. Parvin selbst stellt online Bausätze für Häuser zur Verfügung, die mittels computergesteuerter Zuschneidemaschinen hergestellt werden können, gegebenenfalls aus Sperrholz. Die Lösung für die Frage, wer die Produktionsmittel kontrollieren sollte, sieht er dadurch beantwortet mit: „Niemand. Alle.“[10]

[10] Alastair Parvin auf einer TED Conference, Februar 2013, www.ted.com/talks/alastair_parvin_architecture_for_the_people_by_the_people (3.8.2015). Vgl. für die Bausätze www.wikihouse.cc; ein ähnliches Beispiel für landwirtschaftliche und andere Maschinen findet sich unter http://opensourceecology.org.

Abgeben, was aus dem eigenen Besitz fällt, weil es über den eigenen Nutzen hinausgeht, lässt sich auch mit dem zweiten Prinzip beschreiben: „Teile, was du kannst“. Dieses Prinzip impliziert darüber hinaus auch das Teilen von Wissen („Wissensallmende“) und das Teilen von Fähigkeiten; dies wiederum geht über in das dritte Prinzip „Beitragen statt Tauschen“.

Beitragen statt Tauschen

Statt die eigenen Fähigkeiten in Quantitäten ummünzen zu müssen, wird in einer commonsschaffenden Peer-Produktion aus einem Bedürfnis heraus aktiv gehandelt; das muss nicht unbedingt Spaß an der Sache bedeuten, sondern es kann auch Verantwortungsgefühl sein. Nicht zufällig sind es überwiegend feministische Theoretikerinnen, die aus der Anerkennung einer fast lebenslangen gegenseitigen Abhängigkeit heraus diese Bandbreite von Motivationen betonen. Die österreichische Commons-Spezialistin Brigitte Kratzwald bringt es auf den Punkt mit „zwischen Lust und Notwendigkeit“;[11] die in der Schweiz lebende Theologin Ina Praetorius bezeichnet solche Handlungsmotivationen als die „Wiederentdeckung des Selbstverständlichen“.[12]

Ohne Tauschlogik muss niemand sich darauf begrenzen, welche Fähigkeiten er oder sie am Markt verwerten kann – entweder beschränkt durch Niedrigqualifikation oder verengt auf eine spezielle Qualifikation, die ein Leben lang ausgeübt werden muss. Es braucht auch niemand in Eigenarbeit alles selbst machen. Aber es wäre ein Ende des „strukturellen Hasses“ auf dem wettbewerbsorientierten (Arbeits-)Markt; ein System struktureller Gemeinschaftlichkeit,[13] indem wir aufbauen auf dem, was andere schaffen. Doch ohne die Enge von Gemeinschaft, und ohne, dass wir bessere Menschen sein müssten. Wir lebten lediglich in einem System anderer Selbstverständlichkeit.

[11] Brigitte Kratzwald, Das Ganze des Lebens. Selbstorganisierung zwischen Lust und Notwendigkeit, Sulzbach 2014.
[12] Ina Paetorius, Wirtschaft ist Care oder: Die Wiederentdeckung des Selbstverständlichen, Berlin 2015.
[13] Vgl. Stefan Meretz, Ubuntu-Philosophie. Die strukturelle Gemeinschaftlichkeit der Commons, in: Silke Helfrich/Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat, Bielefeld 2012, S. 58–65.

Nicht jede Tätigkeit wäre beliebt, doch abgesehen vom sogenannten Nerd-Law („Given enough people you will find a nerd for every task that has to be done"), dessen Wahrheit sich immer wieder bestätigt findet, gäbe es zahlreiche Möglichkeiten, Tätigkeiten maschinell zu ersetzen, angenehmer zu gestalten, unter allen Betroffenen auszulosen oder auch einfach darauf zu verzichten. Denn wo wir niemanden durch ungerechte Wirtschaftsstrukturen ausbeuten können, wird vielleicht das ein oder andere nicht mehr produziert werden – doch das ist dann eine bewusste Entscheidung.[14]

Auch Sorgetätigkeiten würden mit dem Prinzip „Beitragen statt Tauschen" abgedeckt, denn die Unterscheidung zwischen produktiven und reproduktiven Tätigkeiten wird in einer commonsschaffenden Peer-Produktion obsolet und damit einer alten feministischen Forderung gerecht. Das ist alles andere als selbstverständlich in Ansätzen alternativen Wirtschaftens. Tätigkeiten wie das Kind zu Bett bringen befinden sich auch in allen noch in Tauschlogik verankerten Entwürfen alternativen Wirtschaftens in einem Dilemma: Entweder werden sie ähnlich wie in der traditionellen Frauenarbeit wieder in die Privatsphäre verschoben und damit nicht als Arbeit gewertet. Oder sie werden, quasi als „Erwerbsarbeit", in die Tauschlogik einbezogen und damit Rationalisierungsprozessen sowie Entfremdung unterworfen. Welche Folgen das hat, erfahren wir unter heutigen Verhältnissen spätestens im Pflegeheim. Nur in einer Form des Wirtschaftens, in der diese Unterscheidung hinfällig wird, nur dann, wenn Tätigkeiten nicht dem Tauschzwang unterliegen, ist diese Zwickmühle zu lösen.

Commons als Paradigma des 21. Jahrhunderts

Jeremy Rifkin geht davon aus, dass die technologische Entwicklung zum Absterben des Kapitalismus beiträgt. Dies begründet er wesentlich, wenn auch nicht nur, mit den auf (nahezu) null schrumpfenden Produktionskosten für jede weitere Ausbringungseinheit durch eine „Dritte Industrielle Revolution", wie sie derzeit stattfinde, vor allem in den Bereichen Kommunikation, Energie, Logistik sowie 3D-Druck. Hierdurch spitze sich der fundamentale Widerspruch im Herzen des Kapitalismus zu: Die Steigerung der Produktivität als Motor des Systems bewirke einen gnadenlosen Wettlauf, der an Fahrt gewinne bis zu dem Punkt, an dem die optimale Effizienz und damit der Höchststand der Produktivität erreicht seien. Durch das „Internet der Dinge" komme es zu einer dramatischen Steigerung von Effizienz und Produktivität, die die Kosten für die Produktion zusätzlicher Einheiten von Gütern und Dienstleistungen, abgesehen von den anfänglichen Investitions- und den Fixkosten, so gut wie eliminierten. Doch wenn Güter und Dienstleistungen „damit praktisch umsonst sind, verliert das kapitalistische System seinen Einfluss auf die Knappheit und damit die Fähigkeit, von der Abhängigkeit eines anderen zu profitieren"; „die Profite trocknen aus, der Austausch von Eigentum auf den Märkten kommt zum Erliegen, und das kapitalistische System geht ein".[15]

Gleichzeitig zeichne sich, so Rifkin, „in der Abenddämmerung der kapitalistischen Ära" ein neues Wirtschaftsmodell ab.[16] Was Rifkin an Stelle des Kapitalismus kommen sieht, ist eine Wirtschaft, in der immer mehr Güter und Dienstleistungen durch in Peer-to-Peer-Netzwerken getragene Kommunikation, Energiegewinnung und Produktion entstehen.[17] Auf diese Weise werde die neue Ökonomie – statt durch vertikal integrierte Unternehmen, die auf dem kapitalistischen Markt der Profitlogik folgen – das Gemeinwohl durch lateral integrierte Netzwerke in kollaborativen Commons optimieren.[18] „Das Zusammentreffen von Kommunikations-, Energie- und Logistikinternet in einem Internet der Dinge liefert sowohl das kognitive Nervensystem als auch die physischen Mittel, die ganze Menschheit in einem vernetzten globalen Commons zu integrieren, das die gesamte Gesellschaft umfasst."[19]

[14] Wer sich ausrechnen möchte, wie viele Menschen im gegebenen System ihre Lebenszeit für unseren jeweiligen individuellen Wohlstand eintauschen müssen, kann sich dies mit Hilfe der Webseite http://slaveryfootprint.org errechnen. Als in Deutschland Lebende auf unter zwanzig *slaves* zu kommen, ist sicher selten.

[15] J. Rifkin (Anm. 2), S. 397, S. 107.
[16] Ebd., S. 21.
[17] Vgl. ebd., S. 99.
[18] Vgl. ebd., S. 100.
[19] Ebd., S. 325

Als Grundgedanken hinter dem Internet der Dinge sieht Rifkin die Optimierung der lateralen Peer-Produktion, universellen Zugang sowie Offenheit für alle, denn der eigentliche Sinn der neuen Technologien bestehe in der Förderung einer Teil- und Tauschkultur: „Kurzum, es deckt sich mit all dem, worum es bei den Commons geht. Es sind eben diese Besonderheiten im Design des Internets der Dinge, die die sozialen Commons aus ihrem Schattendasein holen und ihnen eine Hightech-Plattform geben, die sie zum dominanten ökonomischen Paradigma des 21. Jahrhunderts machen wird. (…) Die Plattform verwandelt jeden in einen Prosumenten und macht jede Aktivität zur Zusammenarbeit. Das Internet der Dinge verbindet potenziell jeden Menschen mit jedem anderen in einer weltumspannenden Gemeinschaft.“[20]

Hier finden sich die oben genannten Prinzipien einer commonsbasierten/-schaffenden Peer-Produktion beziehungsweise Ecommony wieder: Der (weitgehend) offene Zugang setzt das Prinzip des Eigentums (weitgehend) außer Kraft, denn Eigentum, wo nicht gleichzeitig Besitz, definiert sich über den Ausschluss der Nutzung durch andere. Stattdessen wird „geteilt“, im Sinne von zugänglich gemacht, was über den eigenen Gebrauch hinausgeht. Gleichzeitig werden „Prosumentinnen“ aktiv, um – motiviert von Lust und/oder Notwendigkeit – Güter zu erzeugen, die dann wiederum als Commons dienen können.

So sehr sich die vertikal integrierten Monopole der Zweiten Industriellen Revolution des 20. Jahrhunderts auch des Angriffs zu erwehren versuchten, so Rifkin weiter, ihre Bemühungen erwiesen sich als fruchtlos.[21] „Nicht der Markt bändigt die Commons, sondern die Commons werden den Markt bändigen: das ist eine Realität, der sich all die noch werden stellen müssen, die sich der Illusion hingeben, eine Sharing Economy sei eher eine Marktchance als etwas, was den Kapitalismus verschlingt“.[22] Ähnlich wie der oben zitierte Alstair Parvin geht Rifkin so weit zu formulieren: „Die Demokratisierung der Fabrikation bedeutet, dass irgendwann schließlich jeder Zugang zu den Produktionsmittel hat, was die Frage, wer sie besitzen und darüber verfügen soll, irrelevant macht und den Kapitalismus mit ihr.“[23]

Demokratisierung der Fabrikation bedeutet aber nicht, dass alle in ihren eigenen Kellern 3D-Plastikmüll ausdrucken und darauf hoffen, dass andere derweil das gesellschaftlich Notwendige herstellen. Wirtschaft auf die Prinzipien Lust und Notwendigkeit aufzubauen meint auch nicht, im Alltag nach dem Ausschlafen zu überlegen, was getan werden könnte. Doch demokratisches Wirtschaften hebt den Mythos auf, Demokratie sei von Ökonomie zu trennen – mit dieser Begründung verhungern heute täglich Zehntausende, ohne dass davon gesprochen wird, ihr Menschenrecht sei verletzt. Stattdessen braucht es dezentrale, kollaborative, offene Strukturen, in denen Produktionsentscheidungen getroffen und umgesetzt werden, in denen zählt, wer von was wie betroffen ist, und in denen die eigene Stimme an andere delegiert werden kann, aber nicht muss.

Transformation braucht politisches Handeln

Schwups – weg ist es!? So einfach stellt auch Rifkin sich das „Eingehen“ des kapitalistischen Systems nicht vor. Zum einen geht er von einigen Jahrzehnten aus, wobei allerdings seine Zeitangaben schon für die Verdrängung der Zweiten durch die Dritte Industrielle Revolution, also dem Übergang von kapitalintensiver Produktion durch vertikal organisierte Großkonzerne zu kapitalextensiver und dezentraler, vage sind: „höchstwahrscheinlich im Lauf der nächsten drei Jahrzehnte, zumindest teilweise“.[24] Zum anderen lässt sich seinen deutlich zweckoptimistischen Prognosen – die das Potenzial von Entwicklungen aufzeigen – kaum entnehmen, dass es politischen Handelns bedarf, damit dieser Prozess nicht in eine nicht-emanzipatorische Richtung abdriftet, in der beispielsweise Internetmonopole eine beherrschende Stellung einnehmen. Ob die jetzigen Chancen auf eine dezentral-vernetzt produzierende Gesellschaftsform sich verwirklichen können, wird weniger von tech-

[20] Ebd., S. 36.
[21] Vgl. ebd., S. 100.
[22] Ebd., S. 336.
[23] Ebd., S. 139.
[24] Ebd., S. 133.

nologischem Fortschritt als von unserem (politischen sowie alltäglichen) Handeln abhängen. Bei Rifkin heißt es: „Das Ringen zwischen ‚prosumierenden' Kollaboratisten und investierenden Kapitalisten gestaltet sich, obwohl noch im Anfangsstadium, zur ökonomischen Entscheidungsschlacht der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts."[25]

Ein Beispiel hierfür könnte kollaborativer Verkehr werden. Der Vermittlungsdienst Uber wurde in Deutschland aus guten Gründen als wettbewerbswidrig verboten. Doch diese Gerichtsentscheidung ändert nichts an der Tatsache, dass angesichts der technischen Möglichkeiten die Tage des traditionellen Taxis gezählt sind. Es gibt keinen Grund zuzusehen, wie Uber oder ein anderes Unternehmen mit einem neuen kommerziellen Konzept aufwartet – eine von der „Peer-Philosophie" geschaffene Alternative, die auf Profit verzichtet, ist ökonomisch immer preiswerter und damit konkurrenzfähiger. Theoretisch zumindest: Bei den gegebenen monopolartigen (Macht-)Verhältnissen im Internet ist es mehr als schwierig, gegen ein Unternehmen anzutreten, das wie Uber auf die Infrastruktur des finanziell beteiligten Giganten Google aufbauen kann. Entsprechend betont der Big-Data-Spezialist Evgeny Morozov die Gefahren eines Internets der Dinge. Er benennt zwei problematische Entwicklungen: erstens das *social engineering* durch Unternehmen: eine intransparente, verdeckte Manipulation der uns verfügbaren Optionen; zweitens die sogenannten wohlgemeinten Schubse durch staatliche Organisationen, um Menschen gemäß ihres vermeintlich eigenen Wohls zu beeinflussen. Aber ebenso kritisiert er die Debatte um Big Data als rückwärtsgewandt in dem Sinne, dass sie auf die Notwendigkeit reduziert geführt werde, private Daten vor Unternehmen oder vor dem Staat zu schützen. Dies sei nicht hilfreich, wenn es um die zukünftige Gestaltung unserer Gesellschaften gehe; darum, „das zu sein, was wir sein könnten".[26]

Transformation ist „keine Modifikation auf einem längst eingeschlagenen Pfad, sondern ein Pfadwechsel", betonen Bernd Sommer und Harald Welzer in ihrem Werk „Transformationsdesign";[27] diese sei immer mit Veränderungen von Machtverhältnissen verbunden. Die anstehende und – so betonen auch sie – erforderliche Transformation werde „weder eine Sache der besseren Technologie noch der überlegenen wissenschaftlichen Befunde und Argumente sein, sondern eine Sache des Durchstehens von Kämpfen und Konflikten".[28]

Der Politikwissenschaftler Ulrich Brand unterscheidet Transformation von Transition und definiert letztere als „politisch-intentionale Steuerung"; erstere wird dagegen als „umfassender sozioökonomischer, politischer und soziokultureller Veränderungsprozess verstanden, in den Steuerung und Strategien eingehen, der darauf aber nicht reduzierbar ist".[29] Insofern ist bewusstes Handeln nicht mit Planen zu verwechseln; eine solche Perspektive vergisst darüber hinaus, dass sich Menschen in dem Prozess der Transformation verändern. Der Medien-Ökonom Felix Stalder betont in diesem Sinne, wie sich durch die neuen Möglichkeiten „digitaler Solidarität" Subjektivitäten verändern. In solchen „strukturellen Erfahrungen der Zusammenarbeit" sieht er ein Schlüsselelement: „Diese Solidarität ist mehr als nur eine leere Worthülse, sie basiert auf konkreten Alltagserfahrungen, wird durch gemeinsames Handeln gestärkt und ist von der Überzeugung geleitet, dass die eigenen Ziele und Wünsche niemals gegen die anderen, sondern nur durch sie und gemeinsam mit ihnen erreicht beziehungsweise erfüllt werden können. Eine solche Solidarität, die in neue Erzählungen eingebettet ist und neue Horizonte für gemeinsames Handeln eröffnet, kann die Grundlage für neuartige kulturelle, wirtschaftliche und politische Formen abgeben."[30]

[25] Ebd., S. 254.
[26] Evgeny Morozov, „Ich habe doch nichts zu verbergen", in: APuZ, (2015) 11–12, S. 3–7, hier: S. 3.
[27] Bernd Sommer/Harald Welzer, Transformationsdesign. Wege in eine zukunftsfähige Moderne, München 2014, S. 222.
[28] Ebd.
[29] Ulrich Brand, Transition und Transformation, in: Michael Brie/Mario Candeias (Hrsg.), Transformation im Kapitalismus und darüber hinaus. Beiträge zur Ersten Transformationskonferenz des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2012, S. 49–69, hier: S. 52.
[30] Felix Stadler, Digitale Solidarität, Berlin 2014, S. 19, www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Analysen/Analysen_DigitaleSoli.pdf (24.7.2015).

Gehören Sie zur Elite?

Oder verorten Sie sich eher in der Mittelschicht?

Fühlen Sie sich gar ausgegrenzt?

Wer zu den Eliten und zu den Reichen im Land gehört, wer die gesellschaftliche Mitte bildet, wer von Armut und Ausgrenzung betroffen ist und wie sich soziale Ungleichheit entwickelt hat, erfahren Sie in der APuZ-Edition „Oben – Mitte – Unten“. Diese bietet differenzierte Analysen zur Sozialstruktur, mit Fokus auf der Gesellschaft in Deutschland, verbunden mit Blicken auf europäische und globale Entwicklungen.

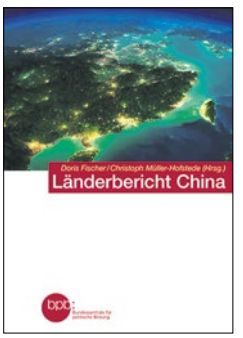
APuZ-Edition:
Oben – Mitte – Unten
Zur Vermessung der Gesellschaft
Bonn 2015
Bestell-Nr.: 1576 | 4,50 Euro
Bestellbar unter:
www.bpb.de/205598

bpb: Bundeszentrale für politische Bildung

Länderbericht China

Die Volksrepublik China ist längst zur Weltmacht aufgestiegen. Entwicklungen und Entscheidungen in China wirken sich spürbar in anderen Ländern auf allen Kontinenten aus – nicht zuletzt in Deutschland. Heute lässt sich keine globale Frage mehr ohne die Mitwirkung Chinas lösen. Elementare Kenntnisse der geschichtlichen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Grundlagen Chinas werden immer wichtiger, in Politik und Wirtschaft ebenso wie in Schulen und Universitäten. China ist aber nicht nur immer »wichtiger« geworden, sondern auch zunehmend komplexer: Hartnäckig entzieht es sich vorschnellen Bewertungen.

Mehr denn je ist Perspektivenwechsel und genaues Hinschauen gefragt. Hierzu will der grundlegend überarbeitete, durch Bild- und Grafikmaterial sowie um eine ausführliche Chronologie und ein Personenverzeichnis erheblich erweiterte Länderbericht China beitragen.



Doris Fischer / Christoph Müller-Hofstede (Hrsg.)
Länderbericht China
Bonn 2014
Bestell-Nr.: 1501 | 4,50 Euro
Bestellbar unter: www.bpb.de/laenderbericht-china

bpb: Bundeszentrale für politische Bildung

„APuZ aktuell“, der Newsletter von

Aus Politik und Zeitgeschichte

Wir informieren Sie regelmäßig und kostenlos per E-Mail über die neuen Ausgaben.

Online anmelden unter: www.bpb.de/apuz-aktuell

APuZ

Nächste Ausgabe 38–39/2015 · 14. September 2015

Hochbetagt

Jule Specht
Psychologie des hohen Lebensalters: Der aktuelle Forschungsstand

Heinrich Grebe
Wie Hans im Glück? Vom guten Leben im hohen Alter

Marianne Egger de Campo
Häusliche Pflegehilfskräfte im 24-Stunden-Dienst: Deutschland und Österreich im Vergleich

René Thyrian et al.
Dementia Care Management: Gute und dauerhafte Versorgung für den ländlichen Raum

Shingo Shimada
Das vierte Lebensalter in Japan: Kulturelle und gesellschaftliche Rahmenbedingungen

Reiner Sörries
Zum kulturgeschichtlichen Kontext der Verhandlungen über das Lebensende Hochbetagter

Susanne Boshammer
Der assistierte Suizid aus der Perspektive einer Ethik des Helfens

Eckhard Nagel
Selbstbestimmt sterben: Eine Fiktion?

Die Texte dieser Ausgabe stehen unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung-NichtKommerziell-Keine-Bearbeitung 3.0 Deutschland.

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn

Redaktion

Anne-Sophie Friedel (Volontärin)
Barbara Kamutzki
Johannes Piepenbrink
Anne Seibring
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Telefon: (02 28) 9 95 15-0
www.bpb.de/apuz
apuz@bpb.de

Redaktionsschluss dieses Heftes: 14. August 2015

Druck

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kurhessenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Satz

le-tex publishing services GmbH
Weißenfelser Straße 84
04229 Leipzig

Abonnementservice

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung Das Parlament ausgeliefert.
Jahresabonnement 25,80 Euro; für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.

Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Vertriebsabteilung Das Parlament
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (069) 7501 4253
Telefax (069) 7501 4502
parlament@fs-medien.de

Nachbestellungen

Publikationsversand der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb
Postfach 501055
18155 Rostock
Fax.: (038204) 66273
bestellungen@shop.bpb.de
Nachbestellungen ab 1 kg (bis 20 kg) werden mit 4,60 Euro berechnet.

Die Veröffentlichungen in Aus Politik und Zeitgeschichte stellen keine Meinungsäußerung der Herausgeberin dar; sie dienen der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X

Kapitalismus und Alternativen APuZ 35–37/2015

Ulrike Herrmann
3–9 **Vom Anfang und Ende des Kapitalismus**
Der Kapitalismus ist ein Rätsel. Er hat alle Lebensbereiche durchdrungen, aber seine Deutung ist noch immer umstritten. Vor allem muss erforscht werden, wie der Kapitalismus zu transformieren ist, ohne dass er chaotisch zusammenbricht.

Jürgen Kocka
10–17 **Arbeit im Kapitalismus. Lange Linien der historischen Entwicklung bis heute**
Lohnarbeit ist seit der Industrialisierung zentral für den Kapitalismus. Aber sie hat sich in den vergangenen 200 Jahren grundsätzlich verändert. Heute stellt sich die „Arbeiterfrage" im globalen Maßstab neu.

Lars P. Feld
17–23 **Kapitalismus und Kapitalismuskritik aus ordoliberaler Perspektive**
Die ordoliberale Position ist eine Kapitalismuskritik, wenn diese als Kritik am Laissez-faire verstanden wird. Im Spannungsfeld zwischen Markt- und Politikversagen bleibt der Politik nichts anderes übrig, als zur Ordnungspolitik zurückzukehren.

Giacomo Corneo
24–32 **Kapitalismus: Alternative in Sicht?**
In diesem Beitrag werden verschiedene Alternativen zum Kapitalismus kritisch untersucht. Vorgeschlagen wird eine evolutionäre Aufwertung von öffentlichem Eigentum mit demokratischer Steuerung von Großunternehmen.

Christine Bauhardt
32–39 **Feministische Kapitalismuskritik und postkapitalistische Alternativen**
Die Spaltung in Kultur/Natur, Produktion/Reproduktion, Männlichkeit/Weiblichkeit durchzieht die Geschichte des Kapitalismus. Alternativen müssen die Minderbewertung von natürlicher und weiblicher ReProduktivität beenden.

Holger Martens
40–46 **Anders Wirtschaften – genossenschaftliche Selbsthilfe**
Die Genossenschaft stellt nicht das Profitstreben in den Mittelpunkt, sondern die Förderung der Mitglieder. Für eine Reihe von aktuellen Fragen der Wirtschaftspolitik hat das Modell Lösungspotenzial, das derzeit unzureichend genutzt wird.

Friederike Habermann
46–52 **Commonsbasierte Zukunft. Wie ein altes Konzept eine bessere Welt ermöglicht**
Die Prinzipien und das Entstehen eines nichtkapitalistischen, commonsbasierten Wirtschaftssystems zeichnen sich in vielen Bereichen ab, in der technischen Entwicklung, im Boom des *sharings*, in Ansätzen anderen Wirtschaftens.